Reichs-Ausgabe

Preis 350 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Freitag, 27. April 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin 107941. Die Reichsausgabe der „DAZ." erscheint wöchentlich sechsmal. Bei der Post 9000.— ℳ monatlich. Ins Ausland nach beiderseitigen Sätzen

Einzelpreis der Nummer im Ausland:

	Wochentag	Sonntag			Wochentag	Sonntag			Wochentag	Sonntag			Wochentag	Sonntag	
Belgien	80	60	Ctm.	Holland	10	20	Ctm.	Litauen	15	9	Sol.	Ungarn	60	100	Kr.
Bulgarien	2,50	5	Leva	Italien	60	60	Ctm.	Norwegen	10	20	Ore	Vereinigte St. v. N. A.	5	10	Cent
England	3	6	Pence	Jugoslawien	1,50	3	Dinar	Schweden	10	20	Ore				
Frankreich	80	60	Ctm.	Portugal		10	Ce								

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes ist weder kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für einen bestimmten Tag und Platz berechnet

27 4. W Nr. 192/193 350

62. Jahrgang.

Zum Marksturz.

Nach einer internationalen Nachrichtenagentur ist es dem Berliner Korrespondenten des „New York Herald" gelungen, Stinnes in flagranti zu ertappen.

Der Yanke war zwar nicht dabei, als Hugo Stinnes beim letzten Marksturz „die Hand im Spiel hatte", aber hörte aus dem Mund eines der „höchsten Stinnesvertreter", daß Herr Stinnes während des letzten Marksturzes große Devisenkäufe vornahm.

Die „höchsten Stinnesvertreter" haben vermutlich die Eingangsbücher, die Berliner Korrespondenten ausländischer Zeitungen in alle geschäftlichen Transaktionen ihrer Firma einzuweihen, aber trotzdem müssen wir dem Korrespondenten glauben, daß die von ihm vorgebrachten Angaben erlogen sind. Kein Stinnesvertreter hätte sie machen können, weil sie den Tatsachen widersprechen würden.

Der Stinnes lehnte es ab, sich zu der Lüge von seinen Devisenkäufen zu äußern, solange sie nur in Berlin und der Provinz von einer Presse kolportiert wurde, der Gewissenhaftigkeit nachzurühmen noch niemand einfiel. Auch glaubt er, niemand Rechenschaft über seine Privatbandlungen zu schulden und der Notwendigkeit, auf Gassengerede und Wasengerüchte einzugehen, entsteht zu sein. Da die Lüge aber im Ausland als Kampfmittel gegen Deutschlands Politik und Industrie aufgegriffen wird, entschloß er sich in höherem Interesse, die gewohnte Zurückhaltung aufzugeben. Daher sind wir in der Lage, festzustellen, daß weder Hugo Stinnes noch seine Firma zur Zeit des letzten Marksturzes Devisen kauften.

Uns mit jenen deutschen Blättern und Büchern der Lüge zu belassen, die politische oder geschäftliche Ziele durch persönliche Verunglimpfung zu erreichen versuchen, lehnen wir ab.

Eine Verschwörung gegen Mussolini.

Zahlreiche Verhaftungen.

S. Paris, 26. 4. (Eigenbericht.) Wie aus Mailand berichtet wird, hat die Polizei dort eine große Verschwörung gegen Mussolini und die Hauptführer des Faszismus entdeckt. Einige neuere bekannte Persönlichkeiten der Bewegung sollen dabei nicht verschont werden; ebenso sollen einige sozialistische Angeordnete, wie Turati und Treves, den Verschwörern zum Opfer fallen. Die Verschwörer sollen sehr zahlreich sein. Ihre gesamten Listen, die 500 Verhaftungsscheinen umfassen, fielen der Polizei in die Hände. Das Haupt der Verschwörer war Professor Pesco. Er und seine wichtigsten Unterführer wurden festgenommen.

Auf dem Wege zur Diktatur.

Faszistische „Reinigungsaktion".

d. Mailand, 25. 4. (Eigenbericht.) Der große Rat der Faszisten hat die von Mussolini getroffene Entscheidung gegenüber der Katholischen Volkspartei gebilligt. Wie die faszistischen Blätter mitteilen und wie auch in Kammerkreisen erklärt wird, sei die Entfernung der Katholiken aus der Regierung nur der erste Schritt auf dem Wege zur Vervollständigung der faszistischen Revolution. Nach den Ausführungen verschiedener Parlamentarier zieht Mussolini letzten Endes darauf ab, das Parlament, wenn nicht gänzlich zu unterdrücken, so doch vollständig zu entwerten. An seine Stelle soll ein aus Fachleuten zusammengesetzter Staatsrat die Regierungstätigkeit übernehmen. Mit der Umbildung des Kabinetts betrifft, so heißt es, Mussolini wolle die von den Katholiken innegehabten Ressorts nicht wieder besetzen, auch das Arbeitsministerium, das vorübergehend dem Industrieminister Nasi übertragen wurde, soll aufgehoben werden. Ferner wolle Mussolini sämtliche Unterstaatssekretariate einziehen.

Ueber die Haltung, welche die Katholiken der neuen Sachlage gegenüber einnehmen wollen, gab der katholische Abgeordnete Meda eine Erklärung ab. Er betonte, die Populari würden ihre Haltung nicht verändern, auch wenn sie nicht mehr unmittelbar an der Regierung Mussolinis mitwirken. Der Leiter der katholischen Kammergruppe hat zusammen mit Don Sturzo die Parteileitung des Kammergruppe zu in Kürze stattfindenden Beratungen eingeladen.

Nach einer Meldung des „Corriere della Sera" aus Rom bereitet sich ferner darauf hin, daß Mussolini den Plan der Umwandlung der Volkspartei in eine nationale faszistische Volkspartei mit neuer Energie wieder aufnehmen wolle. Demgegenüber wird von den Katholiken darauf hingewiesen, daß der mittlere Flügel der katholischen Kammergruppe trotz allen Trennungsbestrebungen beschlossen habe, auch weiterhin der alten Partei zu bleiben.

Der faszistische Obersrat hat unter dem Vorsitz Mussolinis beschlossen, alle Parteimitglieder ohne weiteres auch in die nationale Miliz bei ersten und zweiten Aufgebotes einzutragen; die faszistische Partei besteht gegenwärtig aus 550 000 Mitgliedern.

Karl Faulhaber über den Ruhrkrieg.

Begeisterte Huldigungen im Opernhaus zu Lexington.

e. New York, 26. 4. (Eigenbericht.) Das Opernhaus in Lexington war gestern bis auf den letzten Platz von Männern und Frauen gefüllt, die den angekündigten Vortrag des Kardinals Faulhaber hören wollten. Erzbischof Corrigan und Senator Copeland führten den deutschen Kardinal ein. Faulhaber sprach sehr eindrucksvoll auf englisch und deutsch und protestierte gegen den französischen Krieg gegen unbewaffnete Männer und hilflose Frauen und Kinder im Ruhrgebiet, die weniger Milch erhielten als die Hunde der französischen Soldaten. Zum Schluß hielte Faulhaber die Zwiesprit auf dem Grabe Grants an: „Lakt und Frieden haben!" Er erhielt begeisterte Huldigungen.

Um 4½ Uhr:

Doll 29 250, Pfunde 134000.

Amtlicher Dollarkurs: 29 200.

Pariser Tendenzmanöver.

Poincaré in Siegerpose.

S. Paris, 26. 4. (Eigenbericht.) In Paris ist man nach der Aufregung der beiden letzten Tage etwas nachdenklicher geworden. Man glaubt heute, daß ein deutsches Angebot keinesfalls vor Ende der Woche, möglichenfalls aber erst Mitte der nächsten Woche erfolgen werde. Gründe dieser Verzögerung suchen einige Blätter in der Erkrankung des Reichsfinanzministers.

Die „friedliche" Besetzung.

Straßenbild aus Bochum.

(In Wirklichkeit ist Dr. Hermes dauernd leidend, der Leitpunkt des deutschen Schreibes dürfte aber im Rahmenbetrieb zu leben, und zwar unter den gleichen Bedingungen, wie alles die Familien der deutschen Transportarbeiter tun, an denen Stelle sie arbeiten müßten, oder aber eine Lohnzulage, die ihnen gestattet, für einen besseren Unterhalt ihrer in Frankreich zurückgebliebenen Familien zu sorgen.

Der Berichterstatter teilt weiter mit, daß die Transportarbeiter in der vergangenen Woche dem französischen Minister für öffentliche Arbeiten, Le Trocquer, in einer Besprechung ihre Klagen vorgetragen haben.

Sie betonten hierbei, daß man schleunigst ihren Forderungen gerecht werden müßte, wenn man am 5. Mai, an dem der mit ihnen abgeschlossene Vertrag zu Ende läuft, vermeiden wolle, daß die augenblicklich Angestellten in Massen abreisen und der Mangel an Erfahrenen Schwierigkeiten bereitstiert.

Die Bergarbeiterverbände gegen die Kommunisten.

Kein Generalstreik, kein gewalttätiges Vorgehen!

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem es heißt:

In großem Umfange werden von den Franzosen und Belgiern Zechen besetzt, um den gelagerten Koks abzutransportieren. Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten versuchen, ihre Generalstreikparole zu verwirklichen, indem sie in Belegschaftsversammlungen und in ihrer Presse verlangen, daß, wenn auf einer Zeche die Stets- und Rohrleitungen abgesperrt sind, die Belegschaften in den Streik treten müßten, da unter Bajonetten nicht gearbeitet werden dürfte.

Die Absicht dieser Parteien ist eine andere. Sie wollen den passiven Widerstand zu einem aktiven machen. Die Vorgänge in Mülheim und Essen beweisen es.

Der Abwehrkampf war bisher nur deshalb so erfolgreich, weil er mit Ruhe und Besonnenheit geführt wurde. Es ist verloren in dem Augenblick, wo Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen einsetzen. **Unter Bajonetten soll und wird nicht gearbeitet werden.** Wenn nun die Kohlen- und Koksläger abgesperrt, oder die übrigen Zechenanlagen von Militär frei sind, kann von einem Arbeiten unter Bajonetten keine Rede sein.

Ausschlaggebend bei jeder Maßnahme muß sein, nützt oder schadet sie dem Gegner oder der eigenen Sache? Ein Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen nützt aber nur dem französischen Imperialismus und Militarismus.

Weist das Ansinnen der Kommunisten und Syndikalisten zurück, folgt noch wie vor den Weisungen der Bergarbeiterorganisationen!

Die kommunistischen Helfershelfer des Landesfeindes.

Essen, 25. 4. (W. T. B.) Im heutigen „Allgemeinen Betriebsräteknapp" der gesamten Berg- und Hüttenindustrie von Rheinland und Westfalen" (dem, wie schon die Zusammensetzung der Vertreter zeigt, die sozialdemokratische Partei fernsteht. — Red.) waren 500 Betriebe vertreten, davon 135 Schachtanlagen. Der Parteizugehörigkeit nach lehnten sich die Vertreter zusammen aus 94 Mitgliedern der kommunistischen Partei, 5 Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und 45 Parteilosen (Syndikalisten. Red.). Der Referent, der über den „Kohlen- und Lohnkampf des Ruhrgebiets, der Sozialisierungsmaßnahmen und die Sicherung der Deputatkohle" sprach, sowie sämtliche Diskussionsredner nommenen Arbeiten aufhören sollen, entwickelt daß man ihren Familien gestatte, mit ihnen im Ruhrgebiet zu leben, und zwar unter den gleichen Bedingungen, wie dies die Familien der deutschen Transportarbeiter tun, an denen Stelle sie arbeiten müßten, oder aber eine Lohnzulage, die ihnen gestattet, für einen besseren Unterhalt ihrer in Frankreich zurückgebliebenen Familien zu sorgen.

Der Berichterstatter teilt weiter mit, daß die Transportarbeiter in der vergangenen Woche dem französischen Minister für öffentliche Arbeiten, Le Trocquer, in einer Besprechung ihre Klagen vorgetragen haben.

Sie betonten hierbei, daß man schleunigst ihren Forderungen gerecht werden müßte, wenn man am 5. Mai, an dem der mit ihnen abgeschlossene Vertrag zu Ende läuft, vermeiden wolle, daß die augenblicklich Angestellten in Massen abreisen und der Mangel an Erfahrenen Schwierigkeiten bereitstiert.

Die französischen Ruhrarbeiter drohen mit ihrer Abreise.

Ultimatum an Le Trocquer.

Paris, 26. 4. Der Pariser Berichterstatter des „Petit Journal" berichtet über Unzufriedenheit in den Kreisen der französischen Transportarbeiter im Ruhrgebiet. Diese verlangen, wenn sie weiter die von ihnen freiwillig über-

Günstige Aussichten für eine Anleihe in Amerika

— wenn eine vernünftige Regelung der Reparationen erfolgt.

London, 26. 4. (W. T. B.) „Times" veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über die Rede, die der Vorsitzende der Barclay's Bank, Goodenough, gestern vor dem Verwaltungsrat des amerikanischen Bankenverbandes in New York über das Thema „Englisch-amerikanische finanzielle Zusammenarbeit" gehalten hat. Goodenough sagte, die Vereinbarungen, die zwischen England und Amerika mit Bezug auf die Britischen Schulden getroffen wurden, würden ein engeres Zusammenwirken zwischen diesen beiden Staaten zustandebringen bei der Lösung der verschiedenen Probleme, an denen diese beiden sehr interessiert seien wegen ihrer gleichartigen Interessen an dem System internationaler Zahlungen, welche auf Reparations- und Schuldendaumen folgen würden, wie hoch oder gering auch der Betrag sei, der schließlich von Deutschland gezahlt werden müsse, oder wie beschaffen der Plan sein könne, auf Grund dessen Deutschland beschlossen werde, seine Währung wiederherzustellen und sein Budget auszugleichen. Kredite würden erforderlich sein, wenn irgendwelche wesentlichen Zahlungen in bar erfolgen sollen. Wenn Großbritannien und Amerika bereit seien, in rein kommerzieller Weise bei der Aufbringung wenigstens eines Teiles der ersten erforderlichen Summe zusammenzuwirken, so müsse eine befriedigende Vereinbarung über die Dauer des Moratoriums verhältnismäßig leicht sein. Seiner Ansicht nach werde der erforderliche Betrag kaum sehr groß sein, und er sei sicher, daß, wenn Deutschland die Stabilisierung durchführe, angemessene Sicherheiten erboten werden könnten.

Es erhebe sich die Frage, ob Großbritannien und Amerika wohl von sein kommerziellem Standpunkt aus den notwendigen Kredit beschaffen würden. Er persönlich sei der Ansicht, daß die kommerziellen und Kapitalanlage-Interessen der Vereinigten Staaten dahin führen würden, an diese Frage von dem gleichen Standpunkt aus heranzutreten, wie Großbritannien. Die Frage der Anlage in deutschen Wertpapieren müsse vom Standpunkt der gewöhnlichen Kapitalanlagen erwogen werden. Seiner Ansicht nach könnten deutsche Reparationsscheine angeboten gemacht werden, wenn der Grundsatz der indossierten Obligationen angenommen werde. Er sei sicher, daß in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, ja in der ganzen Welt eine Obligation, die von Deutschland gegeben werde, besonders sicherstellt durch bestimmte Werte und die auch das Indossement der empfangenden Nation trage, sich als marktfähiges Wertpapier erweisen werde, wenn einmal eine vernünftige Regelung in Sicht sei.

Die D. F. P. vor dem Staatsgerichtshof.

rk. Leipzig, 26. 4. (Eigenbericht.) Die Deutschvölkische Freiheitspartei vor dem Staatsgerichtshof. Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt wurde heute vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik die Beschwerde der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegen die Auflösungsverfügungen in Preußen, Sachsen und Thüringen verhandelt. Die Beschwerde der Einspruchsgegner fand erschienen. Im Saal bemerken wir viele Vertreter der Unterverbände der verbotenen Partei neben den Abgeordneten Wulle, Gräfe, Henning und dem Grafen Reventlow.

Ueber Entstehung, innere Organisation und Bestrebungen der Freiheitspartei berichtet Reichsgerichtsrat Dorn. Nach dem Bruch mit der Deutschnationalen Partei habe sich aus der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft die Organisation gebildet. Ihre leiter seien Wulle, Henning, Gräfe und Reventlow gewesen, die unter der Parole Wiederaufbau des Deutschen Reiches gegen die Verschicht des internationalen Judentums und gegen den unfruchtbaren Parlamentarismus agitierten. Näher auf den von Preußen angegebenen Gründe des Verbots eingehend, führte der Berichterstatter, es habe für Preußen der begründete Verdacht vorgelegen daß die Freiheitspartei die Bildung staatsfeindlicher Verbände und militärischer Organisationen unterstütze, wie auch erwiesen sei, daß Verbindung mit Hitler bestand und Hundertschaften unter Roßbachs Führung Anschluß an die Reichswehr gesucht hätten. Zweifellos sei festgestellt, daß die Partei arbeitete und staatsfeindliche Verbindungen unterhalten habe, die ein Verbot rechtfertigten.

Die Freiheitspartei habe gegen das Verbot Einspruch erhoben, da sie keine preußische, sondern eine Reichspartei sei, also auch Preußen zum Verbot nicht berechtigt sei. Hierauf wird die Bildung der Turnerschaften und des Zaulschrecks erörtert. Auch die Form dieser Gruppen beute auf verschiedene militärische Organisationen hin. Der Berichterstatter erwähnt auch noch, daß die Verbote in Sachsen und Thüringen in enger Anlehnung an das preußische Verbot erfolgten.

Als der Berichterstatter geendet hatte, nimmt Senatspräsident Dr. Schmidt das Wort und führt aus: Ehe ich dem Beschwerdeführer das Wort gebe, muß ich darauf aufmerksam machen, daß erst eine Klärung darüber erfolgen muß, ob die Freiheitspartei legale oder illegale Wege beschritten, ob sie ihre parlamentarische Vertretung nur zum Schein hat und ob sie gewillt ist, im Rahmen der Reichsverfassung zu arbeiten. Von Wichtigkeit ist schließlich noch die Stellung der Turner zur Partei.

Dann richtet sich der Vertreiber Rechtsanwalt Herold und äußert formalrechtliche Bedenken gegen das Zustimmer Verbot. Redner entwickelt hierbei ein Bild von der Gründung der Freiheitspartei. Die Deutschnationale Partei sei die Mutterpartei. Als sich dort Meinungsverschiedenheiten bildeten, hätten etwa 300 Männer sich zur Gründung zusammengefunden. Also die irrige Voraussetzung fehlt, daß die Freiheitspartei die Fortsetzung irgend eines verbotenen Verbandes sei. Die enge Verbindung mit der nationalsozialistischen Partei könne keineswegs als Grund zum Verbot dienen. Der Verteidiger regt an, das Verbot einstweilen aufzuheben, wenn die Notwendigkeit sich ergeben sollte, in die Prüfung von Einzelfällen einzutreten, wenn Vorunterschuldung noch nicht abgeschlossen sei.

Die Haftbefehle.

pn. München, 26. 4. (Eigenbericht.) Die Münchener Polizeidirektion hat Wert auf die Feststellung, daß bei dem verpeilchen Versuch, den Redakteur Meyer in Wiesbaden für den Staatsgerichtshof festzunehmen, keine Berliner Kriminalbeamten dabei waren, sondern zwei Münchener Kriminalbeamte, der Polizeikommissar und der Gendarmeriewachtmeister von Wiesbach.

Der bayerische Justizminister Dr. Gürtner hat in einer Besprechung der Bayerischen Mittelpartei in Bamberg erklärt, niemand solle leichtfertig am Unitarismus der Bayerischen gerüttelt werden. Alle Deutschen müßten die Aufstrom unterstützen und Bayern dürfe sich deshalb auch nicht durch Verweigerung des Vollzugs der Haftbefehle des Staatsgerichtshofes in einen Konflikt mit der Reichsregierung drängen lassen. Die Aktion dürfe nicht bloß mit dem Herzen oder aber mit dem Mund, sondern müsse mit dem Verstand gemacht werden.

Dann, München, 26. 4. (Eigenbericht) Die Münchener Polizei hat den sozialdemokratischen Redakteur namens Schlosser verhaftet, der einen notierten Polizeibeamten, 3. Kotung, Unpl.: Wäre, Hahnenfuß, Lametta. Tot.: Sieg: 21 : 10; Pl.: 13, 14 : 10.

Buden-Jagdrennen. 1. Herrn E. Gottschalk Hannenbaum (Führ. von dem Hallenberg). 2. Civilist, B. Kapellschein (Führ. v. Falkenhausen). Unpl.: Cedan, Mirabel, Jägerlust. Tot.: Sieg: 22 : 10; Pl.: 11, 11 : 10.

Keine Illusionen!

Seit der Rede Lord Curzons wird auf die Reichsregierung ein starker Druck ausgeübt, zu „reden" und in der Form einer Note, sei es an die Signatare des Versailler Diktates, sei es an die Reparationskommission, der Anregung des englischen Außenministers zu folgen. Wachsende Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung und nüchterne Prüfung der Lage ist demgegenüber am Platze. Wenn auf das Echo, das die Curzon-Rede hier angelöst gewecht hat, aus London vertimmt und erstaunte Antworten erfolgen, so ist das jenem unbeteiligten Teil der Presse Deutschlands zuzuschreiben, der in absoluter politischer Verblendung sein altes Spiel wiederholt, sich und dem deutschen Volke die lächerlichsten Illusionen vorzumachen. Jede Konferenz sei Verfolles ist nicht nur ein Weltereignis der Bedeutung, sondern auch ein vernichtendes Urteilsspruch für eine Publizistik gewesen, die jedesmal zu glauben vorgab, daß das Himmelreich ganz nahe herbeigekommen sei. Bagte es doch die „Gazette de Foch" zu einer Zeit, da wohl schon die Marschbefehle für die französischen Räuberdivisionen unterfertigt waren, zu schreiben, daß von einem Ruhreinmarsch keine Rede sei. Dieselbe frankophile Presse hat nun plötzlich ihr Herz für England entdeckt.

Lord Curzon macht englische Politik und nicht deutsche. Seine kein abgewogene Rede muß sehr genau gelesen werden. Daß er anerkennende Worte für die Haltung Deutschlands findet, ist ein Beweis für die Wirksamkeit des passiven Widerstandes. Wenn er die in der Diplomatensprache der Entente bisher übliche Unterscheidung zwischen „Sieger" und „Besiegten" vermeidet, so spricht er doch an anderer Stelle von Deutschland als dem „Schuldner und Träger von Verpflichtungen", ohne auch nur mit einem Worte zu erwähnen, daß das Versailler Instrument von Frankreich schmählich in Stücke gerissen wurde, daß der französische Imperialismus das feinnervigste Wirtschaftssystem Europas in ein deutsches Wirrwarr gestürzt, mehr als ein halbes Hundert deutscher Menschen im „Frieden" feige gemordet, Tausende ins Gefängnis geworfen und Zehntausende, nur aus politischen Gründen, aus Haus und Heimat verjagt hat. Diese Stelle der Rede beweist aber zugleich, daß der eigentliche Leiter der englischen Politik in seinem, dem englischen diplomatischen Spiele, Deutschland eine ganz bestimmte Rolle zuweisen will. Die zweite Lausanner Konferenz ist im Gange.

Von der Hoffnung auf England hat sich das Kabinett Wirth recht kümmerlich genährt, und an der Hoffnung auf England ist es mit zugrunde gegangen. Mit marktkreierischer Betriebsamkeit wird wieder frohlockend verkündet, daß wir „auf dem Wege zu Verhandlungen" seien. Noch Curzon hat hier „Vermittlung" zwischen Deutschland und Frankreich angeboten. (Antwort auch an den Poincaré von Bar-le-Duc) Er wiederholte bloß einen Mat. Der er noch eigener Angabe der Reichsregierung schon bisher „ständig" gegeben hat. Die deutsche Regierung solle ein Angebot ihrer Bereitschaft und Absicht, zu zahlen, machen, dessen Garantien für diese Zahlungen geben und einwilligen, daß der Betrag durch „ordnungsmäßig eingesetzte Kontrolleure" festgestellt würde. Die Bereitschaft und Absicht, zu zahlen, hat Deutschland bis zum Wehlbluten in unerhörten Leistungen bewiesen. Sie ist in der letzten Reichstagsdebatte erneut bestätigt worden. Trotzdem hat die französische Propaganda die Welt mit der Lüge vom bösen Willen Deutschlands erfüllt. Trotzdem ist das Ruhrgebiet überfallen worden. Eine allgemeine Erklärung der deutschen Regierung, daß sie zu zahlen bereit ist, hätte den Erfolg, daß Frankreich aufbeulen würde: „Der schlechte Willen Deutschlands ist neuerdings bewiesen." Sehen wir einmal davon ab, daß ein fester Betrag überhaupt nicht genannt werden kann, solange eine Abschätzung der Leistungsfähigkeit Deutschlands infolge des Ruhrkrieges unmöglich ist. Es gibt nicht einmal theoretisch eine Summe, mit der Poincaré zufrieden wäre. Der andere Ausweg, eine gewisse Garantie Deutschlands und die Festsetzung des Gesamtbetrages Sachverständigen zu überlassen, bietet ebensalls keine Sicherheit auf Erfolg. Wer sind die „ordnungsmäßig eingesetzten Kontrolleure", die Lord Curzon meint? Die Reparationskommission, wie der „Temps" behauptet? Dann sind wir genau so weit wie vor dem 11. Januar. Glaubt irgend jemand, daß diese Gesellschaft inferiorer Knechte Frankreichs ihren Mehrheitsbeschluß über die besonderen und allgemeinen „Garantien" Deutschlands ändern wird? Ist es das Gremium internationaler Sachverständiger, das der amerikanische Staatssekretär vorgeschlagen hat? Lord Curzon bezeichnet diesen Vorschlag als ausführlich. Ist es schließlich der Finanzausschuß, der in dem Plane Bonar Laws vorgesehen war und der aus England, Frankreich, Belgien, Italien, Amerika und einem neutralen unter dem deforativen Vorsitz des deutschen Finanzministers bestehen sollte? Der englische Plan, an dem auch Curzon selbstät, sah eine Kontributionssumme von „höchstens" 67,5 Milliarden Goldmark vor. Er ging weit über das für Deutschland Mögliche hinaus. Poincaré hat ihn im Januar abgelehnt und lehnt ihn heute auch als Diskussionsbasis ab. Was immer also die deutsche Regierung anbietet, ob sie eine Summe nennt oder nicht, zu wirklichen Verhandlungen würde dieses Angebot nicht einmal in der Kontributionsfrage führen. Der Londoner Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung" schreibt zur Rede Curzons: „Die Korrespondenzen der englischen Presse aus Deutschland — nicht nur aus Berlin und aus dem Ruhrgebiet — und vermutlich auch die vertraulichen Berichte der englischen Diplomaten bieten die Grundlage für die Ueberzeugung, daß der deutsche Widerstand vor dem Zusammenbruche steht." Eine ungeheuerliche Unwahrheit. Aber ein deutsches Angebot würde die Wirkung haben, diese Lüge einen Schein der Wahrhaftigkeit zu geben.

Wir sind nicht der Meinung Dr. Stresemanns, daß es auf „eine Milliarde mehr oder weniger" nicht ankomme. Diese Milliarden sind Goldmilliarden, die nur in Arbeitsstunden aller Deutschen bezahlt werden können. Aber wir glauben auch, daß die politische Frage der

Die „Gerhard von Mutius".

Gerhard von Mutius.

40 Tage ohne Verhör im Untersuchungsgefängnis.

Französische Justizpraxis.

Paris, 26. 4. (W. T. B.) „Humanité" stellt fest, daß der in Paris verhaftete kommunistische Abgeordnete des Deutschen Reichstags Hölein seit 40 Tagen im Santé-Gefängnis festgehalten wird und bisher nur einem Identitätsverhör unterzogen wurde. Der Untersuchungsrichter habe ihn bisher noch nicht vernommen.

„Sicherheit" noch weit größere Schwierigkeiten bietet als die der Kontribution. In dieser Richtung enthält die Rede Lord Curzons überhaupt keine Ermutigung. Die Kommentare der englischen Presse zeigen, daß hier ein Kompromiß auf Kosten Deutschlands noch viel wahrscheinlicher ist, als bei den Kontributionen. Selbst die gemäßigsten englischen Stimmen sprechen von einer Internationalisierung der Eisenbahnen oder von einer internationalen Gendarmerie, wie sie für Haiti oder Liberia vielleicht am Platze sein mag. Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß Frankreich dieselbe Garantie für Deutschlands Sicherheit bieten will, die wir schon im Versailler Diktat selbst vergeblich enthalten. Wilhelmshaven liegt 50-Kilometer-Zone. Zum Gegenteil: es meint mit „Sicherheit" offene oder versteckte Annexion. Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß Frankreich gewillt ist, die Schäden wieder gutzumachen, die sein brutales Vorgehen außerhalb des Versailler Diktates am Ruhr und Rhein verursacht hat.

Die Rede Lord Curzons hat weder den Weg zu Verhandlungen eröffnet, noch wäre von einem deutschen Angebot irgendeine günstige, praktische Wirkung zu erwarten. Keine Illusionen! Psychologisch-propagandistische Wirksamkeiten sollen nicht verscheucht werden. Die Stellungnahme der Reichsregierung darf aber den passiven Widerstand im Ruhrrevier nicht im geringsten beeinträchtigen. Wir haben alle Ursache, dem englischen Unterbänder kühl bis ans Herz hinan zu gehen. Die politische Frage, die zur Entscheidung steht, ist, ob wir uns benutzt zum weltpolitischen Werkzeug Englands machen wollen.

Dr. F. K.

Zusatzabkommen zum Rapallovertrag.

Gegenseitige Auslieferung der bei Kriegsbeginn beschlagnahmten Handelsschiffe.

Moskau, 24. 4. (C. G.) Das bereits Ende Februar vom Rat der Volkskommissare bestätigte Zusatzabkommen zum Artikel 1 des Rapallo-Vertrages ist nunmehr in Moskau durch den deutschen Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau und vollstellvertretn durch den stellv. Volkskommissar für Auswärtiges Litwinow unterzeichnet worden. Das Abkommen betrifft die während des Weltkrieges in den Besitz des anderen Vertragspartners übergegangenen Handelsschiffe. Diese Frage wird auf dem Wege der Gegenseitigkeit dahin geregelt, daß die Handelsschiffe, die zu Kriegsbeginn sich in feindlichen Häfen befanden und beschlagnahmt wurden, der neutralen Ausliefrung ausgeliefert werden. Jedoch erkennen die beiden vertragschließenden Staaten die Entscheidungen der Prisengerichte in den Jahren 1914/18 gegenseitig an. Das Abkommen bedarf keiner weiteren Ratifizierung und tritt mit dem Augenblick seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ein französischer Gesetzentwurf zur Regelung der elsässischen Kaliwirtschaft.

S. Paris, 25. 4. (Eigenbericht.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird demnächst dem französischen Senat ein Gesetzentwurf betr. Bewirtschaftung des elsaß-lothringischen Kalis zugehen. Dieses neue Gesetz sieht vor, wie wir hören, eine gemeinschaftliche Ausbeutung und Bewirtschaftung des Kalis vor, desgleichen, daß Eingeborenen-Gesellschaften werden sollen. An deren Stelle treten große Verbände, Kommunen, Staat, landwirtschaftliche Berufsorganisationen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbeinigungen.

Neue Eingriffe in den Zechenbetrieb.

Oberhausen, 26. 4. (W. T. B.) Im Laufe des Dienstagvormittags wurden die Ausschußbohnen der Hüttenwerke Gute Hoffnungshütte, Rheinhausen und Walsum durch die Franzosen besetzt, desgleichen die Zeche Alstaden-Wülhelm.

Infolge der Besetzung der Schachtanlagen Bottringer 1 und 4 bei Berne durch die Franzosen hat die gesamte Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Dadurch ist Berne und ein großer Teil der umliegenden Orte, die von diesen Anlagen das Gas erhalten, ohne Gas und Strombeleuchtung. Die Franzosen haben darauhin über diese Orte von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh die Werkbahnsperre verhängt. Nur Aerzte, Hebammen, Pfarrer und Wärter, die zur Arbeit gehen oder von der Arbeit kommen, dürfen in dieser Zeit die Straßen betreten. Jede einzelne Person muß eine brennende Laterne bei sich tragen, da sonst geschossen wird.

Bismarck 1866.

Von unserem Münchener Berichterstatter.

In der neuesten Ausgabe der „Süddeutschen Monatshefte" bringt Bernhard von Oettingen, Oberlandesfinanzmeister a. D. in Trakehnen, überaus interessante, bisher unbekannte Bismarckerinnerungen, von denen wir nach einer Erzählung des Grafen Heinrich Lehndorff, des späteren Generaladjutanten und Vertrauten Kaiser Wilhelms I. Mitteilungen über die Vorgänge vor dem Kriegsausbruch 1866 wiedergeben, die Graf Lehndorff selbst in seinen Tagebüchern und Erinnerungen aufzeichnete und die ebenso bezeichnend für die Charakterstärke Bismarcks sind.

Bekanntlich war der König, die Königin, der Kronprinz, alle Prinzen und alle Minister, mit Ausnahme von Roon gegen den Krieg mit Oesterreich. Bismarck hielt aber diesen Krieg für die notwendige Vorbereitung für die Errichtung des Deutschen Reiches. Um die Sache zu entscheiden, wurde Roon, Moltke und Bismarck vom König zum Vortrag befohlen. Ich war an dem Tage dienstfreier Flügeladjutant beim König. Vor noch lang und breit konnte Bismarck wenig. Moltke wurde zuerst vorgelassen. Nach kurzem Vortrag kam er heraus und erzählte, er hätte dem König vorgerechnet, daß, wenn wir bald losschlügen, wir den Vorteil der inneren Linie hätten, während, wenn wir noch warteten, Oesterreich den Vorteil der inneren Linie haben würde. Der König hatte darauf geantwortet: „Da wir keinen Krieg mit Oesterreich machen, sind die Betrachtungen über die Vorteile der äußeren und inneren Linie belanglos."

Nach Moltke folgte Roon zum Vortrag. Auch er kam bald wieder zurück und berichtete, er hätte den König darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Volksaufstand gegen den Kriegsbereitschaft und Mobilisierung nicht lange aufrechterhalten sei und daß eine Entscheidung getroffen werden müsse, worauf der König geantwortet habe: „Da wir keinen Krieg machen, braucht auch noch nicht mobil gemacht zu werden."

Nun Roon fuhr Bismarck. Das Gespräch zwischen dem König und ihm wurde sehr bald laut und erregt. Es hieß ich in der Vorzimmer, die Türen schloß keiner, aber, unerhörte, daß die anhörenden Zimmer geräumt, und niemand, wer es auch sei, hereinzutreten würde. Nach einer Weile wurde die Tür aufgerissen und Bismarck kam heraus, wütend und erregt, wie ein Rasender war ich auf die Chaiselongue und sprang in ohnebrehenen Stiefeln vom Deutschen Reich, an dessen Errichtung der König ihn hindern wollte. Ich hatte mich kaum hingesetzt, Bismarck sei plötzlich verrückt geworden. Nach einiger Zeit erhob er sich und erzählte: „Bitte melden Sie mich noch einmal beim König." Dann ist ich. Der König aber sagte: „Nein!" Bismarck, ohne die Antwort abzuwarten, schob mich in der Tür beiseite und ging unangemeldet hinein. Das Gespräch wurde gleich wieder laut und erregt, bis ich Bismarck schließlich gegenseitig antworten. Ich überzeugte mich von neuem davon, daß ferne unbeurlaubten Zuhörer sich in der Nähe befanden und warteten in erwartender Spannung auf den Ausgang der Unterhaltung zwischen dem Königs und Bismarck wurde wieder ruhiger und schließlich so leise daß man nichts mehr hörte. Endlich erschien Bismarck, freudestrahlend und ganz verändert. Er faßte sich, von einer leichten Ohnmacht befallen, auf das Sofa mit den Worten: „Bitte um einen Kognak und schaffen Sie mich möglichst bald lebendig nach Hause. Der Krieg ist beschlossen."

Oettingen schließt seine Erinnerungen mit dem Hinweis darauf, wie die Neuen und die Fronde Bismarcks gegen den Kaiser nach seiner Entlassung alle verfehlt und nutzlos bezeichnet worden seien. Nach dem Erscheinen des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen" aber es aber unzweifelhaft klar, daß der Beweggrund von Bismarcks Handeln vor, während und nach seiner Entlassung die Sorge um den Bestand des Deutschen Reiches gewesen ist. Wit unendlich qualvollem prophetischem Blick sagt Oettingen, daß er das Schicksal seines Vaterlandes voraussgesehen und damit den Zusammenbruch seines lebenswerkes. Bismarck war bestrebt mit einer starken Gesamtstaat als Staatsmann, vereinigt mit einer leidenschaftlichen Energie, größer Kampfesluft, Mut und Selbstbewußtsein.

General Berthelot Gouverneur von Straßburg.

S. Paris, 26. 4. (Eigenbericht.) Zum Gouverneur von Straßburg wurde General Berthelot ernannt. Der Inhaber des VII. und XX. Armeekorps und Mitglied des Obersten Kriegsrates. Er tritt sein neues Amt am 5. Mai an.

An Stelle des zum Oberkommissar von Syrien ernannten Generals Weygand wurde General Pestier zum militärischen Sachverständigen der Botschafterkonferenz ernannt und gestern in sein Amt eingeführt.

Soll eine bestimmte Summe genannt werden?

Eine Erklärung im Unterhause.

London, 25. 4. (W. T. B.)

Das Parlamentsmitglied Lambert (Arbeiterpartei) fragte den Premierminister, ob irgendein verantwortliches Angebot, annehmbare Kriegsreparationen zahlen zu wollen, von der deutschen Regierung gemacht worden sei, und wenn ja, welche Summe angeboten worden sei und welches die Summe sei, die die britische Regierung als innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands liegend ansehe?

Ein Vertreter der Regierung erwiderte, der Premierminister sei sich keines Angebotes bewußt, das nicht bereits veröffentlicht worden sei, und fügte hinzu, daß in der Erwägung, ob Angebote, die im März und April 1921 gemacht wurden, zu der Zeit, als sie gemacht wurden, angemessen waren oder nicht, es sehr viel weniger wichtig sei, wie man jetzt über die Sache denke. Es sei eine Tatsache, daß, wenn wir bald losschlügen, wir den Vorteil der inneren Linie hätten, während, wenn wir noch warteten, Oesterreich den Vorteil der inneren Linie haben würde. Der König hatte darauf geantwortet: „Da wir keinen Krieg mit Oesterreich machen, sind die Betrachtungen über die Vorteile der äußeren und inneren Linie belanglos."

Nach Moltke folgte Roon zum Vortrag. Auch er kam bald wieder zurück und berichtete, er hätte den König darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Volksaufstand gegen die Kriegsbereitschaft und Mobilisierung nicht lange aufrechterhalten sei und daß eine Entscheidung getroffen werden müsse, worauf der König geantwortet habe: „Da wir keinen Krieg machen, braucht auch noch nicht mobil gemacht zu werden."

Nun Roon fuhr Bismarck. Das Gespräch zwischen dem König und ihm wurde sehr bald laut und erregt. Es hieß ich in der Vorzimmer, die Türen schloß keiner, aber, unerhörte, daß die anhörenden Zimmer geräumt, und niemand, wer es auch sei, hereinzutreten würde. Nach einer Weile wurde die Tür aufgerissen und Bismarck kam heraus, wütend und erregt, wie ein Rasender war ich auf die Chaiselongue und sprang in ohnebrehenen Stiefeln vom Deutschen Reich, an dessen Errichtung der König ihn hindern wollte. Ich hatte mich kaum hingesetzt, Bismarck sei plötzlich verrückt geworden. Nach einiger Zeit erhob er sich und erzählte: „Bitte melden Sie mich noch einmal beim König." Dann ist ich. Der König aber sagte: „Nein!" Bismarck, ohne die Antwort abzuwarten, schob mich in der Tür beiseite und ging unangemeldet hinein. Das Gespräch wurde gleich wieder laut und erregt, bis ich Bismarck schließlich gegenseitig antworten. Ich überzeugte mich von neuem davon, daß ferne unbeurlaubten Zuhörer sich in der Nähe befanden und warteten in erwartender Spannung auf den Ausgang der Unterhaltung zwischen dem König und Bismarck wurde wieder ruhiger und schließlich so leise daß man nichts mehr hörte. Endlich erschien Bismarck, freudestrahlend und ganz verändert. Er faßte sich, von einer leichten Ohnmacht befallen, auf das Sofa mit den Worten: „Bitte um einen Kognak und schaffen Sie mich möglichst bald lebendig nach Hause. Der Krieg ist beschlossen."

Oettingen schließt seine Erinnerungen mit dem Hinweis darauf, wie die Neuen und die Fronde Bismarcks gegen den Kaiser nach seiner Entlassung alle verfehlt und nutzlos bezeichnet worden seien. Nach dem Erscheinen des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen" es aber unzweifelhaft klar, daß der Beweggrund von Bismarcks Handeln vor, während und nach seiner Entlassung die Sorge um den Bestand des Deutschen Reiches gewesen ist. Wit unendlich qualvollem prophetischem Blick sagt Oettingen, daß er das Schicksal seines Vaterlandes vorausgesehen und damit den Zusammenbruch seines lebenswerkes. Bismarck war bestrebt mit einer starken Gesamtstaat als Staatsmann, vereinigt mit einer leidenschaftlichen Energie, größer Kampfeslust, Mut und Selbstbewußtsein.

Paris verwirft das deutsche Angebot im voraus.

Es soll unerörtert zurückgesandt werden!

S. Paris, 25. 4. (Eigenbericht.)

Der „Intransigeant" stimmt heute der Pariser Morgenpresse bei, indem er sagt, daß ein deutsches Angebot in Paris von vornherein zurückgewiesen werden würde, da keineswegs angenommen sei, daß die deutsche Regierung heute schon zu einem ausreichenden Entgegenkommen bereit sei. Das Blatt präzisiert den angeblichen Standpunkt der französischen Regierung noch genauer, indem es sagt, eine Verzichtung der deutschen Regierung auf das zur Pariser Konferenz vom Staatssekretär Bergmann mitgeteilte Angebot sei absolut „unzulässig" (!), um so mehr als dieses Projekt auch von Bonar Law zurückgewiesen worden sei. Der „Intransigeant" gibt diese Worte wie eine unumstößliche Tatsache von sich, obwohl auch er genau weiß, daß Bonar Law das deutsche Projekt in Paris überhaupt nicht kennen lernen konnte, da die französische Regierung zu verhindern gewußt hat, daß dies Projekt auf der Konferenzpitz gelangte. Deutschland habe noch nicht verstanden, so schreibt das Blatt, daß Frankreich eine bedingungslose Erklärung von ihm verlange, daß es besteht sei. (!) Nur durch eine solche Erklärung könnten spätere Verhandlungen erleichtert werden.

Obwohl keineswegs die Stimme des „Intransigeant" mit der des Quai d'Orsay zu identifizieren ist, muß man doch bedenken, daß seine Ausführungen mit denen der gesamten maßgeblichen Pariser Morgenpresse übereinstimmen, deren einheitliche Stellungnahme gegen jedes deutsche Angebot eine Zwerfel auf einen Wink der Regierung zurückführen läßt. Der Pariser Korrespondent des „New York Herald" will sogar unmittelbar von Quai d'Orsay erfahren haben, daß jeder deutsche Vorschlag, der nicht mehr als (sie im Bergmann-Projekt erwähnten. Rund 30 Goldmilliarden enthalte, unerörtert (!) von der französischen Regierung zurückgesandt werden würde, selbst wenn in der Frage der Sicherheit weitgehendste Konzessionen von Deutschland gemacht würden. Die „Daily Mail" die nicht zum geringsten als Sekundant der kraftlosen Pariser Ententepolitik auftritt, meint ebenfalls, Frankreich habe nicht die geringste Gile, im Gegenteil, man sei überzeugt, daß die rabiat fortschreitende Zähmung der deutschen Wirtschaft und Industrie die deutsche Regierung zu gegebener Zeit zu viel weitergehenden Angeboten bringen werde als dem jetzt erwogenen.

Die Tendenz aller dieser Pressestimmen ist vollkommen eindeutig. Es soll der Welt gemacht werden, die Lage so darzustellen, als hätte Frankreich bei Festlegung des Ruhrabkommens nicht das geringste Interesse an Geldzahlungen gehabt und lediglich gegenwärtig, in der Frankreich den Fem Feldzug fiaiert Unterzeichnung übergangt ist.

Ein weißer Rabe.

Paris, 25. 4. Der Generalrat des Departements Haute-Vienne hat eine gegen die Ruhrpolitik der Regierung gerichtete Resolution angenommen. Der betreffenden Bemerkungen sich der anwesende Präfekt. Die Entschließung ist davon aus, daß das Ruhrer wirtschaftliche Wiederaufbauarbeiten nur durch eine auf den endgültigen Frieden und die vollkommene Abrüstung gerichtete Politik zu erzielen sei.

Der Generalrat von Grenoble, der über den Antrag verhandelte, die Haltung der Regierung in der Ruhrfrage zu billigen, konnte erst nach langer Aussprache eine Einigung auf die einfache Tagesordnung erzielen. Es wird erklärt, die Mehrheit gestehe das Vertrauen für die Regierung in sich. Die Resolution wurde aber nur mit 17 gegen 16 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen angenommen.

Mgr. Testa reist in die Pfalz.

München, 25. 4. (Eigenbericht.) Der päpstliche Nuntiatur-Legierte Monsignore Testa reist von München ins Rheinpfälzer zurück und geht dann auch in die Pfalz.

Neue Schwierigkeiten in Lausanne.

Die Alliierten beschließen. — Die Türken lehnen ab.

d. **Lausanne**, 25. 4. (Eigenbericht)

Die zweite Kommission der Orientkonferenz beriet gestern nachmittag unter dem Vorsitz des französischen Generals Pellet über die verschiedenen Fassungsvorschläge, die sich auf die Verteilung der ottomanischen Schuld beziehen. Eine Reihe von Fragen wurde an ein besonderes Sachverständigen-Komitee überwiesen, die die Frage der Befreiung der Türkei von den Verpflichtungen, die aus der ottomanischen Anleihe für Aegypten, den Sudan und Cypern herrühren, und die Frage der Verteilung der Friedensvertragsentwurfes die Rede ist, ferner der Artikel 45, der von der ottomanischen Schuld spricht. In Artikel 46 wurde das Recht zur Verteilung des Kapitals der ottomanischen Schuld auf die Türkei und ihre Nachfolgestaaten auf türkischen Wunsch in eine Fassung der Verteilung umgeändert, dagegen entspann sich über die Neuregelung der vorgesehenen Frist zur Verteilung eine Debatte, die mit der Ueberweisung dieser Frage an das Sachverständigen-Komitee endigte. Die Forderung der Alliierten, daß die Türkei für die Garantierung der Bezahlung der Zinsen der ottomanischen Schuld neue Pfänder bereitstellen müßte, da die hauptsächlichen Pfänder sich in den abgetretenen Gebieten befänden, wurde von den Türken rundweg abgelehnt.

Ueber die Schuld der Inseln des Dodekanes wurde eine direkte Verhandlung zwischen Italien und der Türkei vorgeschlagen. Während der Tagung des Sachverständigenkomitees, das möglichst bald einen Bericht über die verschiedenen Fragen ausarbeiten soll, wird die Finanzkommission ihre Arbeiten unterbrechen.

Heute vormittag trat die dritte Kommission, die Wirtschaftskommission, zusammen, um über verschiedene wirtschaftliche Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfs zu beraten, über die jedoch eine Einigung nicht zustande kam, und die ebenso wie verschiedene Fragen der Finanzkommission an das Sachverständigenkomitee verwiesen wurden. Am Nachmittag tagte die erste Kommission — für allgemeine politische Fragen —, welche die Artikel 15, 16, 21 und 25 des Vertragsentwurfs beriet. Der Artikel 25 erhielt hier den neuerlich laut gewordenen Anspruch auf die kleine Insel in italienischem Besitz befindliche Insel Castellorizo. Obwohl der Anspruch als auch der Vorschlag, ein Schiedsgericht mit der Entscheidung zu betrauen, wurde von den Alliierten unter verschiedenen Begründungen abgelehnt. Da die Frage der Zugehörigkeit Castellorizos beharren, bleibt die Frage in der Schwebe.

Weiter beanspruchen die Türken die Belassung der türkischen Hoheitsrechte auf die in der Donau liegenden Insel Ada Kaleh, aber welche Frage sich eine längere Debatte entspann. Die Alliierten bestimmten nach eingehender Debatte das Verbleiben der Insel bei Rumänien. Im Laufe der Sitzung wurde noch, daß die Türkei die auf der ersten Orientkonferenz abgeschlossene Meerengenkommission völlig aufrechtzuhalten und diese Frage nunmehr gänzlich erledigt sei.

Lausanne in Erwartung Tschitscherins

d. **Lausanne**, 26. 4. (W. T. B.) Reuter berichtet aus Lausanne, daß Tschitscherin Haltung, der in der ersten Kommission auf Ausland und die Meerenge Bezug genommen hatte beträchtliche Aufmerksamkeit erregt hat und als Anzeichen dafür aufgefaßt wird, daß Rußland die Absicht hat, seine Haltung zu ändern und daß es den Vertrag unterzeichnen werde. Die Rückkehr der Russen nach Lausanne wurde infolgedessen als wahrscheinlich angesehen.

Lausanne erfährt aus Lausanne, daß Tschitscherin vor Ende der Konferenz dort eintreffen werde.

Truppenansammlungen an der sowjetischen Grenze.

London, 26. 4. (W. T. B.) „Times" meldet aus Riga, vor kurzem sei berichtet worden, daß die Franzosen in Erwartung eines türkischen Angriffes Vorbereitungen in Alexandrette treffen. Es werde jetzt von Reisenden, die aus Syrien zurückkommen, mitgeteilt, daß die Türken an der Grenze von Aleppo Truppen zusammenziehen. Eine Stadt Syrien sei in Kiu, etwa 10 Meilen von der türkischen Grenze entfernt aufgestellt. Dem Vernehmen nach haben zwei Zivilisten die Stadt Kiu verlassen, um zur Verstärkung der Garnison von Alexandrette nach Syrien eingeschickt zu werden.

Ernste englisch-russische Spannung.

Eine englische Note an die Sowjetregierung.

London, 26. 4.

Die Beziehungen zwischen England und der Sowjetregierung sind in eine kritische Phase eingetreten. Der Moskauer Regierung wurde eine ernstliche Note zugesandt, die sich auf die Mitteilungen der letzten Monate enthält. Innerhalb des Kabinetts machten sich Stimmen geltend, daß sofort nach der Hinrichtung des Prälaten Budkiewitsch alle Beziehungen zu Rußland abgebrochen werden sollen. Aber Bonar Law und andere Minister wollen erst die Wirkung der neuen Note an die Moskauer Regierung abwarten, weil sie befürchten, daß Sowjetrußland sich der schweren Folgen bewußt werden würde, die ein Bruch mit England verursachen müßte. Aus einer einzelnen Kabinettsmitglieder vor diesem Bruch zurückziehen, so gefährdete es nicht zuletzt darum, weil sie von einem solchen Bruch eine Stärkung der deutsch-russischen Beziehungen befürchten, die besonders eine Zunahme des deutsch-russischen Handels. Auch der Widerstand der Labour Party gegen einen Abbruch der Beziehungen zu Rußland wird befürchtet.

Die Verfolgung der deutschen Justizbeamten.

Zweibrücken, 25. 4. (Eigenbericht)

Einer der ersten Urteilen der Pfalz Geheimer Justizrat Karl Schuster, ist von den Franzosen verhaftet und in das hiesige Landgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Schuster war zehnjähriges Stadtratsmitglied und Ausschußmitglied der Deutschen Volkspartei für die Pfalz.

In Kaiserslautern wurde der Jöjährige Bürgermeister Roeder von den Franzosen verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Ein zweites Ausbladtatz wird verhindert, das die Namen von Leuten nennt, die in französische Dienste getreten waren.

uw. **Mülheim**, 25. 4. (Eigenbericht) Geheimer Justizrat Bauer, ausschließlicher Richter am hiesigen Amtsgericht, der vor einiger Zeit von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet und nach Werden abtransportiert wurde, wo er 10 Tage in Haft sich und dann zu einer Strafe von 1000 Mark verbindert, das die Namen von Leuten nennt, die in französische Dienste getreten waren.

uw. **Mülheim**, 25. 4. (Eigenbericht) Geheimer Justizrat Bauer, ausschließlicher Richter am hiesigen Amtsgericht, der vor einiger Zeit von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet und nach Werden abtransportiert wurde, wo er 10 Tage in Haft sich und dann zu einer Strafe von 1000 Mark verbindert, das die Namen von Leuten nennt, die in französische Dienste getreten waren.

Zweibrücken, 25. 4. (Eigenbericht) Einer der ersten Urteilen der Pfalz Geheimer Justizrat Karl Schuster, ist von den Franzosen verhaftet und in das hiesige Landgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Schuster war zehnjähriges Stadtratsmitglied und Ausschußmitglied der Deutschen Volkspartei für die Pfalz.

In Kaiserslautern wurde der 70jährige Bürgermeister Roeder von den Franzosen verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Ein zweites Ausbladtatz wird verhindert, das die Namen von Leuten nennt, die in französische Dienste getreten waren.

In Mainz wurde der Vorsitzende des ehemaligen deutschen Ein- und Ausfuhrrates in Bad Ems, Regierungsrat Dr. Berisch, vom Kriegsgericht zu einer Geldstrafe bei Haftstrafe zur Sabotage zu 10 Monaten Gefängnisstraft verurteilt.

Vor Kriegsgericht Hattingen wurden wegen Geheimsammelverweigerung folgende Herren aus Bochum verurteilt: Oberstaatsanwalt Eisenlinder zu zwei Monaten Gefängnis und zehn Millionen Mark Geldstrafe, Staatsanwalt Schulte-Limbeck zu zwei Monaten Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe, Regierungsinspektor Stöckner und Sekretär Lehmann zu je einem Monat Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe.

Die ausgewiesenen Journalisten.

Der Reichsverband der deutschen Presse, Geschäftsstelle Berlin SW. 68, Zimmerstraße 9, hat die Fürsorge für die aus den abgetretenen Gebieten ausgewiesenen Redakteure und Journalisten in die Hand genommen. Andere Stellen haben sich bereits vorher dorthin gewandt. Es ist der Zentrale mehrere Hilfsstellen eingerichtet worden, die die erste Fürsorge übernehmen. Diese Hilfsstellen, die von den Ländern kommenden Unterzeichnungen bekannt gegeben werden, sind im Bedarfsfall zunächst in Kassel zu nennen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die örtlichen Verlagsleiter und sonstigen Ausstellen als Unterlagen von den Journalisten mitgebracht werden müssen, damit jeder Fall von den Hilfsstellen sämmtlich erprüft und zur endgültigen Erledigung an die Zentrale des Reichsverbandes weitergeleitet werden kann.

Der Schutz der Republik.

Verurteilung von Redakteuren.

Köln, 26. 4. (Mtb.) Von der 2. Strafkammer des Kölner Landgerichts wurden der Schriftsteller Max Rudolf Sabersky, Gustav Flemer, jowie der Oberleutnant a. D. Flohr wegen öffentlichen Beschimpfung der republikanischen Einrichtungen zu Geldstrafen bis zu 1000 Mark verurteilt, die vier Wochen Haft, 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Beiden Angeklagten wurde die bürgerliche Ehrenrechtsfähigkeit gegen Zahlung einer Geldbuße von ½ bezw. ¼ Million Mark zugebilligt.

Der verlorene Geburtstag.

Ein phantastischer Roman.

Von

Hans Christoph.

(26. Fortsetzung.)

„Feiteret!" — murmelte er in stummer Glückseligkeit vor sich hin.

Schlemihl packte ihn an der Schulter und schüttelte ihn heftig.

„Du, mein Junge! Schlag dir diese Torheit aus dem Kopfe. Du vergeudest deine Gefühle. Diese Menschen sind keine Menschen in unserem Sinne. Sie sind weiter nichts als belebte Materie, es sind zeichenhaftige geistige Wesen; aber ihr Geist ist nur ein chemischer Vorgang, nicht Geist von unserem Geiste, es ist ein Geist, der Zer Materie entstammt. Der Geist der Technik hat hier aber den Menschen, falls es einmal vorhanden gewesen sein sollte, vernichtet. Doch ob von deinem Irrwahn du könntest dich ebenfalls in eine derartige Maschine verlieben, mit demselben Rechte wie in diese Feiteraß!"

Unglaublich lächelnd blickte der Enkel den Ahnen an.

„Großvater, sie ist so schön!" — erwiderte er nur.

Nachmals erzählte Schlemihl ihm seine Erlebnisse, aber er konnte Karl Heinrich nicht überzeugen.

„Großvater, du wirst dich geirrt haben!"

„So, ich werde mich geirrt haben?! Wo ist denn Dr. Jönisch? Hat du ihn noch nicht vermißt? Der hat dabei ebenfalls schon in eine Retorte gesteckt!"

Nun flugte der junge Karl Heinrich doch ein Augenblick nachdenklich. Er erstarrte und drauhen Schritte, und die erblickten Gbenlipe, der sich dem Gravitator nähte.

„Wo ist Dr. Jönisch?" — — herrschte ihn Schlemihl an. Kriig und formell beträgte der Jönisch die beiden, ohne einen Blick auf den Jungen zu werfen, ging, seine chemische Mörte, die sie natürlich nicht verstanden, und überreichte zuerst das Schreiben.

Schlemihl riß auf und las.

„Mein lieber Herr Schlemihl! — Ich habe mich nun doch entschlossen, das Experiment zu wagen. Ich habe gesehen, wie spielend leicht der Mensch, der noch in Ihrem Gegenwart in die Retorte stieg, geriert und genau so wieder zusammengesetzt wurde. Er lebt und wandelt bereits wieder. Das gibt mir den Mut, der Wissenschaft zuliebe den Versuch zu wagen. Ich wollte Sie nur bitten, Sie sielen so verstört davon, — machen Sie keine Torheiten und fliegen Sie mir davon, sondern warten Sie auf mich, morgen früh bin ich wieder bei Ihnen.

Mit Gruß Ihr Tr. Jönisch."

Stumm reichte Schlemihl den Brief seinem Enkel

„Liebst du, Großvater, Dr. Jönisch urteilt auch ganz anderes über die Jon-Menschen!" war die einzige Antwort, die Schlemihl erhielt.

„Wir wollen es abwarten, wer recht behält."

Chvalipo wurde mit Dank entlassen, aber Schlemihl ließ seinen Augen eine kleine Freude für einen Augenblick aufleuchten zu lassen.

Schlemihl und sein Enkel schwiegen. Jeder hing seinen Gedanken nach. Schlemihl dachte an Dr. Jönisch und sein Schicksal, es war ihm fast unwahrscheinlich, daß er ihn nie wieder sehen würde. Karl Heinrich dachte aber wonnevoll an Feiteraß, und als die Sonne bald wieder sank, erhob er sich und erklärte, daß er jetzt gehen müsse, er hatte eine Verabredung.

Nachmals wandte Schlemihl seine ganze Ueberredungskunst auf, um ihn zurückzuhalten. Es war vergeblich.

„Großvater, ich nicht nur, ich komme schon wieder. Du mußt dich ebenfalls hinlegen, wenn Dr. Jönisch morgen früh wieder zurück ist. Ich selbst kommen um die gleiche Zeit wie heute wieder."

Schlemihl verfiel wieder in dumpfes Brüten, als er allein war; er war ganz einsolangen und verlassen in der Gebäuden, und Dr. Jönisch warten zu müssen. Untätig, wie geistesabwesend lag er da und wartete nur.

Plötzlich hatte er Geräusch hinter seinem Rücken erschütterte die Luft. Durch die offene Tür sah er eine rote Stichflamme den Himmel schießen. Entsetzt sprang er auf, an den Gravitator, nach Enkel. Das war sein einziger Gedanke. Ohne zu überlegen, sprang er auf und eilte zur Stadt.

Wie konnte er nur den Jungen allein gehen lassen, wie leicht konnte er bei der Explosion in Gefahr geraten. Gedrängt von dem einzigen Gedanken, ihn zu helfen, stürmte er hinaus, ohne zu, in dem die Explosion stattgefunden hatte, denkt dabei zu überlegen, wo er hin finden könnte.

Schon kamen hinter den Straßen hinter ihn, sie leuchteten noch wie vor feierlich in die Dunkelheit hinein aber sie waren nur aufgeschreien. Ein wild wischer Mann rannte an ihm vorbei und bei das der Widerschein der Feuersbrunst, die jetzt in jenem Stadtteil wütete.

Unaufhaltsam trieb der arme Schlemihl dem Ort der Katastrophe zu, um dort den Enkel zu suchen und ihn zu retten. Jetzt kamen ihm zwei Menschen entgegen, schon von weitem hatte er den Gallope und Chvalipo erkannt, und ebenso schienen sie ihn zu erkennen. Die stiefen auf ihn zu und bemannen in ihrem Chemiefarbengan auf ihn einzureden. Schlemihl verstand nichts.

„Wo ist Karl Heinrich?" schrie er sie an.

„Karl Heinrich" wiederholte er nachmals langsam und nachdrücklich, da deuteten sie die Straße entlang, in ihm bewußtsein betrachtete. Doch gekommen waren, Schlemihl folgte ihrer Handbewegung mit dem Blick.

Plötzlich, dort gingen in der sonst gänzlich unbelebten Straße zwei Menschen, die er sofort an der Bewegung als seinen Enkel und diese verbundenen Fräulein erkannte. Wieder lief er, ohne weiter auf die beiden Jonisten zu achten, auf Karl Heinrich zu, der ihn mitsamt seiner Begleiterin etwas bestützt betrachtete. Doch Schlemihl merkte es nicht; er war fort darüber, daß der Enkel nichts polliert war.

Aber jetzt kamen Chvalipo und Chvalipo wieder herbei, und wieder erosh sich die Flut der Worte dieser nahezu fremdes Idiom über Schlemihl. Was wollten sie eigentlich von ihm. Dauernd wies sie mit den Händen in der Richtung der Feuersbrunst, und nun fing sein Ohr einen bekannten Laut auf, hatten sie nicht soeben „Dr. Jönisch" gesagt. Tatsächlich, jedes dritte Wort hörte er lauter „Dr. Jönisch", und dabei machten sie die Geste des Verrufens, des Zerplatzens. Schlemihl rief seinen Enkel, der mußte den Zalmerski machen; er hatte schon so viel im Verkehr mit Feiteraß gelernt, daß er den Sinn erfassen konnte.

Und tatsächlich, er war es. Die Arbeiter erfuhren, daß wenn sie einmal die Waffe der Publizität aus der Hand gegeben hätten, sie sie niemals wieder bekommen könnten. Die Franzosen suchten das Geheimnis der gesamten komplizierten Maschine entdecken und dann irgendjemen Vorwand erfinden, um sie für unbestimmte Zeit in Händen zu behalten.

Werner Krauß als König Lear

in der Reinsinnführung der Shakespearschen Tragödie im Grossen Schauspielhaus.

Der leere Saal.

Glossen eines Musikreferenten.

Nichts zeigt so deutlich, wie sehr das Gros der Menschen heute in der Welt im Augenblicklichen maßigen verfinkt, als ein abschwindes Betrachten der Besuchsziffer in den Konzertsälen. Auf die unerschütterlichen Stammgemeinde bei Dirigenten, Kammermusik, Kirchen- und „Star"-Konzerten will ich hier gar nicht erst eingehen. Schon das abgelaufene Moment der Jahl jenseit Bande für die Macht der Gewohnheit, der Bequemlichkeit. — Und wenn die „Fünfte" zum 1789. Male ertönt, wenn die Menschen sind nicht zu hüten, nicht immer wieder bei jedem „Schicksalspochen" kunstverständig und Schöpfergefühlig mit erhobenen Zeigefinger zu sagen, daß darüber zu verbreiten, wie es Nikisch gemacht habe und wie anders es Strauß oder Weingartner machen, das ist ein Moment der alten Liebesbande für die Macht der Gewohnheit, der Bequemlichkeit. — Und wenn die „Fünfte" zum 1789. Male ertönt, wenn die Menschen sind nicht zu hüten, nicht immer wieder bei jedem „Schicksalspochen" kunstverständig und Schöpfergefühlig mit erhobenen Zeigefinger zu sagen, daß darüber zu verbreiten, wie es Nikisch gemacht habe und wie anders es Strauß oder Weingartner machen, das ist ein Moment der alten Liebesbande von Schubert oder Brahms gelungen, oder die Apposiionata gespielt, so ist der „Kunst" noch bei einem, — Ich bin ein Mensch, ich bin zu klein, tritt nur ein „berühmter" Mann auf. Um Gottes organisches Leben man die Gewohnheit gefunden hin wofür es das schöne doppeldeutige Wort „natürlich" gibt. In der Kunst, als

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Kontinentalsperre.

Von
Vizeadmiral a. D. **Hollweg**, Bremen.

II.*)

Es lag im Wesen der großzügig gedachten, zum erheblichen Teil am englischen Widerstande gebrochenen Kontinentalsperre, daß sie, um wirksam zu bleiben, immer „neue Taten gebären mußte". Das gleiche gilt von der jetzt von Frankreich inaugurierten kontinentalen Sperre, die bisher in anderer Form zu beginnen. Napoleon mußte alle Küsten besetzen, Oldenburg, Ostfriesland, Hamburg, Bremen, Lübeck und Danzig in seine Gewalt bringen, was Jahren gemeinsamer Gefahr und vergewaltigen, die mindestens die Mittelmeerländer in die Sperre einbezieht, um den Handel Europas zu kontrollieren. Aber die genutzten Völker erfanden immer neue Methoden des Schmuggels, so daß Frankreich selbst schließlich „Lizenzen" ausgab, um zu retten, was noch zu retten war. 100 000 Deutsche sollen 1812 an der Nordseeküste vom Schmuggel gelebt haben, den Engländer, Amerikaner, Dänen und Schweden lebhaft förderten. Helgoland wurde zum „Klein London". Die Kontinentalsperre wurde schließlich zu einer von Frankreich legalisierten Schmuggelorganisation, mit Hilfe deren Napoleon 50 Prozent des Wertes aller Waren an Abgaben erhob, um so seine Kriegskassen zu füllen. Ist es heute viel anders? Auch das Frankreich Poincarés muß immer neue Schritte tun, um seine Ruhrsperre zum „Geschäft" zu machen. Daß Deutschland dabei leidet, ist klar. Die übrige Welt leidet mit — aber sie verdient. Das England von 1810 war noch auf europäische Kornzufuhren angewiesen, das England von 1923 hofft, auch ohne den mitteleuropäischen Markt leben und verdienen zu können, wenn nur der deutsche Konkurrent im Auslande ausgeschaltet wird.

So wenigstens urteilt die noch immer in England regierende Herrenkasse, und die Stimmen der Arbeiterführer und einzelner Presseorgane, wie die des „New Statesman" verhallen ungehört. Die Vereinigten Staaten glauben, auch ohne den deutschen Abnehmer leben zu können. Panamerika und Ozeanien sollen ihm Ersatz bieten. Mussolini hat in Fortsetzung des „sacro egoismo" erklärt, daß sich Italien aus Selbstverhaltungstrieb und wegen Kohlenmangels den Luxus einer Oelmutzpolitik gegen Deutschland nicht gestatten könne. Rußlands Verhalten ist dunkel. Als östliche Macht lungert der französische Vasall Polen und steht sprungbereit an der deutschen Grenze. Die Lage der kleinen Nationen, wie z. B. die Hollands, besten Hafen Rotterdam schon jetzt verödet, ist für die große Politik Hekuba.

Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß, wie es die „Die maritime" schon einmal gefordert hat, der Kampf um Deutschland dann denkt, um seine Ziele zu erreichen, auch die Nordseehäfen zu besetzen. Blättern man in der Geschichte der Hansastädte aus der Zeit der Kontinentalsperre, so kann man sich ein Bild davon machen, was werden wird, wenn Hamburg und Bremen besetzt würden. Die damals von Davoust und Carnavale verhängten Plünderungen und Raubzüge gegen Schiff und Private gleichen wie ein Ei dem anderen den, was heute an der Ruhr geschieht. Zum Schutze handelt es sich bei solchen Besetzungen um uralte französische Aspirationen. Schon Sieyès schlug im 1798 vor, und Napoleon erklärte noch der Besetzung Hamburgs: „Wir haben an der Elbe ein Pondicherry gewonnen, Indien und die französischen Kolonien zurückerobert."

Wenn Frankreich bisher etwas davon abgeschaut hat, bisher unbekannte Spuren zu folgen, so hat das wohl zwei Beweggründe: Der Kunsch, seine Machtmittel konzentriert zu halten, wie Foch es wünscht, und der Zweifel, was England und Amerika zu solchem Experiment sagen würden. Ob unter der Hand angelsächsische Warnungen erfolgt sind, wissen nur die Richter.

Es kann aber sehr wohl zweifelhaft sein, ob England oder Amerika, trotz ihrer derzeitigen Nutznießung der deutschen Häfen, einem fait accompli gegenüber nicht ebenso tatenlos bleiben würden wie angesichts der Ruhrbesetzung, wenn ihnen Frankreich, durch die Geschichte belehrt, von vornherein „Eigenzen" bewilligt, wie sie ehemalige französische Kolonien in Betracht kommen, scheint bis möglich. Nie sind der englische Handel und die englische Schiffahrt, daher so gewachsen wie in der Sperrzeit, auch Amerika gedieh damals gewaltig durch Handel und Schmuggel gefahrt. Zieht man in Betracht, daß nach dem Regierungsorgan „Daily Telegraph" die Freundschaft mit Frankreich der Hauptvorzug der heutigen englischen Politik ist und bleibt, so darf man seine Hoffnungen auf britischen Widerstand gegen die Besetzung deutscher Häfen nicht zu hoch spannen, selbst wenn sogar die „Times" schon einmal vor der französischen Kontinentalpolitik warnen zu müssen glaubte. Auch dafür, daß Amerika aktiv eingreift, spricht wenig. Es sei daran erinnert, daß der amerikanische Präsident schon 1815 äußerte: „den Kern, der in Deutschland liegt, nicht zur Entwicklung kommen zu lassen, auch das Ziel einer enge Schlossenen Staatskunst sein." Die Zeit war, in und nach dem Weltkriege hat uns darüber belehrt, daß diese Worte noch sehr noch drüben Gültigkeit hat. Wie die Polenz „internationale Geldmacht", deren Beziehungen oft unterschätzt wird, in dieser Besetzungsfrage zu bewerten ist, bleibt offen.

Es mag sein, daß weltfremde englische oder amerikanische Politiker die französische Macht- und Machtpolitik schon jetzt mit Mißtrauen ansehen. Lord Grantiste Recht geben, der diese schon 1792 als „Gefahr für Europa und die Welt" bezeichnete. Oder sogar dem englischen Geistlichen Hankin im stillen zustimmen, der 1810 schrieb: „Wir berechtigen die Franzosen wie bösartige Bestien, die alle von ihnen berührten Gegenden verpesten." Aber die durch Englands Kriegspropaganda in den Welt geschaffene Mentalität — von erfterer hat einer ihrer Hauptleiter, Hamilton Fyfe, ein Organ Northcliffes, nach dem „Manchester Guardian" vom 2. März 1923 gesagt, daß er nach heute „stolz auf die Lüge von den abgehauenen Kindershänden und die von den Deutschen verzehrten Kriegerleichen sei", — hat die Gemüter unsäßig verwirrt, die Dinge so sehen, wie sie wirklich sind. Die durch Lloyd George geschaffene Lage Englands, das Fehlen eines Staatsmannes vom Range Pitts und die heftige die französische Gier nach raschem Gewinn geweckt Geschäftskreise haben England zwangsläufig in eine Situation gebracht, aus der herauszukommen schwierig ist.

Wir werden hiernach gut tun, uns, wie bisher, mehr auf uns selbst als auf andere zu verlassen. Wahrscheinlich scheint zunächst, daß die Franzosen die Spesen und Gefahren, die eine Ausdehnung des schon vorhandenen Ruhrabenteuers auf die Nordseehäfen mit sich bringen würde, scheuen werden. Sicherheiten aber gibt es nicht für diese Hoffnungen.

Leibniz im 1699 prophetisch geschrieben: „Wir werden den Streitenden ein Poltter sein, eine Beute der Sieger, das Grab, an dem alle Mächte der Welt scharfen, den Barbaren zur Verachtung, verabscheuungswürdig den Befreunden —, wenn wir uns unterwerfen." Dies Wort gibt uns Richtschnur und Halt. Die Erinnerung an den Zusammenbruch der napoleonischen Kontinentalsperre und unsere Mitwirkung hieran gibt uns die Zuversicht, daß auch die Poincarésche Sperre, mit oder ohne Einbeziehung der Nordseehäfen, schließlich zusammenbrechen muß, wenn wir standhaft und treu unsere Aufgabe erfüllen.

*) Siehe Nr. 188/189 vom 25. d. Mts.

Putschvorbereitungen im Bezirk Trier.

Von der Mosel schreibt man uns:

Schon seiner geographischen Lage und seiner wirtschaftlichen Struktur nach ist der Bezirk Trier für Putschpläne am besten geeignet. Anschließend an das Saargebiet, eingeklemmt zwischen Elsaß-Lothringen, Luxemburg und Belgien ist der einem französischen Zugriff nahelegendste, er bildet gleichsam das Eingangstor für den Aufmarsch französischer Annexionspläne auf das übrige Rheinland.

Selbstverständlich denkt in Frankreich kein Mensch an eine Annexion des Trierer Bezirks und der übrigen Rheinlande. O Oberst bewahre! Jeden Morgen, Mittag und Abend — wenn's gewünscht wird, auch noch öfter — läßt die Pariser Regierung erklären, daß ihr derartige Pläne vollständig ferne lägen. Aber während jener Poincaré solche herzhaftgehenden Erklärungen nach London kabelt, annektiert sein Trabant in Trier, der Bezirksdelegierte Oberst Cochet, lustig und schamlos gleich drauflos, selbstverständlich im Auftrage des Herrn Poincaré.

Zunächst galt es, die Bahn freizumachen für eine erfolgreiche Tätigkeit der separatistischen Kreaturen. Nichts leichter als das! Oberst Cochet ließ durch die Rheinlandkommission den Regierungspräsidenten, seine sämtlichen Vertreter, alle Landräte (mit Ausnahme eines einzigen), die ganze Finanz-, Forste-, Eisenbahn- und Zollbehörde über den Rhein werfen. Was an preußischer Verwaltungsbehörde in Trier zunächst zurückgelassen wurde, ist ein seines Kopfes, seiner Hände und Füße beraubter Rumpf, eine Schein-Regierung, deren Dasein nur noch den Zweck hat, zu verhindern, daß die Welt vor der Zeit darauf aufmerksam wird, was für ein Riesenschwindel in Vorbereitung, in in voller Ausführung begriffen ist.

Nachdem der Franzose so die preußische Verwaltungsbehörde geschlagen hatte, blieb noch ein anderes wichtiges Verbindungsglied für die über die weiten Gebiete des Hunsrücks und der Eifel zerstreute Bevölkerung: die Presse. Auch hier mußte sich Oberst Cochet zu helfen. Die kleinen Kreisblätter von Prüm, Bitburg, Wittlich, Bernkastel usw. hat er kurzerhand abgewürgt, indem er sie für 1—3 Monate verbot. Schwierigkeiten war es, die führenden Presseorgane des Trierer Bezirkes zum Schweigen zu bringen; es sind dies die im Verlage der Paulinusdruckerei in Trier erscheinenden Blätter, die „Trierische Landeszeitung" und das als religiöses Sonntagsblatt wöchentlich einmal erscheinende „Paulinusblatt". Siebenmal hat Oberst Cochet diese Blätter in den letzten Monaten des Ruhrunternehmens verboten, bald für drei, bald für 14 Tage, bald für fünf Wochen. Verschiedentlich forderte er die Leitung dieser Blätter vor sein Tribunal und drohte mit Ausweisung und weiteren, strengeren Verboten, wenn in der Haltung der Blätter keine Aenderung eintrete. Als das alles die gewünschte Wirkung nicht hatte, ließ Oberst Cochet durch die Oberkommission in Koblenz das „Paulinusblatt" neuerdings auf zwei Monate, die „Trierische Landeszeitung" für drei Monate verbieten und den Direktor Dies, einen vom Bischof von Trier für die Leitung dieser Blätter freigestellten katholischen Geistlichen, ausweisen. Nun haben Oberst Cochet und seine willfährigen Trabanten, die Dorten- und Smeets-Leute die Sache frei. Niemand weiter, daß auch die gesamte Versammlungstätigkeit seit Beginn des Ruhrabenteuers im Trierer Bezirk verboten ist (nur den Kommunisten gestattet Oberst Cochet ihre Versammlungen!), so wird man einsehen, wie unhaltbar und gefahrdrohend die Verhältnisse im Bezirk Trier geschaffen worden sind.

Oberst Cochet ist in jüngster Zeit einen Schritt weiter gegangen. Auf dem Ausweisungsfisten findet man leythin auch Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes. Oberst Cochet säubert das Land jetzt auch von den preußischen Gendarmen und von der Stadt Trier von ihrer Polizei. Wozu brauchen wir denn auch noch diese preußischen Polizeibeamten, da ja Stadt und Land überschwemmt sind mit französischen Gendarmen, Spahis und Marokkanern, die vollauf genügen, um die Durchführung der Pläne des Herrn Poincaré zu übernehmen.

An Trier erzählt man sich, daß die Hotels der Stadt, welche die Besatzungsbehörden in großer Zahl beschlagnahmt hat, seit einigen Tagen mit Smeetsleuten belegt seien, die man aus dem übrigen Rheinland dort zusammengezogen hätte. Sollte Oberst Cochet glauben, daß er jetzt bereits in seinem Depot einen Putsch wagen und damit den übrigen rheinischen Landesteilen ein gutes Beispiel zur Nacheiferung vorführen könne?

Nach dem, was wir vorher ausführten, dollen wir das gerade so gut für möglich, wie man in Mülheim und anderen Orten des Ruhrgebietes einen Putsch der Hitler-Leute und Kommunisten in Szene gehen ließ. Sollte man in nächster Zeit von der Trierer Clique etwas Aehnliches lesen, so lasse man sich nicht täuschen durch das Geschrei, das dann in allen französischen Blättern über den „Sieg der separatistischen Idee" in Trier erhoben werden wird. Nur einige **lichte Lumpen** stehen hinter diesen Plänen, während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung deutscher ist als je und über jeden Versuch des Verrates erboten. Der Putsch wird — **wenn er kommt — ein Putsch bleiben.**

*

Trier, 26. 4. (B. Z. A.) Der Weinguisbesitzer Boden wurde von der französischen Besatzungsbehörde zum Zwangsverwalter der beschlagnahmten Domänenweinkellereien bestellt. Boden, der seit langem verhältnis ist, ein Parteigänger Dortens zu sein, hat dem Kommissar der Franzosen entsprechen und seitens nachmittag in Begleitung französischer Offiziere mehrere Kellereien der Domänenverwaltung inspiziert. In den Kreisen der Bürgerschaft herrscht über die Haltung Bodens die größte Empörung.

Die Ersatzpflicht der Streikleiter.

Das Landgericht III hat am 17. Januar 1923 (Jur. Wochenschrift 1923 S. 244) eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage getroffen, ob die Leiter einer Streikbewegung für die durch den Publikum erwachsenen Vermögensschäden einzustehen haben. Ihm Verständnis des Urteils ist vorauszuschicken daß nur eine Haftung auf Grund der Vorschriften des § 6 U.-W. über unrichtige Auskünfte in Betracht kommt. Die gebotene Grundlage eines Entschadenspruchs kann im § 826 herangezogen werden („Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem Anderen vorsätzlich Schaden zufügt, von dem allgemeinen § 823 Abs. 2 und Absatz II, da Absatz I das Vermögen als solches nicht als Rechtsgutes Rechtsgut auffführt. Im diesem Absatz II ist als Voraussetzung der allgemeinen, auch Vermögensbeschädigungen umfassenden Gesetzstatt der Verstoß „gegen ein bestehendes Gesetz eines Anderen hervorgerufen Gesetz" aufgestellt.

Dem einzigenen erörtnen Urteil fing Kaufmann Bauer gegenüber. Ein in Berlin Zehlendorf wohnender Kaufmann hatte während des Eisenbahnerstreiks, um zu seinem in der Friedrichstraße in Berlin befindlichen Geschäftslokal gelangen zu können, erheblichen Mehraufwendungen machen müssen. Er verlangte diese von dem Streikleiter zurück und erhielt sie vom Landgerichte III zugesprochen. Das noch dazu dem Gesetze widersprechende Urteil ging im Sinne des § 823 II B.-G.-B. war die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922, durch welche den Eisenbahnern das Streikrecht verlagt und die Wiederaufnahme des Dienstes anbefohlen wurde.

Der Beklagte führte seine Verteidigung zunächst darauf, daß diese Verordnung rechtsunwirksam sei. Dieser Einwand zwang das Gericht zu einer Stellungnahme zu den staatsrechtlichen Frage, ob der Richter überhaupt berechtigt ist die materielle Rechtsgültigkeit einer vom Reichspräsidenten in formell unanfechtbarer Weise verkündeten Verordnung nachzuprüfen. Dieses in der alten preußischen Verfassung gegenüber formulierten Verordnungen den Gerichten verlante Prüfungsrecht ist nach Reichsrecht seinen gesetzlichen Beschränkungen unterworfen und erzwäßiert die Nachprüfung, ob die Verordnung vom 1. Februar 1922 verfassungsmäßig zulässig war. Sie führt fort, daß die Reichsverfassung Art. 48 II, wonach der Reichspräsident wenn im Deutschen Reich die Sicherheit oder Ordnung erheblich gestört oder gefährdet ist, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erforderlichen Maßnahmen treffen, insbesondere gewisse Bestimmungen der Reichsverfassung außer Kraft setzen darf. Da die Voraussetzungen des Art. 48 II, 2 vorliegen, darüber hat, wie das Gericht mit Recht annimmt, der Reichspräsident allein zu entscheiden. Das in Art. 48 vorgesehene Gesetz über die Schranken des Notverordnungsrechts ist noch nicht ergangen. Der Reichspräsident hat also allein zu prüfen und volle Entscheidungsfreiheit über das Vorliegen einer Störung oder Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit. Dagegen ist es in der Wahl seiner Mittel insofern beschränkt, als er nur die in Art. 48 II ausdrücklich angeführten Vorschriften der Verfassung außer Kraft setzen darf, und ob man dies geschehe, hat das Prozessgericht nachzuprüfen. Hieraus führte der Verfasser seinen Widerspruch gegen die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten: der Verfasser meinte, daß diese gegen die in den Art. 130 und 150 R.-V. gewährleisteten Versammlungsfreiheit verstoße, also verfassungswidrig sei. Das Gericht verwirft diese Ausführung. Der Reichspräsident habe, wenn er befand, daß die Versammlungsfreiheit vorläufig dahin ausgelegt, daß den Reichsbeamten ein Recht auf Arbeitsniederlegung als Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen nicht zustehe.

Nachdem das Prozessgericht sonach die Rechtsgültigkeit des Streikverbots und des Verbots der Anreizung dazu festgestellt hat, wendet es sich der Frage zu, ob die Verordnung ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 II B. G.-B. ist. Es bejaht diese Frage. Der Zweck der Verordnung sei gewesen, das Publikum, die zur Staatsversorgung zusammenstehende Personenschaft heit, gegen die drohende Lahmlegung von Handel und Verkehr zu schützen. Damit sollten die Reichsbahnverwaltungen bei ausbrechenden Zuckungen durch den Streik drohenden Gefahren abhalten werden. Dieser Schutzzweck habe der Verordnung übertreten; denn er habe als einer der Hauptführer der Streikbewegung dieselbe auch nach Erlaß der Verordnung weiter geleitet.

Das Gericht vermißt dann den ferneren Einwand des Beklagten es habe bei dem Eisenbahnerstreik eine Notstandslage im Sinne des § 826 die seine Rechtswidrigkeit ausschließe. Die Reichsgewerkschaft hat ohne Erlöschung aller Verhandlungsmöglichkeiten in den Streik hineingetrieben. Diese Mitteilungen bei an sich gut bezahlenden Arbeitsstellen erscheinen verständlich. Es kommt hinzu, daß Gerichtsbeamte, auch selbst, wenn auch etwas verspätet erklärt, nicht mehr ein Streikrecht, auch nicht als Notwehrbeamten. Es hat die im Beamtenrecht sich findenden Möglichkeiten zu benutzen die vorgesetzten Dienstbehörden in einer Verwaltungsmaßnahmen bei ausbrechenden Zuckungen zu veranlassen, dann die Durchführung der Arbeiten oder nicht mit den Mitteln zu erzwingen unternehmen, die dem Streik, in seinem Treuverhältnis zum Arbeitnehmer stehenden freien Arbeiter und Angestellten entsetzen sind. Somit kommt das ganze Staatsrecht in das Wanken.

Die Haftung des Beklagten sei daher, so führt das Urteil weiter aus, schon aus § 823 II begründet. Sie ist aber — falls man den Streik an sich für nicht widerrechtlich erachten sollte — auch aus der Generalklausel des § 826 (sittenwidrige, vorsätzliche Schädigung) herzuleiten. Es ist fitterwidrig, wenn eine Beamtengruppe zur Durchsetzung ihrer Forderungen durch Arbeitsniederlegung das ganze Staatsgefüge in Unordnung bringe und die Volksgesamtheit einen Schaden zufüge, der in keinem Verhältnis zu dem von den Streikenden erstrebten Nutzen stehe.

Die Haftung der Streikleiter ist schon früher vielfach erörtert und in der Regel als gegeben bejaht worden, falls der Streik sich als solch etwas. Viel wichtiger als diese prozessuale Frage ist die Feststellung der Haftung der Streikleiter zum Schadensersatz ist die Entscheidung der Frage, ob die hinter den Leitern stehenden, unsolide sehr kapitalkräftigen Verbände für die Schäden selbst oder stellvertretend für sie verantwortlich gemacht werden können. Auch diese ist zu bejahen. Das Reichsgericht III hat die Anwendung des § 31 BGB. („Der Verein ist für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadensersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt") in dem vorliegenden Falle verneint. In den Statuten der Reichsverbandsleitung war ein Streikrecht der Beamten verneinen und auch bei der behördlichen Prüfung und Genehmigung nicht beleitigt worden. Das Landgericht meint nun, da dieses statutarische Streikrecht durch die gesetzgeberische Verordnung des Reichspräsidenten vernichtet worden sei, habe der Beklagte bei der sofortigen Leitung des Streiks nicht mehr „in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen" gehandelt. Diese Auffassung des § 31 ist unbedenkt zu eng und würde die Folge haben, daß ein Verein so gut wie niemals für unerlaubte, vom Vorstand namens des Vereins begangene Handlungen verantwortlich gemacht werden könnte. Der Vorstand handelt „in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen" stets, wenn er namens des Vereins, dessen gesetzlicher Vertreter er ist, auftritt. Der Beklagte hat nicht als Einzelperson, sondern als Leiter der Reichsgewerkschaft, als deren Vorstand, den Streik organisiert und fortgeführt. Hierfür hat — neben ihm — die Reichsverbandsleitung einzuhalten. Bei seiner Gelegenheit übersehrichten, so kann sie im Innenverhältnis regen ihm Regreß nehmen.

Die Entscheidung schwebt eine ebenso sehr behandelte Frage an. Sie ist besonders für „wilde Streiks", bei denen die §§ 823 II, 826 BGB. stets anwendbar sein werden, wichtig. Der vorliegende Beschluß wird das Kammergericht anzerkennen haben, und man darf auf seine Entscheidung gespannt sein. Leider wird das Reichsgericht kaum zur endgültigen Bewertung Gelegenheit finden, da die mit der neuen Strafgesetznovelle erforderliche Revisionssumme von 500 000 Mark kaum in Frage steht. E. H.

Erhaltung des Personenverkehrs auf der Elbe.

St. Dresden, 26. 4. (Eigenbericht) Der Landtag verabschiedete heute in sofortiger Schlußberatung eine Regierungsvorlage, nach der die Regierung zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Sächsischen Dampfschiffahrtsbetriebs eine Beteiligung wird, damit eine Einstellung des Betriebes durch Zahlungsschwierigkeiten und damit verbundene Entlassungen des Personals verhindert werden.

Von großem deutschen Hüttenwerk wird ein für die Rechtsabteilung ein ausgebildeter

ein jüngerer Jurist

und für die Betriebsabteilung ein ausgebildeter beschäftigter

Beamter

gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbild und Angabe von Gehaltsansprüchen erbeten unter „A. X. 6418 Rudolf Mosse, Berlin C. 19."

Vertreter gesucht!

Zum Besuche der Baugesellschaften und Grundbesitzer, interessierendes Gebiet, zur einzelnen Filmvorführung für einen Spezialartikel Vertreter. Der Posten eignet sich sehr auf für einen höheren Eisenbahnbeamten oder Offizier a. D. Offerten unter Nr. 281 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gesucht!

Von großem deutschen Hüttenwerk wird ein

unverheirateter juristischer Hilfsarbeiter

für die Rechtsabteilung gesucht. Es wird Wert gelegt auf volle juristische Ausbildung und theoretische Erfahrungen. Vorzugsweise werden Herren, welche bereits an einem Amtsgericht tätig gewesen sind. Offerten erbeten mit Bildungsgang, Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter **B. N. P. 3610** an Ala-Anzeigen & Expedition, Berlin W. 35.

Förster, verh. kath. 1 Kind, sucht um 1. 7. evtl. sp. Dienstteilung. Zu allen Zweigen der Forstwirtschaft gewiesen. Gute Referenzen von Regierung u. Gemeinden. Zeugn. u. Empf. zu Diensten. Zuschriften an Forstrat Kröger, Forstamt Vaihingen a. Enz.

Suche zum 1. Mai **tüchtige Köchin u. Hausmädchen**. Gesucht wird verzählt. Frau Oberstleutnant **Koehler**, Neckarsulm, Neckarmünster 6.

In der **Villenkolonie Nehbrücke** im westlichen Westen, 14 Minuten Fahrzeit von Wannsee, habe ich auf einem unabsehbar bewaldeten Gelände noch einige **Waldgrundstücke** zu verkaufen. — Alles Nähere durch **Martin Brinkmann**, Architekt, Büro: Architekten u. Bauausführungen, Charlottenburg, Marchstraße 24. Steinpl. 7058. (8 bis 4 Uhr)

Am 15. Mai d. J., vormittags von 9 Uhr ab, werde ich **Arichstraße 30**, Hinterhaus, 3. Treppe, Mitte, die Witwe Wilhelmine Menich, Putzmacherin, 6. im Hause bei Nummern 140 und 90 000 verstehenen Plätzen, bestehend in Bettwäsche, Damenbäuten, Gold, Silber, Uhren, Tücher und Metallschuhen jeder Art, u. b. a. öffentlich versteigern.

Der einzige Verteilerstand des Gebäudes wird, wenn Verfasser trotzdem nicht binnen 14 Tagen nach dem Verkauf von dem genannten Plankgrundstück abziehen haben, so der Bringer Kommenfte trip. dem anhängigen Beschlußverfahrens hinterlegt, etwas aus hat gewonnene Plankbilde.

Werner Bachnel,
beeidigter und öffentlich angestellter Versteigerer.
Charlottenburg, Schönstr. 52.

HEBEZEUGE
ORIGINAL-LÜDERS
FLASCHENZUGE
ELEKTRO-HEBEZEUGE
F. PIECHATZEK
HEBEZEUGFABRIK
BERLIN N65.

Roheisen
Nr. I, II, III und Haematit
in größeren Quantitäten
sofort laufend zu kaufen gesucht von Firma im altbestehenden Gebiet.
Billigste Offerte erbeten unter **K. H. 7.01** durch **Rudolf Mosse, Köln.**

Kisten in mittleren Zeiten in jeder Größe, und Bretter fortwährend zu kaufgesucht
Scheidemann & Rottwilm, Minden i. W.

Theater-Spielplan
27. April.

Opernhaus	99. 6	Der Schatzgräber.
Schauspielhaus	116 7½	John Gabriel Borkmann.
Deutsches Theater	7	Ten Karlos.
Kammerspiele	8	Das Kreidekreis.
Gr. Schauspielhaus	7	Königs Tage.
Lessing-Theater	7½	Bürger Schippel.
Deutsch. Künstler-Th.	7½	Der Zum 6. Kopenhelm.
Th. am Nollendorfplatz	8	Kreutzer Sonate.
Komödienhaus	7½	Johann Tennenbout.
Berliner Theater	7½	Rüh.
Kurfürstendamm-Th.	8	G. u. M.
Schlosspark-Theater	7½	Rm Zerrisch.
Tribüne	8	Die Hyäne.
Volksbühne (Theater am Bülowplatz)	7½	Weh' dem, der lügt.
Central-Theater	8	Räuberehrlich.
Deutsches Opernhaus	7½	Tosca.
Grosse Volksoper (im Theater des Westens)	6½	Walküre.
Lustspielhaus	8	Bobby, das die Stadtbrich.
Metropol-Theater	7½	Zu schönste der Frauen.
Neues Operettenth.	7½	Natja, die Tänzerin.
Neues Theater am Zoo	7	Der Leibkutscher des Friedrichs Wr.
Schiller-Theater	8	Rotenmeinung.
Thalia-Theater	7½	Ich bin dein Liebe.
Theat. Nollendorfplatz	7½	Die schöne Strafin.
Th. Kommaniandenst.	7½	Tarantate Zaffo.
Wallner-Theater	7½	Königs Rudbarin.
Residenz-Theater	8	Die Unstillbaq.
Franzos-Theater	8	Prinzessin Bernhardt.
Kleines Theater	8	Das Schärfste Gericht.
Renaissance-Theater	7	Der Kampf d. Geschlechter.

REICHSHALLEN-THEATER.
Alexanderplatz 7½ Uhr u. Sonntags nachm. 4 Uhr:
Stettiner Sänger
5 Uhr-Tee bei Schieber-Nase.
Nachm. halbe Preise.
Dönhoff-Brettl.
Anfang 6½ Uhr.

admirals-Varieté
8 Uhr April-Programm
unerreicht

Wintergarten Varieté-Spielplan!
Rauchen gestattet!

CIRCUS BUSCH
Der Erfolg der Grossmesser. Manegen-Attraktion „1806"
Ein Wunder a. Hybr. Mack. Ausbrechkünstler
Marie Sanny. Neue Pferde.

Cabaret Barock Palais
Unter den Linden 14 Telephon: Zentrum 1790.828
Das sensationelle Programm
Claire Waldoff • Willy Prager
Sascha Gura, Theo Körner, Martha Jaeckel
Didier Anton | Wally Winter | Lilly Kögler | Wanda Weiner
Kapelle Rabinbeck Erstklassige Küche
Anfang 8 Uhr

Indra
Jägerstrasse 65.
Anfang 8 Uhr
Berlins bestes und lustigstes Programm.
Besuchen Sie den Anschlag anzeigen.

Schreibmaschinen
aller in neuer wenig verbraucht kauft ständig entschlichend
Enge, Gitschiner Straße 49.
Telpon 7.

Welt-Panorama (Passage).
Lüneburg und Lüneburger Heide.
II. Wanderung in Florenz.
Eine Reise 20 ℳ, Kind 10 ℳ. Abonnem. (8 Reisen) 100 ℳ

Feldstecher
Gestalt, 6-8 ℳ in Lederkettrial mit Riemen, Schutzkappe usw. zu verkaufen. Angebote unt. Nr. 2789 an B. Sigurd, B. Zeitg.

Tafelservice
für 12 Personen, echt Nymphenburg, zu verkaufen. Anfragen unter Nr. 279 an die Expedition dieses Blattes.

Große Notgeldsammlung,
ca. 16000 Scheine, neue und relativen Werte, viele Marktbäu. sowie zu verkaufen. Gleichfalls eine große Vorzeichnungeldsammlung. Off. unter **B. E. 4495** an Rudolf Mosse, Breslau.

China- und Japanwaren kauft zu guten Preisen
TH. BOHLKEN,
Kurfürstenstr. 122
Tel. Bülow 4370

Großes Lager preiswürdiger
Perser
Teppiche, Brücken etc.
Kl. echte Vorleger v. M. 112.000.-
Hochflor prima Axminster
Vorzügliches deutsches Fabrikat
300 x 200 ctm. ohne Franze M. 275.000.-
in allen Größen vorrätig
Kl. deutsche Vorleger
Gr. Wahl Gewähr, schöne Perser, Gebetsteppiche
17.500.-
C. A. **Herpich** Söhne
Berlin W. Leipziger Str. 9-11

Soll und haben erscheinen!
Der Neue Brockhaus
Handbuch des Wissens in 4 Großoktavbänden, 6. gänzlich umgearb. Auf. und vollständig neuzeitliche Auflage von Brockhaus' kleinem Handwörterbuch.
Das erste größere deutsche Friedenslexikon.
Umfaßt das gesamte Lexikon: 160 einfarbige Kartenblätter, 16 farbige Tafeln, 1000 Bildtafeln, 1. Karte (siehe mit Inge und eines 200 Bildtafeln u. Zeitteilen) 7500 Bildern u. Karten auf 1 Text.
Band 1—3 elegant in Halbleinen gebunden je 600 ℳ, in Halbfranzband verpaßt je 800 ℳ. Band 4 erscheint im November 1923 und kostet 1000 ℳ.
Die Lieferung von Band 4 erfolgt je 10 Monate nach Erscheinen des 3. Bandes und zwar je 1 Band pro Monat.
Was der Gesamtpreis 3. Band 2400 ℳ, so ist in der Zeit ich unglaublich, mit welcher Wirkung ohne Ihnen Wert verschwindet. Man muß in ein Wörterbuch greifen, in welchem man alle, absolut Ihnen man das jüngste und neueste verzeichnet?
Prospekt gratis.
Zu Probeaufträgen bevorzugt, in ungebrauchter Gestaltung erhältlich, bei jeweiligem Nachnahmebezuge — Bei Vorauszahlung 1/3 des Betrages in Abzug. Bei Barzahlung 10% Rabatt.
Ich liefere Band 1—3 sofort und Band 4 nach Erscheinen mit 1/3 gegen Monatsrate unges. von mir
Buchhandlung Karl Blod, Berlin SW 68, Kochstr. 9. Postscheckkonto Berlin 207 03.
Bestellschein
Hiermit bestelle ich bei Buchhandlung Karl Blod, Berlin SW 68, Kochstr. 9, den Neuen Brockhaus, 6. gänzlich umgearbeitete und vollständige Auflage, in 4 Bänden, zum Preise von ... Mark, zahlbar in Raten zu ... Mark.
Ich bin damit einverstanden, daß mir die Bücher nach Erscheinen des 3. Bandes monatlich zugesandt werden

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Leipziger Brief.

Die Zukunft der Oper. — Rücktritt des Operndirektors. — Furtwänglers Ablehnung. — Wedekind mit der Laterne. — Woldemar Sachs ausgewiesen. — Die glänzende Operette.

Leipzig, Ende April.

Bis vor wenigen Jahren noch genoß die Leipziger Oper Weltruhm. Die alte Musikstadt verstand es, die besten Kräfte anzuziehen und mit künstlerischen Leistungen Spielpläne zu schaffen, die Leipzigs großtum Musikerfolgen zu Gunsten der Oper zur Blüte gezeitigten. Leider ist dieser Glanz bald verblichen. Die besten Kräfte wanderten ab, würdigen Ersatz zu schaffen, gelang nicht. Als Professor Lohse, der jetzige Operndirektor, das Erbe am Dirigentenpult übernahm, hatte man, den Glanz der Oper von einstmals wieder zu erreichen. Leider sind diese Hoffnungen nicht erfüllt worden. Die Folge stellte sich bald ein. Der Besuch der Oper ließ zu wünschen und bedauptsächlich schnell mußte man erkennen, daß die Leipziger Oper sich dem Niveau eines Provinztheaters näherte.

Wer ist der Verantwortliche dafür? Jetzt, da Professor Lohse zurücktritt, seinen am 31. Juli 1924 ablaufenden Vertrag nicht wieder zu erneuern, glaubt man zu wissen, daß Lohse für Leipzig nicht der richtige Mann war. Die Kritik hat bisher vieles an Lohses Schaffen auszusetzen gehabt. Stücke tauchten im Spielplan auf, die politische gewichtige Vorbereitungen permissen ließen. Ein Dilettantismus machte sich breit, für den sich das Leipziger Publikum bedankte. Dazu kam, daß Lohse wohl ein ausgezeichneter Kapellmeister ist, daß ihm aber die Fähigkeit abging, Talente zu entdecken und sie Leipzig nutzbar zu machen. Durch unsachgemäße Besetzungen wurden die wertvollsten Stimmen aufs schwerste geschädigt. Sie hatten sich bald verschlossen oder litten Monate hindurch an stimmlicher Uebermüdung. Dies war um so bedauerlicher, da Leipzig seinen übergangenen Lehrmeister besitzt. Die besten Kräfte ließ man entweichen, wie: Frau Schreiber, Alma Sanden, die Herren Rode, Kaufer und Pollony. Und man will auch noch Emmy Krüger wandern.

Professor Lohse weist augenblicklich in Bayreuth, wo er am Teatro lirico Wagner-Opern in deutscher Sprache dirigiert. Wegen seiner Nichtgefeiertheit ist eine Entscheidung noch nicht getroffen. An Bewerbern wird es sicher nicht mangeln. Leipzig braucht einen Mann, der frei seiner Persönlichkeit, durch seinen Kulturwillen, seine Fähigkeit, seine Produktivität und seine Autorität dem Niedergang der Leipziger Oper Einhalt gebieten kann.

Wilhelm Furtwängler, der Gewandhausdirigent, hatte von der Intendanz der Berliner Staatsoper einen Antrag als Generalmusikdirektor mit weitgehenden Kompetenzen erhalten; damit sollte auch die Leitung der Sinfoniekonzerte der Staatskapelle verbunden sein, deren Dirigent Furtwängler schon gewesen ist, bis ihm die Nachfolge Nikischs in den Philharmonischen Konzerten übertragen wurde. Furtwängler hat das Angebotene abgelehnt, da es mit seinen Verpflichtungen als Dirigent der Leipziger Gewandhauskonzerte nicht vereinbar gewesen wäre. Für Leipzig ist das erfreulich: unwerfrig sind die Stimmen nicht gern Schwierigkeiten zu bringen, daß Leipzig auf die Dauer Furtwänglers doch nicht halten kann. Augenblicklich konzertiert das Gewandhausorchester mit Furtwängler in der Schweiz.

Das Schauspiel ist eifrig am Werke, in der Herausbringung guter Aufführungen zu wetteifern. Im Alten Theater und im Schauspielhaus gab es „Zell"-Aufführungen. Das Schauspielhaus mit neuen futuristischen Dekorationen. Die Schweizer Zauschsalen beleben das schillernden Zauberstückchen; die Phantasie der Ausstattung wird da freilich manchmal derb verpatzelt. Sonst gab es eine gute Inszenierung der lustigen Komödie „Schneider Wibbel" von Hans Müller-Schlösser. Selten hat man im Schauspielhaus einen größeren Beifallssturm gehört als bei dieser Aufführung. Das Alte Theater gibt sich auch brav bei seinen Aufführungen. Hier belachte wurde eine der frühen Gewandhausaufführungen von Wedekinds „Franziska". Der Stummfilmfaust war in die elektrische Beleuchtung gehoben — auf Wirbelbunden kreiste das Licht. Im Alten Theater war Bühne und Zuschauerraum in tiefer Finsternis. Das Publikum verhielt sich mutterseelen ruhig, bis die Notbeleuchtung und dann der normale Strom einsetzte. Aber der Zettel trieb sein loses Spiel im dritten Akt noch einmal. Nach einer kurzen Unruhe auf der Bühne rüttelten sich die Schauspieler mit Feuerzeugen aus und spielten den tragische Szene unter allgemeiner Heiterkeit zu Ende, daß der gerade Sprechende von einem Mitspielerin mit den Laternen beleuchtet wurde.

Woldemar Sachs der 200 deutsche Lieder komponiert hat und sich als Mitbegründer des Volksgesellschen Liederbriefs einer, wenn auch etwas verschollenen, Berühmtheit erfreut, Deutschbalte von Geburt ist und 25 Jahren in Leipzig lebt, hat von der Amtshauptmannschaft Grimma den Ausweisungsbescheid erhalten. Binnen acht Tagen soll dieser „lästige Ausländer" seine Wohnung in dem nahen Naundorf (wo er jetzt wohnt, beim seine Frau ist eine geborene Naundorferin) räumen. Dabei ist die Frau seit Jahren unheilbar krank und aus Brett gefesselt. Wie viel Unfug haben nicht schon die Ausweisungen angerichtet!

Es bestätigt sich jetzt, daß das Operettentheater von James Klein-Berlin übernommen wird. In der Rosenthe herrscht Hochkonjunktur. Der Besuch ist jedenfalls weit besser als in der Oper. Die Stadt wird froh sein, daß sie eine günstige Lösung ihres Vertrages mit der Zentral-Theater A.-G. erreichen kann. Es besteht die Gewißheit, daß sie und vor 1924 mit den Kaufverträgen scheidet. Die Steuerzahler werden wohl bald sein, denn der Millionengaukler fällt nunmehr fort.

Krokila.

Einzelhandel und Preisbildung.

Ein Rechtfertigungsversuch.

Die „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels" wendet sich mit folgender Erklärung an die Oeffentlichkeit:

„Die Vorgänge der letzten Woche auf dem Devisenmarkt haben begreiflicherweise auch in der Bildung im Einzelhandel nicht ohne Einfluß geblieben. Wenn von anderer Seite behauptet wird, daß die plötzlich einsetzende weitere Markverschlechterung vom Einzelhandel in vielen Fällen zu ungerechtfertigten Preissteigerungen benutzt worden sind, so entbehrt dieser Vorwurf jeglicher Begründung. Wo in den Geschäften des regulären Handels Preiserhöhungen vorgenommen worden sind, waren sie im allgemeinen darauf zurückzuführen, daß insbesondere bei Artikeln des täglichen Lebensbedarfs infolge allzu schneller Räumung der Vorräte die sofort nach der eingetretenen Mark bereits zu höheren Einkaufspreisen beteiligenommen war, da es den Einzelhandel bei genauer Preis noch möglich ist, seine Aufträge zu Preisen einzudecken, die dem Valutastand des Lieferungstermins angepaßt sind. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß gerade ein gewisser Teil des Publikums es war, der im Augenblick einer plötzlich einsetzenden Markverschlechterung zu Hamsterkäufen in fast glaublichem Umfange schritt und damit anfing, die Bewegung unserer Mark soviel spekulativ anzugeben. Unter ihren feindseligsten Stadtbezirken am Mittwoch, wo eine Dollarschwankung amtlich 25 000 und 32 000 ist, zeigte innerhalb von zwei Nachmittagsstunden bei den Einzelhandelsgeschäften die gesamten Textilwaren verkauft. Ähnlich ist es erwähnt, daß es eine Selbstverständlichkeit war, daß Sonderangebote, die zu Preisen angesetzt waren, welche sich unter den Einkaufspreisen bewegten und bei dem scharf zurückgegangenen Umsatz lediglich zur Schaffung von Barmittelmitteln dienen sollten, bei einer beträchtlichen Steigerung der Markentwertung zurückgezogen werden mußten. Wenn der Einzelhandel auch auf die Gestaltung der verschiedenen Preise höherer Faktoren keinen Einfluß ist, so wird er seinerseits im Interesse einer Aufrechterhaltung unseres geistigen Wirtschaftslebens alles Erreichbare tun, um die Wirkungen der Wertschwankung unserer Mark auf die gesamte Lebenshaltung der Bevölkerung nach Möglichkeit abzuschwächen. Der legale Einzelhandel wird in seiner Preispolitik auch unter den schwierigsten Verhältnissen sich an die bisherigen Richtlinien halten."

*

Die „Erklärung" hinkt auf beiden Seiten. Einzelhandel ist gern, daß der Einzelhandel unter bedingten Einfluß auf die Preisgestaltung der von ihm vertriebenen Waren hat; andererseits war es gerade der Einzelhandel, „im Lebensmittel- und Textilwarengeschäft, der noch am selben Tag, als der Dollar aus seinem Beharrungszustand sich zu lösen begann, mit seinen Preisforderungen sprungweise in die Höhe ging, ohne die Einwirkung auch nur des nächsten Tages abzuwarten. Diese „Frigkeit" trägt mit die Hauptschuld an der Entstehung jener Panikstimmung, die das zahlungsfähige Publikum zu Hamsterkäufen veranlaßte. Die Einzelhändler hätten klugerweise lieber an das Problem der Butter- und Fettpreisfrage nicht gerührt. Was sich hier in den ersten Tagen der Devisenspekulation und schon kurz vorher auf diesem und verwandten Gebieten des Lebensmittelhandels abspielte, kann nur als öffentlicher Skandal bezeichnet werden. Dieser gefährliche Prozeßgeist ist allerdings nicht auf den Einzelhandel beschränkt. Verschiedene schon bisher als besonders „anpassungsfähig" bekannte Verbände der Herstellung und des Großhandels haben jenseits gute Ernte bei Lauer gelegen haben, um beim Umschlag der Konjunktur so keine Minute zu verschlafen. Es mutet wie das Nähgarnkartell an, das bei Bekanntwerden der Dollarsteigerung sofort mit einer ganz unerhörten Steigerung seiner Verbandspreise auf den Plan tritt, eine Steigerung, die selbst in seinen eigenen Reihen Unwillen erregte, so daß man schon zwei Tage nachher der Aufsichtsbehörde wesentlich abgebaut worden mußte.

Wie muß wohl das Verantwortungsgefühl dieser Leute gegen die Volksgemeinschaft, der sie zugehören, aussehen in einer Zeit, in der sich Regierung und Reichsbank mit allen Kräften bemühen, die Wiederkehr der ungeheuren Verhältnisse von Anfang dieses Jahres zu verhindern?

Mittelstandselend.

Zermürbung der Menschen. — Auflösung des Besitzes.

Nur dem Tiefstehenden erschließt sich die wahre Not des Kleinrentnerdasein. Das unsäglich Elend, in welchem ein großer Teil des Mittelstandes dahinlebt, verschleiert Diskretion mit sich in den Mantel reißend. Äußerlich scheint fast alles beim Alten zu sein. Sauberes und sorgfältige Kleidung, wenn auch sehr dünnes, verzieht und durch ausgetretenes Schuhwerk und abgetragene Handschuhe ergänzt, täuscht dem flüchtigen Beobachter ein noch immer erträglich scheinende verschuldete Sicherung vor. Sie ist in Wahrheit während des Krieges gebrochen und hat sich durch die Geldentwertung in Atome aufgelöst.

Schon und stolz verbergen sie ihre Not. Die Kleiner haben, als sie noch arbeitsfähig sind, durch Nebenerwerb, oft beschedenster Art, ihr schmales Einkommen oder ihre bei der Geldentwertung unzureichend gewordenen Rentenbezüge zu erhöhen, oder sie greifen zum Schnitzmesser, um, als Heimarbeit, Einkommen zu erzielen. Die Frauen werden zu Zimmerdemeinterinnen, unterziehen sich der größten und semitätigsten Arbeit, ohne, unbekannt in diesem Beruf, daraus einen nennenswerten Vorteil zu ziehen. Auch ihre „Freizeit" gehört der Heimarbeit, zu der Wohlfahrtsorganisationen die einst so Verwöhnten ausbilden. Die Generalin und die alte Klavierlehrerin lernen Stuffierer zu stopfen. Unter ihren feingliedrigen Händen entstehen in der „Affenfuhle" jene polsterlichen Tierchen die beim Beschten der Weihnachtsbäume, Geburtstagen und Jubiläumsfesten den Kindern bereuvorrufen. Oder sie werden eingestellt, zur Anfertigung hübscher Kinderkleider, die lernen Schiffen zu stopfen, zu flöppeln. Jeder zu frieden oder zu kaseln — Arbeiten, für die sie durch Erziehung und Erziehung gewisse Verkenntnisse mitbringen. Mit der eigentlichen Heimarbeiterin aber, die in jahrzehntelanger Uebung „Stapelware" in unglaublicher Geschwindigkeit herzustellen vermag, können sie nie und nimmer in Wettbewerb treten. So ist denn auch hierbei die Erwerbsmöglichkeit nur gering, unionnehr, als meist Krankheit an ihren unterernährten Körpern zehrt und die nervenden Augen schnell ermüden.

Es müssen schon besonders tragische Umstände vorliegen, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit sich noch mit der Not des Mittelstandes beschäftigt, wie z. B. vor einiger Zeit, als eine Kriegerfrau in Friedenau um ihre geistesschwache Tochter dem Dunkelheit nahe, in ihrer Wohnung aufgerufen wurden. Die Mutter starb am folgenden Tage, die Tochter ist in ein Krankenhaus übergeführt worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß „Konnte dem nicht vorgebeugt werden?" Gewiß. Aber diese Frauen haben ja stolz, um zu bitten, vielleicht wurden sie auch „selbstständige", konnten oder wollten den Weg zu Hilfsstellen nicht finden. Wer hebt die letzten Schleier von der plötzlichen Einstellung der Hungerleiden und Verdorbenen, die einst Tage des Wohlfahrts gekannt? Geben sie lediger denn nehmen — dies Wort sollte nicht verschwiegen bleiben. Dabei handelt ein kleines Erlebnis in mir auf. Im Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe sprach ratsuchend eine Witwe vor, die drei Kinder zu ernähren hat. Die volle Bitterkeit der berufsungewohnten, ihren schwachen Leistungen entsprechend gering besoldeten Frau, der Mutter, die gleut schuftschlichige und ein zweijähriges Kind während des ganzen Tages eine warme Kost und Aufsicht weiß, übermüdet aus dem Beruf heimkehrend, die Kinder weinend, den Haushalt unaufgeräumt findet, die in der Nachtzeitung nachsehen und nähen muß, damit die Kinder nicht zum Sport und Spiel der Wirtschafter werden, trat der schwachen Hoffnung ein, daß Gelegenheit entstanden sei, ihr Leben zu gestalten, die zutiefst Kinderfreundlichkeit erhalten werden. Alle, die sich in schwenkten, aufrutiller Weise, Hand und Brach diese Frau in erstickter Qual aus: „Es ist 5 Uhr, es ist 6 Uhr, es ist 7 Uhr!" Der Ton, in dem diese Worte herausgepreßt wurden, bleibt mir unvergessen.

Ein anderes Bild, das der „Kleinrentnerwelt", die hier leinerzeit besprochen ist. Sie fand in den gebdeleichen, hinzelnkruchenden Festräumen des elegantesten Herrenhauses Fast, in Salen, die in der stolzesten Zeit Preußisch-Deutschlands erbaut wurden. An langen Tischen saßen abgehärmte, blasse Mädchen und Frauen, um über ein paar Wäschestücke, oder eine Stickerei, oder ein Bild, eine Stickerei zu verkaufen. Neben vertwollen alten Familienstücken erbärmlicher Plunder. An jedem Stück aber hatte sich eine Geschichte, an jedem klammerte sich die Hoffnung, es in Lebensmittel oder Heizstoff umsetzen zu können. Wie eine unnötige Grausamkeit erschien es vielen, daß die Leiter dieses Geschäftes selbst ihre Ware zu Marke brachten, aber es war ihr eigener Wunsch. Der Bund der Kleinrentner veranstaltete jede Messe. Andere Organisationen, wie die Zentrale der Groß Berliner Beamtenvereine, errichteten gemeinnützige Verkaufsstellen mit teils ehrenamtlicher, teils bezahlter Leitung, um den Mittelstande die Möglichkeit zu verschaffen, seinen Besitz zu wertentsprechenden Preisen zu veräußern. Auch durch sie wurden ein Stück nach dem andern in fremde Hände. Die einst so behaglichen Zimmer werden leer, was die Freude und der Stolz von Geschlechtern waren, bleibt als Ausnahme nur in finden, erloschen ist. Denn auch diese Zufluchtsstätten aller erworbenhaftigen Männer und Frauen sind in der Verarmung ausgeleert. Sie können sich wirtschaftlich nicht mehr halten, wie von vielen Seiten bereits geschlossen werden, weil die benötigten Zuschüsse fehlen und auch von den Städten kaum noch geleistet werden können.

So lebt denn der deutsche Mittelstand, besonders, was seine erwerbsunfähigen Alten betrifft, in wahrhaft tragischen Bedrängnissen. Es sei außerdem daran erinnert, daß auch die Berufswahl seiner Jugend unter stark veränderten Voraussetzungen erfolgt, es sehen soll immer die Mittel für eine längere Berufsausbildung. Die Jugend muß so bald wie möglich verdienen. Trotzdem sind Tausende sich nicht einmal die Lebensmittel, mit dem, im Durchschnitt betrachtet, Alt und Jung ihr Schicksal auf sich nehmen, ist tatsächlich bewunderungswert. Ihm wird Erfolg nicht versagt sein.

Emma Stroop.

Bureau-Ausstellung im Sportpalast.

Der Sportpalast hat sich über Nacht aus einer Kampfstätte der Boxer, Sechs-Tage-Fahrer und Sportleute aller Art in eine Ausstellungshalle verwandelt. Wenn man jetzt hinein kommt, so ist man in ein bunteres Riesensesl von Ständen, das sich durch Schilder, Lämpchen und Blumen freundlich gliedert. Es ist die Vierte Berliner Bureau-Ausstellung, die Donnerstag vormittag mit einem kurzen Eröffnungsakt ihrer Bestimmung übergeben wurde. Das Ganze bietet ein einheitliches und buntes Bild, und dem sich die einzelnen Schaustellungen, die eine ziemlich stattliche Anzahl bereits Vertreten ist alles, was der „Kontorist" braucht: vom Bleistift bis zur denkenden Maschine aus Papier, Tuch und Blech, die dividiert und rechnet, faßt und druckt, fuvertiert und frankiert und in der amerikanischen Bücherführungsmaschine ihren begabtesten Vertreter hat. Die Ausstellung ist bis zum 6. Mai geöffnet.

Ueber die technische Ausbeute der Ausstellung unterrichtet ein Aufsatz in der nächsten Nummer von „Kraft und Stoff".

Die Steuerermäßigung für Wachhunde.

Wie wir erfahren, findet die Magistratsvorlage über die Ermäßigung der Hundesteuer für Hunde in den Hütten und ländlichen Ortsteilen Berlins auf ein Viertel in Stadtverordnetenkreisen scharfe Kritik. Man findet die Ausnahmslosigkeit der Ermäßigung, die sämtliche Gutsbezirke angenommen wird, nämlich fadenhaft. Ganz abgesehen von dem ganzen Begriff „Erbhendorf", sind auch nördliche die Städte nicht aufgeführt. Im Verwaltungsbezirk Reinickendorf ist zum Beispiel Germdorf und Lübars aufgeführt, dagegen nicht Frohnau. Was für Marienfelde im Bezirk Tempelhof gilt, hat auch für weitaus mehr Orte von Wichtigkeit und Ortsgröße Geltung. — Auch die Verordnung der Hundesteuerzahler an sich stößt bei einem Teil der Stadtverordneten auf Widerspruch. Es ist aber anzunehmen, daß in dem Ausschuß an den die Vorlage verwiesen werden wird, sich eine lebhafte Aussprache zwischen Hundefreunden und Hundefeinden entspinnen wird.

Die gesetzliche Miete.

Die Sätze für Mai.

Der Magistrat beriet am Mittwoch über die neuen Anträge der Vermieter- und Mieterverbände über die bezüglich der Regelung der gesetzlichen Miete ab 1. Mai d. J.

Die bisherigen Bestimmungen werden insofern materiell wesentlich abgeändert, als der Magistrat von der Erhebung eines Mieter-Schutzfrees wieder abgegangen ist. Er hat zur Errechnung der Grundmiete weitere Abzüge von der Friedensmiete, als sie bisher festgesetzt waren, darin vorgenommen, und zwar 2 % für Müll- und Schlackenfuhre, 2 % für den Hausreiniger, 1 % für Treppen- und Flurbeleuchtung und 5 % für den Heizer und Fahrstuhlführer, einschließlich der Kosten des Fahrstuhlbetriebes. Die Abschaffung des Vorschusses machte es nötig, nunmehr wieder die monatliche Abrechnung über die Umlagebeträge einzuführen. Die jetzt vom Magistrat beschlossenen Einzelsätze sind: Betriebskosten für Wasser, einschließlich der Kosten für Hausreinigungsmaterial in einfachen Häusern 600 %; in Häusern mit Warmwasserversorgung oder Gemeinschaftsheizung oder Fahrstuhl, wenn eine dieser Einrichtungen in Betrieb ist, 700 %; in Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung oder Fahrstuhl, wenn mindestens zwei dieser Einrichtungen in Betrieb sind, 800 %; in Geschäfts- und Fabrikräumen für nichtgewerblich benutzte Räume 900 % und für gewerblich benutzte Räume 900 %.

Eine Differenzierung gegenüber den vorhin für das Wohnungsgewerbe beschlossenen Sätzen nicht unerheblich bedeutet. Das geschah, weil für die Kosten des Zentralheizungs-Betriebs, Rohrfluhlführers usw. weitere Abzüge von der Friedensmiete vorgenommen worden sind. Das hat auch Anlaß gegeben, die Sätze für Müll- und Schlackenfuhre, die Kosten des Portier usw. entsprechenden Kosten nunmehr gemäß § 12 des Reichsmietengesetzes gerechnet von der gesetzlichen Miete zu berechnen und in tatsächlicher Höhe von den Mietern zu entrichten sind. Der Aufschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten ist mit 1000 % festgesetzt. Für große Instandsetzungsarbeiten auf 1000 von Dundert Dundert festgesetzt.

Die für den Monat April vorzunehmende Umlage hat so zu erfolgen, daß der Vermieter die Differenz über die für den Monat April d. J. umzulegenden Beträge spätestens am 5. Mai d. J. vorzulegen hat, wogegen er berechtigt ist, am 8. Mai die von dem Mieter zu zahlenden Beträge einzuforderen. Hierbei ist ein von den Mietern bereits gezahlter Vorschuß zu verrechnen und ein etwiger Ueberschuß von Mieter zurückzuzahlen. — Der Beschluß des Magistrats bedarf noch der Zustimmung des Oberpräsidenten.

Nach dem, was das Nachrichtenamt über den Magistrat-Beschluß zur Mai-Miete mitteilt, sollen nur zwei von den selben Zuschlägen für den Mai in bisheriger Höhe bestehen bleiben: das ist die Betriebskostenpauschalierung mit 15 % der Grundmiete und der für die großen Instandsetzungen mit 1000 %. Die anderen beiden letzten Zuschläge erhöhen sich zu Zuschlägen auf Erhöhungen, nämlich der Verwaltungskostenzuschlag steigert sich in einfachen Häusern von jetzt 150 % auf 200 % der Grundmiete, also um 150 %. Der Verwaltungskostenzuschlag in Häusern mit einer der erwähnten besonderen Einrichtungen von 500 % auf 700 %, in Häusern mit mehreren besonderen Einrichtungen und bei nicht gewerblich benutzten Räumen in Geschäfts- und Industriehäusern von 600 % auf 800 %; in diesen drei Fällen also um je 200 %. Ganz besonders gründlich ist der Zuschlag für Betriebskosten zuschlag für die gewerblich benutzten Räume in Geschäfts- und Industriehäusern, nämlich von 1000 % auf 2000 % erhöht worden, also um 1000 %. Ganz ähnlich ist eine Steigerung um 1000 % auf 2000 % erhöht worden, also um 1000 %. Ganz ähnlich ist eine Steigerung um 120 % und für die Geschäftshäuser eine solche um 1550 %.

Dieses rechnerische Ergebnis wird allerdings etwas gemildert durch die Herabsetzung der Grundmiete. Von der Friedensmiete sind in einfachen Häusern ab 1. Mai nicht mehr nur 20 %, sondern 25 % zu kürzen und bei allen anderen Häusern 10 % mehr als bisher (bei Geschäftshäusern und -räumen insgesamt also 42 %). Aber das ist nicht, was die Mieter offenbar als Vorteilsrelation in voller Höhe tragen. Man wird also im allgemeinen mit annähernd der doppelten Höhe der letzten beiden Zuschläge, d. h. annähernd dem doppelten Betrage der voraussichtlichen Miete rechnen müssen.

Es ist begreiflich, daß der Magistrat den Umlagevorschlag hat fallen lassen und die monatliche Abrechnung der durch Umlage zu erhebenden Teile der gesetzlichen Miete wiederhergestellt hat.

Die Nord-Süd-Bahn bis zum Tempelhofer Feld.

Die Tempelhofer Bezirksversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Verschlechterung der Straßenbahnverbindungen nach dem Süden Groß Berlins. Während die Linie 70 auf Betreiben des Bezirks wieder nach Marienfeld verlängert wurde, ist gleichzeitig die Linie 96, die bis Mariendorf führt, auf den Betrieb Zehlendorf-Tempelhof verkürzt worden. Die Bezirksversammlung beauftragte das Bezirksamt, erneut mit dem Magistrat zu verhandeln und dagegen zu Abschiedserung, die an sich schon mangelhaften Verkehrsverhältnisse im Bezirk Tempelhof Stellung zu nehmen. In Verbindung hiermit wurde zur Sprache gebracht, daß jetzt die Weiterführung der Nord-Süd-Bahn auf der bereits vorgelegenen Aufschlußstrecke nach Süden bis zum Tempelhofer Feld erneut beriethen wurde. Der

Freitag, 27. April — Deutsche Allgemeine Zeitung — 62. Jahrgang. Nr. 192/193

Volkswirtschaftlicher Teil.

Berliner Börse.

Ueberwiegend fest.

26. April.

Die Börse eröffnete mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse und die schwebende Devisenverordnung bei keinem Geschäft auf ungefähr letztem Stand. Ausgehend von der Steigerung einer Reihe von Spezialpapieren trat sehr bald eine allgemeine Befestigung ein, die auf einzelnen Gebieten auch mit einer Belebung des Geschäfts verbunden war.

Montanwerte besaßen eine ausgesprochene Haltung, die meisten aber waren wenig verändert; ausgesprochen fest nur einige oberschlesische Werte, von denen Kattowitzer weiter 9000 % höher wurden (96 000), später aber abbröckelten (94 000), ferner Hohenlohe + 3500 (46 500), Donnersmarck (78 000). Interessen zeigte sich ferner für Stolberger Zink, + 7000 (97 000). Gedrückt lagen Hoesch, — 12 000 (102 000). Kali-Werte ruhig. Von chemischen Werten lagen Heyden fest auf das bevorstehende Bezugsrecht (59 500), ebenso waren Rheinbraun gefragt (23 000), während Anglo Guano — 5000 (120 000), Scheidemandel — 3000 (80 000) notierten. Am Elektromarkt waren A. E. G. fester (32 000 bis 31 750), das Papier gilt bei der Spekulation als zurückgeblieben, auch trat eine Grosbank als Käufer auf, und es fanden grosse Umsätze darin statt; ferner zogen Lahmeyer 2250 % an (26 250), Siemens Halske u. Guilleaume 3000 nachgaben. Fortgesetzt wurden sodann Linke-Hoffmann auf die bevorstehende Transaktion begünstigt, + 7000 (77 000). Sonstige Industriewerte lagen durchaus uneinheitlich, als fester seien erwähnt Hirsch Kupfer — 2000 (70 000), R. Wolff + 3500 (43 000), Daimler + 1000 (12 500). Als schwächer sind hervorzuheben Norddeutsche Wolle — 6000 (105 000), Aschaffenburg Zellstoff — 6000 (64 500), Orenstein und Koppel — 2000 (40 000). Vor Werte gehen meist etwas ab, namentlich türkische Anleihen, Schiffahrtsaktien lustlos, Nordd. Lloyd trotz der Kapitalstransaktion kaum behauptet, auch Hamburg Amerika-Linie, deren wertbeständige Anleihe in Form einer Dollaranleihe herauskommen soll, unverändert, Bankaktien lustlos, Handelsanteile gaben 6000 % nach (64 000).

Am Einheitsmarkt war die Tendenz nicht einheitlich, das Geschäft weiter rührig. Es gewannen u. a. Norddeutsche Jute Lit. B 10 000 %, Chemnitzer Spinn 5250 %, Ver. Thür. Metall 2500 %, Bedburger Wolle 1750 %, Eintracht Braunkohle 1000 %. Verloren haben u. a. Deutsche Asphalt 2000 %, Banning Maschinen 3000 %, Hotelbetrieb 4000 %.

Amtlich nicht notierte Werte.

Die nachstehende Tabelle enthält die in der Zeit von 12 bis 13 Uhr gezahlten höchsten und niedrigsten Kurse.

Aller Erdöl	27000 — 21000	Müller Kaffee	13000— 14000
A.G. Mont.-Ind.	4750	Nathans Film	4500— 5000
A.G. f. Verkehr	20000— 20500	Neckar Stahl	12000— 12500
Alg. Boden	13500— 14000	Nordische Tab.	11000— 12000
Alb. Arnd. Kaffee	11000	Nordwest. Kraftw.	6000— 6500
Andree	11000	Niedersächs. Kraftw.	12000— 11700
Apolda Wolle	4000	Niedersächs. Steinkohl.	12000— 12500
Becker Kohle	13000— 12000	Nordd. Wolle	105000— 94000
Beckm. Mühl	10000	Oppenheim Zucker	8000— 8500
Bergb. Bremen	30000— 30000	Orenstein & Koppel	40000— 38000
Bis. Elbe Ind.	7000	Oswald-Film	9750— 10250
Bin.-Nord. Verz.	2225	Pagels	4000— 4500
Brandig Metall	2000	Pinne Leder	9000— 10000
Braun. u. Chem.	11500— 2000	Pommerl. Kraftw.	6000— 6500
Brown Boveri	11000— 12000	E. Reich	ex. 18000
Butzke	5500 G	Reichsbahnpapiere	11000— 12000
Cirus	10750	Rhein. Kraftw.	7000
Charlottenb. Wasser	9000	F.A. Schwartzkopf	1100 G
Cont. Gummi	12750— 13500	Siemens Halske	11000— 13000
Dach. Papierwerke	32750— 33500	Sächs. Kraftw.	12500— 13000
Dtsch. Latexkultur	12500— 14000	Sachsenquelle	8500
Deutsche Fabrik.	2000	Stallwerk Lesum	2000
Ges. f. Wasserbeleuchtung	11000— 13000	Stahlwerk Gesw.	11000— 13000
Deutsch. Gummiwerke	4000	Stinnes Bergbau	15000
Dresdner Gummi	26000	Stoehr & Kupp	16000
Carl Ernst	4000	Stralauer Glas	22000— 23000
Eisenwerke Kaiserslautern	5750	Strasser Glas	5700
Elektrizitätsl. Kabel	10000	Tabak Bremen	2000
Emaillewerk Ges.	15000	Tebecker	15000— 16500
Fränkische Tr.	8250	Thüringer Gas	10000
Feinmech. Jetter	11000 G	Tietz	10500
Fritzer & Reh	10000 G	Tilsa	10,50
Gilbarco	5000	Ver. Walzwerk	5000
Gothia Zement	8000 G	Vera	19500— 20000
Grafe Aktien	7000— 7500	Vera Film	40,00— 4500
Grosse Berlin	7000— 7500	Vereinsbrauerei	30000— 29000
Hartl Grün	14000— 16000	Vogtland Aktien	4000
Grünwald Beta	10000— 12000	Vorkriegsrechte	1000
Gummi Ges.	20000	Westd. Industrie	18500— 19,00
Hagels	4000— 4500	Westd. Bergbau	14000— 15000
Hs. u. Lloyd	6000— 8500	Winkels, Gera	12000— 13000
Ges. Bauten	1000 G	Wuppermann	12000— 13000
Hel. inks	7000— 8000	Balkanische Kab.	15000— 13900
Hochtrequenz	1000 G	Bergmann Kab.	12000— 13000
Hrnowsky	10,00— 13500	Salzburg Ver.	12000
Holzindustrie Lindenau	26000— 27000	Bremen Kab.	7000
Indag	6500— 7500	Rosenberg	32500— 33000
Industrie Bel.	12000— 13000	Kopenhagen	12000— 13000
Int. Petrol. Reine	21750	Rosenberg	12000— 13500
Kaiser Bierpils	26000— 27000	Kopenhagen	12000— 13500
Karstadt	4000— 4500	Ges. Disp. Ann. d.	
Ges. Kraftübertr.	5000	Ges. Disp. Ann. d.	
Kontinentalstahl	2000— 2000	Ges. Disp. Ann. d.	
Lindström A.	3000	Ges. Disp. Ann. d.	
Lichtenberg Wolle	24000— 25000	Ges. Disp. Ann. d.	
Linoleum Ges.	4000	Ges. Disp. Ann. d.	
Marsch Zigarett.	1000	Diamant shares	17,00
Mainz. Schuhfabr.	10000 G	Kopenhagen	1000— 1200
Mainz. Gesling		Kopenhagen	57000
Mag. Thermometer	1000— 7200	Kopenhagen	1000
Meuse syrium	2000— 6500	Saltrara	1650000
Meyer Kupfer	2000— 2500	Kopenhagen	1000
Mitteldeutsch	6250— 6500	Sofiaer Pfandb.	135000

Die Geschäftstätigkeit war heute etwas lebhafter, die Tendenz fest, die Haltung. Gehaerco Interessen bestand für Unmenderf Kali, für Hagels, für Köln-Lindenthal und für Deutsche Webstuff. Erstmalig gehandelt wurden Anzuge a Sierra und Nicolas sche Tabakfermenfabrik. Bezugsrechte: I Roh Maschinen 9625, Lichtenberger Wolle 8600.

Nachbörse fest.

Die Börse schloss kräftig erholt und an der Nachbörse setzte sich die feste Haltung für eine Reihe von Spezialitäten weiter fort. Besonders lebhaft lagen A. E. G. im Verkehr, da die Spekulation an die Käufe einer Grossbank anschloss; das Papier wurde in bedeutenden Umsätzen mit 32 750—32 500 gehandelt. Ferner erfolgten Käufe von erster Seite in Golsenkirchener Bergwerk zu 114 500, Deutsch-Luxemburg zu 108 000. Bedburger Werte waren mit 118 000 gefragt. Ferner erwähnen wir: Dollarschatzanweisungen 26 000, Lloyd 37 500, Pakerfahrt 27 000, Deutsche Erdöl 90 500, Daimler 12 000, Deutsche Petroleum 42 750, Rombacher 41 750, Laurahütte 57 500, Phönix 85 000, Oberschlesi 56 000, Garo 81 000, Linke-Hofmann 81 000, Mannesmann 72 000, Julius Berger 21 500—22 000, Schuckert 69 500, Ges. für elektr. Unt. 26 000, Siedlerstadt 88 500, Ludwig Gans 16 000, Oscherz Credit 23 750, B. E. W. 34 000, Deutsche Bank 29 500, Barmer Bankverein 5500, Hakoah 21 000, Darmstädter 21 000.

Dollarnoten stellten sich nachbörslich auf 29 350 bei stillem Geschäft.

Börsen im Reich.

Hamburg, 26. April.

	26. 4. Gld.	24. 4. Brief		26. 4. Gld.	24. 4. Brief
D.-Ostafr. L.	27000	—	Lübeck Büchen	12000	—
Hapag	7750 G	8500	Ensslinh.	43000	40000
H. Südamerika	12000 G	12000	Hansa Dampf.	6000	—
Woermann Linie	36000	37500	Lehr. Wagons	4000	—
Flens. Dampf.	6000 G	—	Ostwerke	4000	—
Flensb. v. 1869	—	—	Dtsch. Eisenh.	2000	2000
Flensb. Eisenb.	14000	39000	Hansa Eisenb.	2000	—
A. Nordd. Flens. Dampf.	40000	—	Winter. Papier	19750	18750
Sabastianbahn	9500	—	Ver. Deutsch Kaffee	2000	—
Comm. v. Pr.	8000	—	C. Behnke & Co.	7000	7000
Darm. v. Nat.	1000	1000	Hansa Bank	2100	—
Vereinsbank	1000	—	Nordd. B. Hand.-Part.	1000	—
Alg. Kred. Ges.	12000	17000	Ges. Gesuche	10000	450000
Deutsch-Lusan.	10000	10000	Deutsch-Lusan.	450000	450000
Schwabe	6500	84500	Ges. Gesuche	450000	450000
Hamburger	12000	12000	Ges. Gesuche	450000	—
Alten Port. Z.	8000	15000	Stav. Hamm-Aktl.	9100	5 5000
Angla-Continent.	11000	11000	Schwabe	17000	56000
Brelsach. Zem.	—	—	Conservatorium	—	—
Hammonia Versich.	12000	—	Hansaland	—	—
Cuxhaven Bach.	—	—	Hansaland	8000	40000
Jos. Fürstenberg	32500	32500	Deutsch.	20000	20000
Schlink & Co.	60000	60000			
Schwarzwälder B.	11000	12000			

Halle, 26. April. Schwach.

	26. 4.	24. 4.		26. 4.	24. 4.
Anhalt. Papier	26000	26000	Wegelin & Hübn.	18000	18000
Cellw. Papier	30000	31000	Zeitzer Masch.	—	—
H. Böhmerwerk	10000	10000	Halleh. Bauk	5000	5200
Glasing. Zucker	50000	46000	Halleh. Eisenb.	6000	—
Hall. Maschinen	6000	65 00	Ver. Pianoweck.	8000	—
Hildebran Gläsh.	20000	27000	Elektrochem. Ges.	15000	16000
Hallesche Kettenf.	10000	10000	Werch. Wagg.	2000	—
Wagg.-Lieder	30000	—	Brauerei A. Bing.	—	—

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse. 26. April. (Amtlich.)

	26. 4.	
für 50 kg.	Geld	Brief
Weizen, mark.	61000—62000	Weizenkleie	28000—29000
ostmark.	—	Roggenkleie	28000—29000
sonst.	—	Raps	110000—115000
Roggen, mark.	49000—48500	Erbsen, Viktoria	60000—65000
ostmark.	—	Kl. Speise-Erbsen	63000
sonst.	—	Futtererbsen	50000—55000
weingr.	—	Peluschken	60000—65000
Gerste,	—	Ackerbohnen	60000—65000
mark.	47000—48000	Wicken	60000—67000
ostmark.	—	Leinsaat	90000—95000
Hafer mark.	47000—48000	Blauer Mohn	80000—90000
ostmark.	—	Senfsaat, weiss	130000—145000
sonst.	—	Kapuchinerr	42000—43500
Mais Berlin	51000—54000	Rapskuchen	65000—70000
Hamburg	—	Trockenschnitzel	17500—900
Fab. (G.) Weizenmehl	60000—65000	Kartoffelflocken	26000—27000
Roggenmehl	47000—50000		

Der Dollar war im Anschluss an die amerikanische Depesche nach der Vormittags abgeschwächt, befestigte sich aber an der Mittagsbörse und bedarf somit auch den Forderungen einer Seite, nach dem sie gestern nachmittag also noch leicht ermässigt hatten. Die Angebot vom Inlande ist nicht erheblich. Für Futtergetreide und Futterhülsenfrüchte ist weiter Roggen meist nicht voll durchzusetzen. Die Unternehmungslust ist vorläufig mit dem Roggen Preis besonders Gerste, wicht, dass die R.-G. keine weiteren Käufe zu machen scheint. Gerste ist bleibt ruhig und kaum gefragt. Für Hafer ist der Markt etwas fester, grösser als der Roggen und die Haltung daher abwartend. Mais ist bei unverändert Preisen. Für Mehl bestand manche Anfrage nach dem Westen. Futterstoffe wie auch Hülsenfrüchte lagen ruhig.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon per 50 kg: Hafer 49 000—51 000 M., Wicken 50 000 M., Roggenkleie 29 000 M., Weizenkleie 27 000 Mark.

Heu und Stroh. Grosshandelspreise per 50 kg ab märkischer Station für den Berliner Markt: drahtgepr. Roggenstroh 18 000—20 000 Mark, desgl. Haferstroh 18 000—17 000 M., desgl. Gerstenstroh 14 500—16 500 M., Roggenlangstroh 19 000—20 000 M., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 18 500—19 500 M., lose Krummstroh 19 500—19 500 M., Haferheu 22 000—24 000 M., gutes übliches Heu 15 000—17 000 M., gutes Heu 18 000 bis 20 000 M.

Bremer Getreidenotierungen. 25. April. (Eigener Drahtbericht.). Um 6 Uhr wurden notiert (nicht amtlich) zur Lieferung prompt: amerikan. Mittelweiz Weizen 4,25 Gulden, Dinkel Weizen 14 Gulden, inländ. Roggen 6000 ℳ, ausländ. Roggen 6000 ℳ, amerikan. Mixed-Mais 6000 ℳ, per Mai 10,16 Gulden, La Plata-Clipped-Hafer 6000 ℳ, amerikan. White Clipped Hafer 6000 ℳ, deutsche Donau Gerste pr. Mai 60—61 kg 58000 ℳ, do. do. 66—67 kg 9,70 Gulden.

Berliner Grosshandelspreise. 25. April.

Landesamt Berlin-Brandenburg für Kontrolle der Deutschen Sachverzeichnis.

kg. Berlin	Gut	Brief	Kart	Gut	Brief
Gerstengrütze	965,00— 1100,00		Hanfsaat, edle	7700,00— 9692,00	
Hafergrütze	995,00— 1050,00		Hanfsaat, mittel	900,00— 1147,00	
Hafermehl	1080,00— 1150,00		Leinsaat	1230,00—1290,00	
Hafermehl	1100,00— 1150,00		Leinsaat, mittel	1000,00—1050,00	
Haferflocken	—	—	Weiss. Pfeffer	7275,00— 7415,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Kaffee, roh	10000,00—11000,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Kaffee, roh	10700,00—11100,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Kaffeebohnen	20000,00—20500,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Kraftmehl	—	—
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Kraftmehl	500,00— 1200,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Kistrogen	1000,00— 1025,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Kistrogen	975,00— 1000,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Bohnen, weiß	1085,00—1250,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Bohnen, rote	1124,00—1250,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Speisebohnen	1035,00—1200,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Speisebohnen	1035,00—1200,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Linsen	1400,00—1650,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Linsen	1400,00—1650,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Bratensalz	5000,00—5050,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Bratensalz	5000,00—5050,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Corned beef	—	—
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Corned beef	23000—28000	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Marmelade	850,00—26,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Marmelade	850,00—26,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Aniskanonen	1900,00	
Kartoffelmehl	1710,00— 1810,00		Tee in Eisen	17000—2600	

Baumwollmarkt. Hamburg, 26. 4. (Eigenbericht.) Auch heute zeigte sich seltene der Spinner nicht die geringste Kauflust. Fully middling Gulf c. c. 28 ging statt gestern etwa 20 163 ℳ, pr. kg bei einem Dollarstand von 90 000.

Baumwolle. Bremen, 26. April. (Eigenbericht.) Amtlicher Schlusspreis von 41 Uhr **Ecrtz** ℳ nom. per kg (34. 4. 20315 ℳ nom.).

Berliner Metallbörse vom 26. April.

Amtl. Preise für 1 kg	a	b
Kupfer (Kathoden)	11000	11094
Raffinadekupfer	10500	10594
Rottenstein. Verh.-Pr.	4694,25	4734,12
Ind. Kupf. Pr. 4694	4650—4700	4650—4700
Zinn	4450—3550	3550—3650
Hüttenzinn (99%)	3400—3450	3450—3550
Hüttenzinn (99 %

Der internationale Berater der österreichischen Nationalbank.

Von unserem L.-Korrespondenten.

Wien, 23. 4.

Zuerst in einer ausserordentlichen Generalversammlung der Nationalbank, sodann vor mittelbar darauf im Nationalrat, bildete in den letzten Tagen die Bestellung eines „Beraters" der Bank den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen. Den Anstoss zur Aufrollung der Frage bot das Verlangen des Völkerbundes, neben Generalkommissar als Kontrollorgan von Gesetzgebung und Verwaltung im allgemeinen in Oesterreich auch einen besonderen Vertrauensmann bei der Nationalbank zu bestellen. Der Berater" ist sozusagen ein Produkt des Genfer Sanierungsprogramms. Nicht als ob er schon in diesem vorgesehen wäre, aber im Verlauf der mannigfachen Begebenheiten und Zwischenphasen in der Durchführung des von Völkerbund für Oesterreich beschlossenen Sanierungswerks wurde der Gedanke geboren, dem Generalkommissar einen Spezialkommissar mit weitgehenden Befugnissen und ausgedehnten Einfluss auf die Geschäftsführung der Nationalbank zur Seite zu stellen. Anfänglich liess sich im Generalrat der Bank leiser Widerspruch gegen die Inbaksetzung Bevormundung auswärts vernehmen; aber schliesslich konnte man via facti die Zustimmung nicht verweigern.

Die internationalen Kredite, wohl der wichtigste Bestandteil der Sanierung, stehen in Verhandlung, und da nützt kein Zaudern und kein Protestieren. Die Gläubiger aller Länder forderten die Stabilisierung, die sie im „Berater" erblicken, und dieser Wunsch war Befehl. Der „Berater" ist beschlossen beziehungsweise Statut der Bank dementsprechend ergänzt, und im Sinne der Statutenänderung wird die Bank, die mit der Bestallung des neuen Funktionärs verbundenen beträchtlichen Lasten aus ihren Mitteln aufzubringen haben. Sein Amt steht erst gleichzeitig mit jenem des Generalkommissars. Denn die ursprüngliche Befristung einer bloss zweijährigen Dauer zur Vollendung der Sanierung und somit der freienden Kontrolle ist heute bereits ein überwundener Standpunkt.

Vielleicht ebenso wie die Tatsache der Installierung des Beraters verdient die Rededuell in der ausserordentlichen Generalversammlung der Bank besondere Beachtung. Es standen sich da gewissermassen zwei Welten in ihren Anschauungen entgegen. In zweien Augenblick müsste jedermann, der auch nur ein bisschen Staatsgefühl mit sich trägt, jede Beeinflussung und Verschärfung fremden Einflusses auf die innere staatliche und öffentliche Gebarung als peinlich empfinden; im vorliegenden Falle spielen alle Momente hinein, welche es bedenkabe als fraglich erscheinen lassen, wer mehr das Staatsinteresse wahrt: der Anhänger oder der Gegner des „Beraters". jede Notenbank mit ihrem privilegialen Charakter und ihrer weittragenden Bedeutung für den öffentlichen und privaten Kredit wird überall als das hervorragendste Gebilde des Kapitalismus, insonderheit des Grosskapitals, angesehen; instinktiv wird ihr diese Rolle zugeschrieben. Und bemerkenswerterweise drang auch die Auffassung bis hinein in das Verständnis für das Notenindustrie im allgemeinen nicht viel über den engen Kreis des Grosskapitals und seiner Vertreter. Erst die Währungsnöte, die Krieg und Nachkriegszeit allenthalben heraufbeschworen, erweiterten die Behandlung dieser spröden Materie; sie popularisierten sie. Ebenso war denn auch eine Generalversammlung der Bankaktionäre eine konservative „würdige" Zusammenkunft und der ruhige und glatte Verlauf garantiert. Das hat sich nunmehr gründlich geändert. Wohl haben — naturgemäss — auch heute vorerst die Besitzenden die Aktien der Bank, und ihre Sorge ist es deshalb, das das Institut auch die solchen Grundsätzen der Vergangenheit verwaltet werde; namentlich unter Ausschluss jeder Neuauflage einer verderblichen Inflationspolitik und unbegrenzten Notendruckes für den Staat in seiner Bedrängnis. Die Interessen der Grosskaufleute stimmen unter diesem Gesichtspunkt mit jenen des fremden Gläubigers, aber auch mit den Voraussetzungen einer gesunden Finanzgebarung überein; sie begegnen sich also mit den Auslandern in den Sympathien für den „Berater". Diesen Gedankengang brachte die Generalversammlung zum deutlichen Ausdruck. Indes, wir leben in einer neuen Zeit: Das Bollwerk der Nationalbank, die Notenbank, ist zum Streitobjekt geworden; auch jene, die nichts oder wenig haben, verlangen, ungeachtet ihres Nichtbesitzes an Bankaktien, ihren Anteil; wollen den fremden Berater nicht, fordern aber mit allem Nachdruck eine angemessene Vertretung der sozialdemokratischen Partei im Generalrat der Bank, unter Hinweis auf das Beispiel der Reichsbank. Wohl entgegnete der Präsident Dr. Reisch in der Generalversammlung, die Notenbank sei nicht ein Unternehmen wie jedes andere, und zu seinen Privilegien zähle auch, dass die Institution der Betriebsrate im Bereich dieser Bank keine Geltung habe. Die Repräsentanten des kapitalistisch-bürgerlichen Elemente hielten lebhaft zustimmende Reden; applaudierten dem Vorsitzenden; die Vertreter der Arbeiter und Angestellten gaben deshalb ihre Sache nicht verloren, und ihre Zuversicht ging schliesslich nicht ungerechtfertigt sein.

Unwillkürlich kommt anzreichts dieser Strömungen und Gegenströmungen auf kapitalistischem Gebiete der jüngste Artikel Lloyd George's im Trimmerhafen „Verbreitung auf den Kampf" und der Antrag Snowden im englischen Unterhause, welcher Gesetzesverkehrungen schaffen will, die jedes andere, und zu seinen Privilegien zählte auch, dass die Institution der Betriebsrate im Bereich dieser Bank keine Geltung habe. Die Repräsentanten des kapitalistisch-bürgerlichen Elemente hielten lebhaft zustimmende Reden applaudierten dem Vorsitzenden; die Vertreter der Arbeiter und Angestellten gaben deshalb ihre Sache nicht verloren, und ihre Zuversicht ging schliesslich nicht ungerechtfertigt sein.

Unwillkürlich kommt anzreichts dieser Strömungen und Gegenströmungen auf kapitalistischem Gebiete der jüngste Artikel Lloyd George's im Trimmerhafen „Verbreitung auf den Kampf" und der Antrag Snowden im englischen Unterhause, welcher Gesetzesverkehrungen schaffen will, die jedes andere, und zu seinen Privilegien zählte auch, dass die Institution der Betriebsrate im Bereich dieser Bank keine Geltung habe. Die Repräsentanten des kapitalistisch-bürgerlichen Elemente hielten lebhaft zustimmende Reden applaudierten dem Vorsitzenden; die Vertreter der Arbeiter und Angestellten gaben deshalb ihre Sache nicht verloren, und ihre Zuversicht ging schliesslich nicht ungerechtfertigt sein.

Noch keine Einigung über die Neuregelung des Devisenhandels.

Gestern vormittag haben im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit Vertretern des Zentralverbandes des deutschen Bankiergewerbes über die Neuregelung des Devisenhandels stattgefunden. Die Besprechungen sind jedoch noch nicht so weit gefördert, dass man in Wirtschaftsministerium bereits für diese Woche mit dem Erlass der neuen Verordnung rechnen kann. Wie wir hören, wird die Verordnung die Gestalt eines Notgesetzes haben, das auf Grund des allgemeinen Ermächtigungsgesetzes vom 24. Februar des Jahres in Kraft gesetzt wird, und zwar ohne Befragung parlamentarischer Körperschaften, nur durch das Reichskabinett und den Reichsrat.

Die neuen Roheisenpreise.

Der Roheisenverband hat die Preise für das mit ungleichen Kokspreisstoffen erhaltene Roheisen für die 4. Oktave (24—30. April) infolge Steigerung der Deviseskosten um 54 000 M. erhöht. Die Preise stellen sich auf 990 000 M. für Hämatit, 960 000 M. für Giesereiroheisen 1 und 937 000 M. für Giesereiroheisen III.

Die wirtschaftliche Vereinigung deutscher Messingwerke

hat am 24. April die Preise für Messingstangen auf 10 662 M. und für Messingbleche auf 14 925 M. erhöht.

Neue Anfrage von Roggenrentenbriefen der Roggenrentenbank A.-G. zu Berlin.

Nachdem die vor einigen Tagen zur Zeichnung aufgelegte 1. Ausgabe der 5% Roggenrentenbriefe Reihe III der Roggenrentenbank A.-G. zu Berlin über insgesamt 100 000 Zentner als bald nach Eröffnung der Zeichnung begeben worden ist, legt die Roggenrentenbank zum 1. Mai 1923 und 28. April bis 5 Mai die 2. Ausgabe der Reihe III, ebenfalls über 100 000 Zentner Roggen laufend, zur Zeichnung auf. Der Zeichnungspreis wird wieder auf 5% unter dem amtlich notierten Preise für inländischen Roggen an der Berliner Börse während der Zeichnungsdauer festgesetzt, beträgt jedoch höchstens 60 000 M. pro Zentner, abzüglich eines Betrages von 350 M. für Stückzinsen. Die Bezahlung der gezeichneten Beträge hat spätestens bis zum 12. Mai zu erfolgen.

Diskonterhöhung auch in Ungarn.

Das ungarische staatliche Notenistitut hat zwecks Einschränkung sämtlicher Kreditinspräche und Warenanhäufung den Zinsfuss um 4% auf 12% erhöht.

Englands Kohlenförderung im 1. Quartal 1923.

Die Friedensproduktion erreicht.

Die britische Kohlenförderung hat im ersten Vierteljahr d. Js. die Förderung in der gleichen Zeit 1913 erreicht. Dieses Ergebnis wäre auf Grund der Januarförderung nicht möglich gewesen. Februar und ganz besonders März brachten eine Besserung der Wirkung des Ruhreinbruchs eine bedeutende Steigerung. Mit Ausnahme der Osterwoche überschritten die Wochenförderungen in jeder Märzwoche die Gesamtsumme von 57 Mill. Tonnen. Die mit dem 17. März endende Woche brachte sogar eine Förderung von 5 721 000 Tonnen, eine Zahl, die seit Bestehen der Wochenstatistik nur einmal überroffen worden ist. Im Vergleich mit den Vorjahren wurden folgende Fördergrössen und Ausfuhrzahlen erzielt (in Tonnen):

	1. Viertel-jahr	Förderung	Auslands-ausfuhr	Bunker-ausfuhr
1921	59 [illegible]	5 [illegible]	3 [illegible]	3 136 345
1922	62 202 000	13 236 501	4 403 262	
1923	71 692 000	18 694 000	4 568 000	

Auch die Kohlenausfuhr zeigt also gegen die Vorjahre eine beträchtliche Zunahme infolge der lebhaften Nachfrage von Festland. Es ist eine der schwerwiegenden Ergebnisse des französisch-belgischen Ruhrfrevels, dass nicht nur Frankreich und Belgien, sowie in geringerem Grad Italien und die übrigen Reparationsländer, die den neuen Kohlenmangel leiden und daher auf Bezug englischer Kohle angewiesen sind, sondern dass auch Deutschland selbst, wenn auch freiwillig und ferner ausländischer, besonders englischer Kohle hat und beziehen muss. Diese Rolle Englands als des lachenden Dritten drückt sich in folgenden Zahlen aus: England führte in den ersten drei Monaten 1923 nach Deutschland, Frankreich, Belgien und Italien 11 389 000 Tonnen Kohle und Koks aus, das sind 2 125 000 Tonnen mehr als im 1. Quartal 1922 und 4 413 000 Tonnen mehr als im 1. Quartal 1922.

*

Vom britischen Kohlenmarkt. Cardiff, 21. April. (E i g e n b e r i c h t). Die Kohlenmarkt hat seit lange ausverkauft. Die Reihkohlenkäufer hat jetzt sogar die Grube erfasst, die geringere Sortenkohle und anderer Dampfkohle fördern, doch ist die Fördertätigkeit der meisten Gruben verhältnismässig gering. Zum erstenmal seit dem Ende der Staatskontrolle arbeiten auch diese Gruben mit Gewinn. Die Verstopfung auf den Kohlendecks ist immer noch recht schlimm. In der Frage der Preise Schleht ist noch keine Klärung eingetreten. Wir nennen folgende Marktpreise in den drei Hauptdäfen (f. o. b. in s per ton)

Cardiff	23. 4.	Swansea	23. 4.
Best Admiralties	40 0—42 6	Big coins, grob.	45 0—47
Ind do., do. . . .	38 0—39 0	Big coins, gut . .	42 0—44
Best drys	37 6—40 0	French nuts . . .	49 0—50
Black vengas . . .	40 0—41 0	Dampfkohle grob	40 0—41
Western Valleys	39 0—41 0	do. Bunkers	
Eastern Valleys	36 0—38 0	durchgesiebt . .	25 0—30
Best Houghs . . .		Gaskoks	37 6
Steam	35 0		
Ord Rhondas,		Newcastle	
Big Vein	35 6—36 0	Best steams,	
Ord Rhondas,	30 0—35 0	Blyths	34 0
Cinders	20 0—25 0	Ind do. do. . . .	32 0—34 0
Export, ...	42 0—45 0	Best Wallsends .	35 0—37 0
Brokens, Export	40 0—45 0	Kokskohle	32 6—37 0
Grubenkoks . . .	40 0—42 0	Gieserei-koks . .	45 0—47

Ausgehende Kohlen-Frachtraten vom 23. April: Tyne-Hamburg 8s 6d . Cardiff-Hongkong 18 s 6 d . Swansea-Cádiz 7 s 3 d — Tyne-Antwerpen 4 s 6 d.

Konjunkturrückgang in der englischen Eisenindustrie.

Wir entnehmen einem Bericht des „Industrie-Kurier" folgende Ausführungen: Der Rückgang der Konjunktur hat jetzt weite Welle, die ungefähr mit der Besetzung des Ruhrgebiets begann, ist bereits über eine Schwenggrenze. Die Preise fangen an, wieder zu weichen. Die Abwärtsbewegung tritt zunächst bei Eisen in die Erscheinung. Der Markt der fremden Eisen, die Grossbritannien liegt völlig lustlos, die Preise gehen nach, und das, obwohl nahezu die Hälfte aller Hochöfen (292 von etwa 500) abbrennen. Diese Tatsache deutet darauf hin, dass die Hüttenbesitzer selber damit rechnen, dass die Verzerrungen der Nachkriegszeit wird, und dass die Investierung von Kapital in grossen Erzkäufen vermeiden. Die Nachfrage nach Eisen hat sich leicht nachgelassen, während die Walzwerksvereinigungen noch immer lebhaft beschäftigt werden, wenn auch der Umfang der in ihnen getätigten Geschäfte bedeutend geringer geworden ist.

Kapitalerhöhung bei dem Nordenham Lloyd Dampfschiffahrt.

Die Generalversammlung hat ausser über Regularien u. a. über folgende Anträge zu beschliessen: Aufhebung der Vorrechte der bestehenden 125 Mill. M. Vorzugsaktien und deren Umwandlung in Stammaktien, Zeichnung der neuen Stammaktien im Betrage von 200 Mill M. ab 1. 1. 23 dividendenberechtigter Stammaktien und um 200 Mill. M. Vorzugsaktien, ferner Ermächtigung des Vorstandes und Aufsichtsrates zur ganzen oder teilweisen Schutzversicherung.

Zur Kursstreigerung der Hapag-Aktien.

Der Direktor der „Hamburg-Amerika Linie" erklärte einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung" auf eine Anfrage von den Börsengerüchten, mit denen die gewaltige bedeutenden Kursstreigerungen ihrer Aktien begleitet wurden, dass alle diese Gerüchte vollständig jeglicher Grundlage seien. Die Gesellschaft plane nur eine Dollaranleihe, sonst habe sie nichts Neues vor, was der Börsenspekulation Anlass zu ihren Vorgehen hatte bieten können.

Vereinigte Elbeschiffahrts-Gesellschaften A.-G., Dresden.

In dem zum nunmehr vorliegenden Geschäftsbericht für 1922 finden sich folgende Ausführungen: Nach Beilen des Schiffahrtsbetriebs Anfang März nahm die Güterbewegung einen abgeschwächten Verlauf. Es gesprochen unregelmässigen Verlauf und hatte insbesondere in der Einfuhr über Hamburg unter der allgemeinen wirtschaftlichen Unruhe zu leiden. Hiernach ergab sich eine schwankende, in der Tatsache unregelmässige Beschäftigung, die Angebot Leerbewegungen zur Folge hatte. Die Verteuerung der Betriebsunkosten setzte sich unaufhaltsam fort. Vor allem Dingen stiegen Kohle und Löhne wiederholten sprunghaften Steigerungen ausgesetzt. Mit der erhöhten Bewertung der tschechoslowakischen Währung machte sich ein starker Rückgang in der Ausfuhr über die tschechischen Umschlagplätze, namentlich in Mehrfuhr Brandau, bemerkbar. Der Weitbewerb mit dem Schienenweg wurde infolge der wiederholten Bahnfrachterhöhungen zwar etwas erleichtert, doch waren bisher alle Bemühungen der beteiligen Faktoren der Binnenschiffahrt um Mitbringen des in den Weitbewerb so einschneidend erschwerenden Staatsfrachtsystems erfolglos. Dieses scheiterte alle Bestrebungen zur Einführung einer mässigste Bahnfrachte über die Umschlagplätze. Die Errichtung dieser Stelle ist eine von den wichtigsten Aufgaben der Binnenschiffahrt, als neuerdings die Wiedereinführung der früheren Bestimmungsbahnhofsfrachten bevorsteht. Der Betrieb konnte die Jahresschluss ohne nennenswerte Störungen aufrechterhalten werden. Im laufenden Jahre entwickeln sich trotz kurzer Unterbrechungen durch Treibeis und Hochwasser die Beschäftigungsverhältnisse in der Tat ziemlich günstig. Die Gesellschaft kann 45,37 (9,80) Mill. M. Reingewinn (120 (26) % Dividende vor. In der Bilanz erscheinen u. a. 194,50 (6,27) Mill. M. Materialien, 407,76 (37,17) Mill. M. Debitoren, 430,75 (7,30) Mill. M. Kreditoren.

Cuxhavener Hochseefischerei A.-G., Cuxhaven.

In der Generalversammlung wurde Erhöhung des Grundkapitals um 10 Mill. Mark Stamm- und 2,5 Mill. M. 4% Vorzugsaktien beschlossen. Das gesetzliche Bezugsrecht wurde ausgeschlossen. Ein Teil der jungen Aktien dient zum Ausgleich der Bilanz, der Rest zur Ausnehmenden Kleier Beringe- und Hochseefischerei A.-G. Die neuen Vorzugsaktien werden über den laufenden Geschäftsjahres wurde mitgeteilt, dass die Gesellschaft gut beschäftigt ist. Die Höhe der Aufträge verliert bei den fortschreitenden Lohn- und Materialpreissteigerungen andauernd. Angesichts erreicht der Auftragsbestand die Summe von etwa 10 Millionen Mark. Die zuversichtende Beschäftigung für das ganze Jahr zuschreiben.

A.-G. für Bauausführungen.

Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 50 % fest. An Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Bankdirektor Nollstadt wurde Bankdirektor Gustav Nordahl (Darmstädter Nationalbank) neu in den Aufsichtsrat gewählt. Ueber die Aussichten des neu begonnenen Geschäftsjahres wurde mitgeteilt, dass die Gesellschaft gut beschäftigt ist. Die Höhe der Aufträge verliert bei den fortschreitenden Lohn- und Materialpreissteigerungen andauernd. Angesichts erreicht der Auftragsbestand die Summe von etwa 10 Millionen Mark. Die zuversichtende Beschäftigung für das ganze Jahr zuschreiben.

Erhöhung des Mindestgrundkapitals von Aktiengesellschaften.

Der Gesetzesentwurf, die wir gemeldet, eine Erhöhung des Mindestgrundkapitals der Aktiengesellschaft und einer Kommanditgesellschaft auf Aktien auf 5 Mill. M. vorsieht, ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Er hat folgenden Wortlaut und Wirkung:

Der Gesetzesentwurf, die wir gemeldet, eine Erhöhung des Mindestgrundkapitals der Aktiengesellschaft und einer Kommanditgesellschaft auf Aktien auf 5 Mill. M. vorsieht, ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Er hat folgenden Wortlaut und Wirkung:

Die im Bereich der Aktiengesellschaften bestehenden 200 M. gestellt sein müssen, während nach § 180 die Zahl der Gründer mindestens fünf betragen muß und die Gründer sämtliche Aktien zu übernehmen haben. Hierdurch ist mittelbar die Mindesthöhe des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft auf 5000 M., ausnahmsweise auf 1000 M. festgesetzt worden. Für die Kommanditgesellschaft auf Aktien war die Einhaltung der gleichen Mindestgrenze nicht vorgeschrieben. Allgemein machte sich eine unerwünschte Bevorzugung der Form der Aktiengesellschaft bei Neugründungen bemerkbar, seitdem der Mindestbetrag des Stammkapitals einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf 500 000 M. herabgesetzt worden ist. — Als Zeitpunkt des Inkrafttretens sieht der Entwurf den Tag der Verkündung des Gesetzes vor, um möglichst den Interessenverwaltungen neuen Gesellschaften vor dem Inkrafttreten des Gesetzes nach den bisherigen Vorschriften zu ermöglichen. Daher wird dem Gesetze keine rückwirkende Kraft in dem Sinne beigelegt, dass Gesellschaften, die vor seinem Inkrafttreten bereits in das Handelsregister eingetragen sind, eine den neuen Vorschriften entsprechende Erhöhung ihres Grundkapitals vorzunehmen hätten; besonders sind solche Gesellschaften, wenn sie freiwillig zur Kapitalserhöhung schreiten, nicht verpflichtet, dabei die neue Mindestgrenze einzuhalten. Auch für die Errichtung von Gesellschaften, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht in das Handelsregister eingetragen sind, gelten die bisherigen Vorschriften, sofern nur die Anmeldung zur Eintragung vor diesem Zeitpunkt erfolgt ist, und die Voraussetzungen erfüllt sind, die zum Nachweis nach bisherigem Rechte die Eintragung gestattet ist. Entsprechendes gilt für die Herabsetzung des Grundkapitals.

A.-G. Deutsche Kaliwerke, Bernsterode. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 100 % fest. Die Verwaltung hat alle Mittel angewandt, um über die Entwicklung der Kalindustrie im vergangenen Jahre und betonte die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsleistung. Die neuen Geschäftsjahre sei die Förderung erheblich zurückgegangen. Sie betrug im 1. Quartal nur 2,3 Mill. dz reines Kali und werde im April nur etwa ein Viertel der vorjährigen April-Förderung betragen. Gleichzeitig mit dem Betriebstechnischen Gründen von einer Betriebseinschränkung Abstand genommen. Erst in neuerer Zeit verschlechterte sich die Lage der neuen Marktverschlechterung eine stärkere Nachfrage seitens der Landwirtschaft erhoben. Recht erfreulich ist der Umstand, dass immer der Auslandsbesatz, namentlich nach Spanien, Frankreich und Nordamerika, so dass man auch für das laufende Jahr kein ungünstiges Resultat erwarte dürfte. In den Aufsichtsrat trat, laut Verschmirung, der Kaligroßindustrielle Emil Sauer, Berlin-Grunewald, ein. Die Verwaltung erteilte der Verwaltung die Genehmigung zur Unterversicherung der Werke. Zurzeit schweben Erwägungen wegen einer Versicherung auf Gegenseitigkeit. Die Gesellschaft hat im Jahre 1922 Dividende und wurde auf 10 t 20 % Düngesalz pro Kopf festgesetzt.

Grosskraftwerk Mannheim A.-G. Die Generalversammlung beschloss Kapitalerhöhung um bis 30 Mill. M. Die neuen Aktien sollen, von denen je 10 000 nom. eine Stimme gewähren, zum Kurs 200 M. 8. Stammaktien, die zum Kurse sämtlichen Lombardinstituts der Reichsbank, jedoch nicht über 9 %, verzinslich sind. Neu in den Aufsichtsrat wurde gewählt Oberbaurat Landwehr (Neckar A.-G.), Dr. Bayerdörfer (Pfalzwerke A.-G.).

Deutsche Kabelwerke A.-G., Berlin-Lichtenberg. Der Aufsichtsrat schlägt vor einen nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen verbleibenden Reingewinn von 10 710 M. (1 Mill. M.) Dividende auf 20 % (1 Mill. M.) für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 100 % auf 80 Mill. Mark Stammaktien (20 % auf 20 Mill. Mark) vor.

Ueberlandwerk und Strassenbahn A.-G. Hanover. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 % fest. Auf den Einwand, dass die Dividende in keinem Verhältnis zu der Bedeutung sei, führte die Direktion aus, dass die Dividende nur als eine Anerkennungsgebühr zu betrachten sei. Gleichzeitig mit der Festsetzung einer Dividende überhaupt nicht vorschlagen können. Ueber die Aktien der Strassenbahnbesitzer immer geringer werden, gab die Verwaltung die Erklärung ab, dass man sich noch freuen könne, dass die Strassenbahnen überhaupt noch fahren. Die Kassen können nicht mit anderen Werken verglichen werden, weil durch Warenverkauf die Kassen bekommen. Die Strassenbahn sei an die Betriebspflicht gebunden. Weiter wurde die Neuzusammensetzung gewählt, da der Aufsichtsrat, Kommerzialrat Hermann Gumpel-Hannover, über die 5-Majorität der Aktien verfügt. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt Bankdirektor Dr. Fröhner-Berlin, Ministerialrat Heyden-Berlin, Ministerialrat Stachowitz-Berlin, Dr. Remmel-Hannover, Oberregierungsrat Heimann-Hanover, Kommerzienrat H. Gumpel-Hannover, Kommerzienrat Ernst Gumpel-Hannover, Geheimer Oberfinanzrat Bang-Berlin, Oberbaurat Szygan-Hannover, Oberregierungsrat Steinbrek-Hannover und Oberregierungsrat Dr. Hein-Berlin.

Maschinenbau A.-G. Balcke, Bochum. Wie bereits kurz mitgeteilt, schlägt die Verwaltung nach weitgehenden Abschreibungen (u. V. 1887 419 M.) eine Dividende von 500 % (gleich 1 Goldmark) (u. V. 40 %) zur Verteilung vor. Ferner werden aus Reingewinn 1 200 000 M. für Unterstützungen 10 Mill. M. überwiesen. Die Verwaltung hat in Anbetracht der ungünstigen Geschäftslage jahres alle Werksabteilungen voll beschäftigt waren. Der Umsatz habe sich sowohl siffernmäßig als auch der Qualität nach gesteigert. Die Gesellschaft bestellungen sichern weiterhin Beschäftigung für längere Zeit.

Maschinenfabrik Germania vorm. Schwalbe u. Schmerber, Chemnitz. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 50 % fest. Das bereits Kapitalerhöhung um 24 auf 42 Mill. M. Reingewinn 10,8 Mill. M. auf 6000 M. alte werden 3600 M. neue Aktien zu 900 % bezogen.

David Grove A.-G., Berlin. In der Generalversammlung wurde die Verteilung einer Dividende von 200 % (16 %) beschlossen, ferner die Ausgabe von 2 000 000 M. Aktien Lit. B und von 4 000 000 M. Stammaktien. Letztere sollen als Aktien mit Prioritätsrechten ausgegeben werden. Die Bilanzsumme stieg von 79½ auf 110½ Mill. Mark.

Internationale Handelsbank Berlin. Die Generalversammlung setzte vom dem ausgewiesenen Reingewinn von 10 710 M. 20 % Dividende auf 20 % fest. Der persönlich haftende Geschäftsinhaber Konsul Marx teilte mit, dass ein Konsortium unter Führung Deutsche Bank-Berlin, Dr. Remmel in der Gruppe der Internationalen Handelsbank zu Wien überlassenen Kommanditanteile in vollem Umfange übernommen hat. Es ist beabsichtigt, die Gesellschaft sind die Vertreter dieses Wiener Instituts aus dem Aufsichtsrat zurückzuziehen, dadurch, in dem nunmehr die reichsdeutsche Majorität erhöhlich wiegen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass eine Kapitalserhöhung beschlossen ist, die in einer demnächst einzuberufenden ausserordentlichen Generalversammlung Beschluss gefasst werden soll, und das bei dieser Gelegenheit Neuwahlen zum Aufsichtsrat in Vorschlag gebracht werden.

Berliner Handels-Gesellschaft. Die Bank veröffentlicht in Anzeigenteil den vom eine bereits ausführlich gewürdigten Geschäftsbericht der Geschäftsinhaber für 1922.

Elektrizitätswerk vorm. Joh. Faber A.-G. Nürnberg. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss mit einem Reingewinn von 45,34 Mill. M. (8,38 Mill. M.) und setzte die Dividende für die Stammaktien auf 60 % zuzüglich Bonus von 40 % fest (V. 35 %). Die Generalversammlung erhöhte ferner die Dividende der Vorzugsaktien von 31,8 auf 41,4 Mill. M. durch Ausgabe von 19 000 Stück neue 400 Vorzugsaktien, stimmte gewonnenbrechtigt ab 1. Januar 1923. Das Stammrecht der Vorzugsaktien wurde auf das 200fache festgesetzt. Die Kapitalerhöhung dient zur Deckung der Ausgabe zur Erweiterung des Fabrikbetriebes.

Dortmunder Aktienbrauerei. Die Generalversammlung beschloss Kapitalerhöhung um 24,96 Mill. M. Stammaktien, wobei den Aktionären ein Bezugsangebot im Verhältnis von 1:1 gemacht wurde. Es sollen 24 Mill. M. Aktien zum Kurs von 200 % ausgegeben werden. Die Ausschusses wurden wie folgt festgesetzt: 500 bl Bier, in Vierteljahrsraten 10 Mill. M. in dem Verhältnis von 1% in dem stellvertretenden Vorsitzenden. Der Absatz sei in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres befriedigend sich gestiegen. Nach dem Einbruch der Franzosen in das Zuhrgebiet hätte die Steigerung eine Verschlimmerung erfahren.

Wiener Bankverein. Das Institut beantragt eine Dividende von 3000 Kr. (3. V. 1500 Kr.) und bei Kapitalerhöhung um 11,75 auf 15 Milliarden Kronen. Der Bruttogewinn stieg von 2169 auf 82 608 Mill. Kronen und der Reingewinn von 648 529 Mill. Kronen auf 126 029 Kr. Im einzelnen erbrachten Zinsen 29 060 (+ 27 975) Mill. Kronen, Wertpapiere 5000 (+ 3000) Mill. Kr., Valuten Devisen 5000 (+ 6549) Mill. Kr., Spesen 11 749 (+ 11 177), Pensionsfonds 918 (+ 880) Mill. Kr., Provisionen und Gebühren 14 489 (+ 8 481) Mill. Kr. Die Bilanzsumme stieg von 79½ auf 110½ Milliarden Kronen.

Neugründung des Eisenmattlesen Konzerns. Die Dampfkessel-Fabrik Weinbrenner u. Co. in Neunkirchen, Berlin-Lichterfelde, wurde in eine A.-G. mit Grundkapital von 4 Mill. M. umgewandelt. Das Gesamtkapital dieser Gesellschaft wurde von der Eisenmattlesen A.-G. im Austausch gegen jüngste Aktienmatthes-Aktien übernommen.

Dividendenvorschläge.

Stürmer Fahrradfabrik A.-G., Nürnberg, 50 % aus dem Reingewinn.

Berlin-Karlsruher Industrie-Werke A.-G., Berlin-Karlsruhe, 250 (30) %.

Deutsche Gummiwerke, Gevenbach, Nach Zuweisung von 104 Mill. M. an die Werkerhaltungskonto aus 16 Mill. M. an den Wohlfahrtsfonds 200 (400) %.

Ravensberger Spinnerei in Bielefeld 100 (20) %.

Porzellanfabrik Kahla.

Hierfür wurden mit Rücksicht darauf, daß unter Dividendenfehlbetrag für das Jahr 1922 mit

2000,— pro Aktie

bei der Direktion der Tiefenfabrik-Gesellschaft in Berlin und bei dem Filiale in Dresden, der Mitteldeutschen Creditbank in Berlin und bei Herrn Stallmann in Leipzig, der Firma Simon Hirschland in Essen, der Firma C. G. Kerschmann in Berlin, bei Paul für Zahlungen vermutlich 6. 5. 23 zum Ausgleichung der Dividendenfehlbetrag eingeteilt wird.

Kahla, den 29. April 1923.

Der Vorstand.

Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken.

Gestern fanden die Generalversammlungen der zur Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken gehörenden Institute statt. Es wurde in allen Versammlungen die Verdoppelung des Aktienkapitals sowie die Ausschreibung der Interessengemeinschaft auf die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank und Leipziger Hypothekenbank einstimmig beschlossen. Ueber die Versammlung im einzelnen geht uns mit Ausnahme der Norddeutschen Grund-Credit-Bank, Wismar, die aber bereits berichtet werden wird, folgender Bericht zu:

Deutsche Hypothekenbank Meiningen.

Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12% fest. Darauf wurde beschlossen, das Aktienkapital zu verdoppeln, und zwar um 60,4 auf 120,8 Mill. Mark durch Ausgabe von 82,00 Mill. Mark Stamm und 4,82 Mill. Mark Vorzugsaktien. Von den neuen Aktien sind 1 Jahre lang 1922 gewinnberechtigten Aktien werden die Stammaktien nicht unter 101 % und die Vorzugsaktien nicht unter 100 % ausgegeben. Im Zusammenhang mit der Interessenverwaltung werden neu in den Aufsichtsrat, deren Mitgliederzahl auf 24 erhöht wurde, gewählt: Dr. jur. Georg Heimann, Breslau, und Geh. Kommerzienrat Oskar Meyer, Leipzig.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln.

Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10% fest. Es wurde sodann beschlossen, das Aktienkapital um 12 auf 24 Mill. Mark als 1. Januar 1923 gewinnberechtigter Stammaktien zu erhöhen. Die Einzelheiten der Vorstand und Aufsichtsrat überlassen. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde auf 15 erhöht und Bankier Kurt von Eichborn, Breslau, neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Preussische Boden-Credit-Aktien-Bank, Berlin.

Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 12 % fest. Es wurde beschlossen, das Aktienkapital um 36 auf 72 Mill. Mark zu erhöhen.

Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank.

In der am 25. d. M. abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurde der vorliegende Geschäftsbericht für 1922 genehmigt und die sofort einbarkeit Dividende auf 8 % festgesetzt. Nach Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat gelangte noch der Abschluss eines Interessenzusammenschlusses zur gleichfalls einstimmigen Annahme. Hierzu führte der Vorsitzende aus: Nach reiflicher Ueberlegung ist das Institut zu dem Entschluss gelangt, sich einem Interessenzusammenschluss, wie der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken, welcher bekanntlich bereits fünf andere Banken angehören. Der Vorstand erwartet von dieser Konzentration die Stellung der Tätigkeit auf eine breitere Basis, sowohl bei den Banken selbst, wie auch bei den Kreisen, welche Hypotheken und kommunalen Darlehen, wie bei Verbreiterung der Basis der Kapitalbeschaffung zugunsten Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Es wurden nachstehende Herren neu in den Aufsichtsrat gewählt: Dr. Oswald, Direktor Georg Gothmann, Breslau (Commerz- und Privatbank), Justizrat Dr. Albert Wissenschaftsgericht, Frankfurt a. M., Geh. Justizrat Dr. Oswald, Frankfurt a. M., Reg.-Rat a. D. Dr. de Wert, Elberfeld, Bankdirektor Dr. Felix Bilanz, Berlin, Bankier Dr. Landsberg, Berlin J. Dreyfus u. Co.), Bankdirektor Moritz Böhm, Breslau (Deutsche Bank), Bankier Kurt von Eichborn, Breslau. In der folgenden Sitzung des Aufsichtsrates legte Geh.-Rat Philipp von Eichborn sein Amt als Mitglied des Aufsichtsrates nieder und dankte für das Vertrauen, das ihm während seiner 40jährigen Tätigkeit bei Gesellschaft, wie auch seine Vorsitzender,

Aus der Franzosenzeit.

Pfalzreise.

Schon auf der Fahrt Berlin—Kassel—Frankfurt merkt der Reisende Angesichts der Ruhrbesetzung. Große Mengen von Wagen, zahlreiche Lokomotiven und den Anspruchsvollen bei der Strecke Leitmen der Zugverkehr auf allen von Frankfurt nach Westen führenden Strecken völlig ruht, mußten viele Arbeiter ihre Frankfurter Arbeitsstellen mit dem Fahrrad erreichen. Der Verkehr nach Wiesbaden wird vorläufig durch Autolonien hergestellt. Nun haben die Franzosen jeden Radfahrverkehr über die Besatzungsgrenze verboten, um die Arbeiter zur Benutzung der mitunterfüllten Züge zu zwingen. Aber niemand fährt, die Leute laufen lieber stundenlang.

Auf der Weiterfahrt zeigen sich die ersten Franzosen bei Darmstadt. Während der Hauptbahnhof frei ist, liegen im anderen befindlichen Betriebsbahnhof zahlreiche Posten in den Fenstern. In Mannheim ist es mit dem Eisenbahnverkehr nach Südwesten zu Ende. In die Pfalz führen nur noch die Straßenbahnlinien. Die Abzweigstelle nach Ludwigshafen ist stark gesichert: die Bürgersteige an den Eingängen durch Balken gesperrt, dahinter die blau-weiß-roten Schilderschwänze und die Posten. Die Kontrolle ist verschärfen. Radverkehr wird nicht verhindert; dann plötzlich kommt aber auch keine Maus mehr durch. Auf dem Rhein sollen nur an allen Schiffen die blau-weiß-roten Fahnen auf; andere Farben scheint es doch nicht zu gehen.

Ludwigshafen. Am Brückenkopf Marokkanerposten und Zollkontrolle. Die Fahrzeuge harren in langer Reihe der Abfertigung. Von den Fußgängern wird Brückengeld, natürlich für die französische Tasche, erhoben. Auffällig ist in der Zweiten Rheinschanze, die sich in Begleitung von Franzosen befinden. Ich lasse mir erzählen, daß die meisten Soldaten ihre gesamte Familie dort haben. Wohnungen wurden requiriert. Und da sie immer wieder die Ortsnamen der Heimat Nation zum größten Teil nicht Deutsch können, erhielten die Straßen und Plätze französische Namen. Rue Louis, Place Louis usw.

In Lagerschein haben sich die Franzosen eine Art Festung gebaut. Wohngebäude, Stallungen, Exerzierplätzen. Darum eine hohe Mauer. Vor dem Eingang ein Doppelposten, Schilderhäuser, große Fahnen. Ueber dem Torbogen das französische Wappen und die Firma: „Quartier Général und die Eisenbahner lachen hinter ihren Fenstern über den kriegerischen Anblick.

Hinter ihren Fenstern. Denn auf der Straße wagt niemand etwas zu sagen. Spitzel und Denunzianten gibt's massenhaft. Ein unbedachtes Wort, ein Verstoßen gegen die Verbote. Dann ist die Ausweisung noch die geringste Strafe, sonst regnet es Gefängnis, Zwangsarbeit, Zuchthaus.

Der Verkehr in der Pfalz wird durch Autolinien aufrechterhalten. Die Eisenbahnen fahren nicht, oder vielmehr, die wenigen Züge werden nicht benutzt. Die Franzosen sind darüber so empört, daß sie jetzt die Autos, Wagen, Fahrräder beschlagnahmen wollen. „Lieber laufen wir von hier bis Mainz, als daß wir die Franzosenbahn benutzen."

„Denken Sie in Deutschland an uns Pfälzer. Vor uns der geheerte Rhein; hinter uns das Saargebiet. Erzählen Sie, daß wir nicht aufhören, deutsch zu sein."

Deutschland wird auch die Pfalz nicht vergessen. V. D.

Gepäckrevision im Einbruchsgebiet.

Im Interesse des reisenden Publikums hat die Rheinbahndirektion Köln Vorkehrungen, die Gepäckbeförderungsfristen angewiesen, die Reisenden darauf hinzuweisen, daß in den Grenzen des Einbruchsgebietes auf den deutschen und französischen Kontrollstationen eine Durchsicht der Gepäckstücke stattfindet.

Hierfür kommen in Frage:

für Züge in Richtung Essen: Station Scharnbeck,

für Züge nach Düsseldorf: Stationen Wolbinkel und Gerresheim.

Es wird den Reisenden dringend geraten, sich durch diese Kontrollstellen zu dem Packwagen zu begeben und dort das Gepäck selbst vorzuzeigen. Andernfalls ist mit einer Oeffnung des Gepäcks durch die Kontrollorgane zu rechnen. Im Interesse des in das Rhein- und Ruhrgebiet reisenden Publikums bringt die Reichsbahndirektion für deutsche Verkehrsverbindungen bis zur Wiederherstellung und Vergängnisgrenzen keine Schwierigkeiten oder Unannehmlichkeiten zu gewärtigen haben.

Die Stellung des Staatsrats.

Verfassungsdebatte im Landtagsausschuß.

Am Mittwoch begann der Hauptausschuß des Preußischen Landtags die Beratung des Etatsdes preußischen Staatsministeriums.

In der Generaldebatte ging zunächst der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Harz auf das Verhältnis Preußens zu Bayern und zum Reich ein, besprach die Frage der Reichsvereinigungsfreiheit und der Schulpolitik und erhob die Forderung einer Unterstützung des Volksbegehrens nach einer deutschen Einheitsfarbenkirchrift durch die zuständigen preußischen Ressorts. Anregungen zu Verfassungsfragen verlangte er für die Zukunft eine größere Beweglichkeit der Stimmabgabe der preußischen Reichsratsvertreter. Im Rahmen einer Kritik des Staatsrats, der seine ursprüngliche Aufgabe, eine Vertretung der Provinzen zu sein, nicht erfüllt habe, verlangte er eine Vereinheitlichung seiner Mitgliederzahl und die Ausschaltung der Staatsratsmitglieder mit den preußischen Reichsratsvertretern.

Nachdem zwei verschiedenen Rednern noch die Gleich-Hamburgfrage, die Frage der Vertretung Preußens bei anderen Ländern und die Danzigerpolitik in der Reichsrat gestreift war, ergriff

Ministerpräsident Braun

das Wort. Er trat u. a. dafür ein, die Vertretungen in München und Dresden aufrechtzuerhalten. Gerade in München habe der jetzige Vertreter oder vorige Vertreter Preußens gezeigt, daß zwar zumeist eine einheitliche Stimmabgabe der preußischen Reichsratsstimmen erfolge, daß aber die auf einer Reichsverfassung basierende Bestimmung der Reichsverfassung bayerische Einrichtung der preußischen Provinzialvertreter im Reichsrat zuweilen auch und besonders in nicht unwichtigen Fragen zu einer Zerspliterung der Stimmen führte. In der Besprechung der Stellung Preußens zum Reich betonte der Ministerpräsident, daß vom Reich in der Legislative, durchaus im Rahmen der verfassungsmäßigen Berechtigung, aber oft unter nicht genügender Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder noch des öfteren Gesetze erlassen würden, die die Länder nicht restlos ausführen können.

Ob der Staatsrat seinen Zweck erfüllt habe, hält auch er für strittig. Diese Institution müsse vor allem in einer temperamentvollen und meinen Gang der Regierungsgeschäfte hemmenden werden. Auch müsse sie bedeutend billiger arbeiten. Die Betrebungen des Staatsrats, zum Parlament zu werden, entsprechen nicht den Absichten der preußischen Verfassung. Zur Diskussion der Vorschläge für eine Vereinheitlichung der Verwaltung durch Beseitigung der Zahl der preußischen Ministerien, befritt er die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der engeren Zusammenarbeit der Fachministeriumsfunktionen und einer Verschmelzung des Landwirtschafts- mit dem Handelsministerium.

Ein Redner der Demokratischen Partei verlangte, daß die

Länder weniger hohe Politik treiben

und sich auf ihre umfangreiche Verwaltungstätigkeit beschränken sollten. Im Interesse Zusammenarbeit und Aufrechterhalten. Die Eisenbahnen fahren weiter, es sich gegen die Beschränkung der preußischen Vertretungen in München und Dresden und spricht sich für die auch vom Reich gewünschte Einverleibung Waldecks in Preußen aus. Auch er betont, daß der Staatsrat sich anders entwickelt habe, als beabsichtigt war, und schlägt eine Reform vor, wonach jede Provinz lediglich einen Vertreter in den Staatsrat entsende und diese 13 Vertreter zugleich die Provinzvertreter Preußens im Reichsrat sein sollen. Dadurch würden große Ersparnisse und eine Beschleunigung der Geschäfte erzielt werden.

Die Städteordnung.

Der Landtagsausschuß für die Städteordnung beriet am Mittwoch die Grundsätze für die Wahl des Bürgermeisters und Beigeordneten. Nach § 49 der Regierungsvorlage kann bestimmt werden, daß gemeinschaftliche Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen und Magistrate zur Wahl des Bürgermeisters zu gemeinsamen Beratungen und getrennten Abstimmungen stattfinden. Ein Antrag der Deutschnationalen auf Streichung dieses Paragraphen wurde mit den Stimmen sämtlicher anderen Parteien abgelehnt.

Lohnforderungen im Bergbau.

B. Köln, 26. 4. (Eigenbericht.) Unter Hinweis auf die neuerliche Verschlechterung der Mark sind in diesen Tagen neue Lohnforderungen im Kohlenbergbau eingereicht worden.

Die Steinarbeiter Mannheims sind der „Volksstimme" zufolge wegen einer sehnprozentigen Lohnkürzung in einen Streik getreten.

Ein Bergwerk in Staffordshire (England) wurde überschwemmt u. 115 Bergleute konnten sich retten, 7 werden vermißt, einer wurde tot aufgefunden.

Gefängnis für Versammlungssprenger.

Württemberg macht den Anfang.

Stuttgart, 25. 4. (W. T. B.) Zum Staatsanzeiger für Württemberg wird eine auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs erlassene Verordnung des Staatsministeriums über außerordentliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bekanntgegeben. Zur Begründung dieser Maßnahmen wird mitgeteilt:

Der Erlaß der Verordnung ist darauf zurückzuführen, daß in neuerer Zeit auch in Württemberg die Bestrebungen einer nicht unerheblichen Zahl, die darauf ausgehen, einerseits unter Mißbrauch, andererseits unter Gefährdung der in Württemberg außerordentlich weit gehenden Rede- und Versammlungsfreiheit mit Maßnahmen terroristischer Art vorzugehen. Ein solches Vorgehen führt und gefährdet den öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufs schwerste. Die Staatsregierung, die nicht dulden kann, daß unverantwortliche Kräfte in ihren Amtsbereich eingreifen, hat sich daher veranlaßt, den obiten Maßnahmen mit besonderen Strafbestimmungen entgegenzutreten.

Der künftig bewaffnet Versammlungen besucht, wer nichtverbotene Versammlungen durch Gewalt oder Drohungen verhindert oder sprengt, wer unbefugtem in unbewaffneter Stärke Versammlungen ohne Anmeldung angehört, an ihnen teilnimmt oder zu ihrer Bildung auffordert, hat in allen Fällen Gefängnisstrafe nicht unter einer Woche, neben denen noch auf hohe Geldstrafe erkannt werden kann, zu gewärtigen.

Die feindlichen Brüder.

Schon?

Sd. **Dresden**, 25. 4. (Eigenbericht.) Die Frage der sozialistisch-kommunistischen Hundertschaften scheint sich zu einem ernsten Konfliktstoff zwischen beiden Parteien auszuwachsen zu wollen. Von den Sozialisten wird Klagen über Ausnahme die Bildung gemeinsamer Organisationen abgelehnt und die Einrichtung getrennter Verbände verlangt, weil man einzelnen hat, daß die Kommunisten damit die Sprengung der Sozialisten von innen heraus zu erreichen hoffen. Die Richtlinien für die Tätigkeit dieser Hundertschaften, die bei Sozialisten veröffentlichen, lassen deutlich erkennen, daß man nicht gesonnen ist, sich dieser Gefahr auszusetzen. Dagegen verzichtet sich die Kommunisten nun überhaupt sogenannte Richtlinien, die die Absicht der Sprengung der sozialistischen Partei ganz klar erkennen lassen.

Die Beisetzung der Großherzogin Luise.

Baden-Baden, 26. 4. (W. T. B.) Die Bestimmungen über die Beisetzungsfeierlichkeiten der Großherzogin Luise konnten vom Großherzog Friedrich, der heute in seinem Schlosse in Baden-Baden eingetroffen ist, nur unter Vorbehalt getroffen werden, da die Ankunft der Königin von Schweden, die auf Capri weilt, noch nicht feststeht.

Zunächst wird die Leiche im Schloß in Baden-Baden aufgebahrt. Am Donnerstag und Freitag wird die Leiche für einige Stunden der Oeffentlichkeit freigegeben werden, um allen, die der Verstorbenen nahe standen, Gelegenheit zu geben, von ihr Abschied zu nehmen. Am Sonnabend, den 28. dieses Monats findet die Beisetzung in der Schlosse Baden eine Trauerfeier statt. Die Ueberführung der Leiche in das Mausoleum zu Karlsruhe findet in der Nacht zum Montag statt, die Beisetzung voraussichtlich am Montag, den 30. dieses Monats.

Der König von Schweden ist von Berlin nach Baden-Baden weitergereist.

*

Im Auftrage des Badischen Landtages richten Landtagspräsident Wittemann an die großherzogliche Familie folgendes Beileidstelegramm:

Neues Schloß Baden-Baden. Königliche Hoheiten! Mit Ihnen trauert in herzlichster Anteilnahme der Badische Landtag um den Heimgang der hohen, edlen Frau Großherzogin Luise. Deren Andenken wegen ihrer so überaus großen Verdienste um die Heimat ein unvergängliches und gesegnetes bleiben wird.

(gez.) Landtagspräsident Wittemann.

Aus New York wird gemeldet, daß der Unterstaatssekretär des amerikanischen Luftfahrtwesens gegenwärtig einen Plan für die Einrichtung eines Luftdienstes zwischen New York und Peking studiert. Die Fahrt soll in 65 Stunden zurückgelegt werden.

Die Gebührenseuche.

Staatsarchiv und wissenschaftliche Arbeit

Eine der unerfreulichen Erscheinungen der Gegenwart ist die Gebührenseuche der sozialistischen Betriebe. Die wollen ihre „kaufmännische Begabung" dartun und Einnahmen schaffen, indem sie irgendwelche Arbeiten für die Staatsbürger mit Gebühren belegen. Im Wirtschaftl stellen sich diese Bestrebungen als Belästigungen dar, häufig aber auch als eine Schädigung der Aufgabe, die die betr. Behörden pflichtgemäß zu erfüllen haben.

Vor uns liegt wieder ein typischer Fall. Ein wissenschaftlicher Arbeiter möchte für eine Forschungsarbeit eine Auskunft und wendet sich an das Staatsarchiv mit der Bitte um Auskunft, ob ihr Material vorhanden sei. Es handelt sich um eine Geschichte der Uhrenindustrie in Preußen. Nach 14 Tagen bekommt er einen eingeschriebenen Brief mit 250 ℳ Nachnahme und folgendem Inhalt:

In unseren Beständen finden sich mannigfaches Material zur Geschichte der Uhrenindustrie in Preußen. Doch hat sich über ihre Verbindungen zu Neuenburg bei einer Durchsicht der Repertore nichts feststellen lassen. Wir müssen es daher Ihnen anheimstellen, die Akten selbst durchzusehen, um vielleicht zu einem besseren Ergebnis zu gelangen. Fragliche Akten kommen verschiedentlich vor, wir es wäre von Fall zu Fall zu untersuchen, ob ihre Träger etwa aus Neuenburg stammen. — Für Auskunfts-Gebühren berechnen wir 3000 Mark, die wir durch Nachnahme erheben.

Man fragt sich, was das soll. Zunächst, kaufmännisch, stimmt die Nachnahme nicht mit der Rechnung, es bleibt ein Unterschied von 251 ℳ unerklärlich. Zweitens: auf welcher Grundlage ist die Gebühr überhaupt errechnet? Wenn damit ist Gebührenfreiheit der Geschichte bezahlt sein soll, so ist der Betrag lächerlich niedrig, als Schreibgebühr aber entschieden zu hoch. Vor allem aber, uns hat das Wirtschaftliche sind das die neuesten Methoden, mit denen der preußische Staat die Not der Wissenschaft erdrückt?

Es ist ein alter und heiliger Gebrauch in der Wissenschaft, daß die Vertreter dieses wirtschaftlichen Lebens bereitige Auskünfte kostenlos erteilt werden. Insbesondere hat man von von jeher als Aufgabe der staatlichen Anstalten betrachtet, die Gelehrtenarbeit ohne Aufwendung von besonderen Steuern zu unterstützen. Dafür allein werden nämlich diese Institute auf Kosten der Steuerzahler unterhalten. Das Staatsarchiv ist kein Schimmelsprung. Wenn wir als Tageszeitung heute einen Brief von Staatsarchiv bekommen mit einer Nachfrage über bei uns erschienene Aufsätze, so würden sich die Behörde sicher außerordentlich wundern, wenn wir ihr als Antwort eine Nachnahme von 3251 ℳ schickten. Wir bitten um Auskunft. Sie soll sich nicht kaufmännischer gebärden als der Kaufmann.

Beschleunigter Postverkehr nach Hamburg.

B. T. B. Die in Berlin in den Abendstunden aufgelieferte Briefpost für Hamburg wird künftig um zwei Zeit mit der 1. Bestellung eintreffen, wenn die Stimmer des Hamburger Hamburger Bestellpostamts auf den Sendungen angegeben ist. Diese Einrichtung scheint noch wenig bekannt zu sein, da nach den bisherigen Erfahrungen jene nähere Bezeichnung bei ½ aller Sendungen fehlt. Es wird dringend empfohlen, auf den nach Hamburg gerichteten Briefsendungen die Nummer der Bestellpostämter anzugeben.

Eine interessante Laufbahn.

Schwert und Feder.

Eine interessante Laufbahn hat einer unserer führenden Militärs genommen, der am 19. April sein 70. Lebensjahr vollendete. Er hat die leisern konnte. Der General der Infanterie von Bahrfeldt in Halle, der jetzoch Ehrendoktor der Philosophie als auch ordentlicher ordentlicher Professor in der philosophischen Fakultät ist, ist jetzoch als Heerführer wie als Militär gleichmäßig bewährt. Er hat sich einen besonderen Namen gemacht durch seine grundlegenden Untersuchungen über römische Mängelschäfte. Schon im Dezember 1913 ernannte die Universität Gießen zum Ehrendoktor seiner einer Arbeit über die römischen Flottenpräfekten auf Sizilien. Seit 1921 hingiert er als Honorarprofessor an der Universität in Halle, wo er über die Geschichte der Münzkunde liest. Seit 1878 ist er Herausgeber des Numismatischen Literaturblatts. Aus seiner Feder stammen zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Auslande über römische Münzkunde. Das Adelsdiplom des Herrn von Bahrfeldt zeigt zwei besondere Vorzüge des Kaisers den Kopf einer römischen Münze durchkreuzt von einem Schwert und einer Feder.

„Gianni Schicchi."

Staatsoper.

Dieser lyrische Name (man spricht ihn: Dschinni Skikki) ist der Titel eines kleinen Werkes von Giacomo Puccini; der Buffo-Einakter wurde 1920 beendet und ist somit das letzte bisher bekannte Werk des italienischen Meisters. Wieder und wohl auch schon einige andere Städte haben es inzwischen gehört, wir bekamen es gestern in einer Aufführung der Staatsoper zu sehen, die das Beste aus ihm herausholte.

Lustig wie der Titel ist auch die Handlung, die ein Motiv aus Dantes „Hölle" ins Barmvolle und Heitere wendet. Ein Sterbender hat sich bangs hereitet auf die Stunde eitel Beulen und Zähneklappern; der reiche Florentiner Buoso Donati ist nämlich gestorben und hinterläßt unbeschränkten Verwandten bereitem ihn nach Kräften. Doch gemach: die Trauer ist nicht echt; hinter den Krokodilstränen lauert der Gedanke an die Erbschaft, und allsogleich beginnt man mit der Suche nach dem Testament. Man findet es und entdeckt zu seinem größten Entsetzen, daß der Verstorbene seiner ganzen Habe Vermögen gedacht, sondern all seine Reichtümer einem Maßer hinterlassen hat. Wut und Niederschmetterung der trauernden Verwandten, bis der Nachbar Gianni Schicchi, ein mit allen Hunden gehetzter Bauer, kommt, dessen Gerissenheit bestens bekannt. Was ist zu tun? Gianni hat einen herrlichen Plan: er wird, da der Tod des Buoso noch nicht bekannt ist, an seiner Stelle — verstehet — im Krankenbett liegen, er wird einen Notar rufen und das neue letzte Testament diktieren. Man ist begeistert von dieser Idee: Gianni bekommt eine Haube auf den Kopf, er zieht den Schlafrock des Donati an und die Verwandten teilen ihm ihre Wünsche bezeugt des Erbschaft mit. Doch da kommt schon der Notar und die Maskerade kann beginnen. Mit heuchlerisch verteilter Stimme macht Gianni seinen „letzten Willen" kund, verteilt die Güter, die ihm nicht gehören, unter die lachenden Erben, denen aber bald das Lachen vergeht, als sie machtlos zusehen müssen, wie er die benebrestlen Dinge — das „beste Maultier in ganz Toskana", das seine Florentiner Haus und die Mühlen vom Sinne — seinem „lieben, erprobten, treu ergebenen Freunde" — — Gianni Schicchi hinterläßt. Kaum ist der Notar zur Türe hinaus, bringt die geprellten Verwandten mit freischem Pfeifen auf ihn ein, doch er — nun kern im Hause — wirft sie die Treppe hinunter. Dann gesetzmäßig zurück und wendet sich mit ein paar Abschiedsworten an das Publikum: der große Boccaccio habe ihm ja gezeigt, wie man Dummheit und Dölle perfekt, aber „er erlaubt es wohl am Ende, daß Ihr dem, der Eure Trübsal bannte, gewährt wilbernde Umstände". Wie eine bösliche Bewegung, und schon fallen die Vorhänge.

Nun, Trübsal kann dieses mit leichtem, beseelendem Humor gemachte Textbuch schon verbannen, zumal mit der großzügen Musik Puccinis. Wie seiner letzten großen Oper: „Das Mädchen aus dem goldenen Westen" hatte sich der Maestro eingermaßen zum Kleinen Kleid gebracht; dieses scheint schauerviolle Opfer zu sein, wie es wohl auch, so will eine Berliner Bühne es, ganz unnötiger Weise, wieder hervorholen) — gelegte seine Kraft auf bedenklichem Abstieg. Der „Gianni Schicchi" hat sie wieder neu belebt. Ein echtes musikalisches Lustspiel ist entstanden, wie es heute kaum ein „Faltstaff", aber doch eine reizvolle Erinnerung der opera buffa. Bewegtlichkeit ist oberstes Gesetz dieser Musik, die sich, ganz leicht und dabei von einer Reichtum des Stile, die den Kenner entzückt. Das raffiniert behandelte, bisherige Orchester, ist bei dem allem die durchaus Ehrwürdigkeit des Gottes: Emanuel Reicher hat nicht die milde Tragikomik des Mannes „in den besten Jahren", der die Jugend ergötzlich macht, aber er hat Alternativen, um großes Kind ist, sondern er schien neroös und blieb ohne gewinnende Liebenswürdigkeit. Greta Mezger gab die Kindersängerin mit etwas reifen Geben, Friderices Gebühr setzte dem Dr. Juro ein paar freundliche Lichter auf, Rosna Bahn gab die junge Frau Delphine, Hans Hermann Nissen Amanzanger und Fiener und Greta Berger statteten das Ehepaar Vollinger mit höchsten mundartlichen Mitteln aus. Alles aber ist auf den Gesang begogen; die Stimmen, die sich vor jedem Ensemble und Duettchen bewahrt, quillt aus jener Gunther Stark Reste zu keiner rechten Behaglichkeit und Geschlossenheit des Zusammenspieles. Die Stimmen war bemerkenswerth beifällig. my.

Der Physiologenkongreß. Der diesjährige Kongreß der Physiologen vor kurzem stattfindet, führte viele Gelehrte, auch ungewöhnlich viele Professoren des Auslands, nach Leipzig. Letztere, Tschecho-Slowakei, Schweiz, Norwegen, Schweden, Spanien, England, Rußland, Amerika, Japan, China waren vertreten. Im Mittelpunkt der Tagung standen Das Problem der Tierpsychologie, Krüger (Leipzig) behandelte den Begriff der Struktur, Selz (Bonn) gab einen Ueberblick über die Typen der Persönlichkeit und die Methoden ihrer Bestimmung. Sommer (Gießen) erörterte das Thema vom psycho-pathologischen Standpunkt aus. Ein bemerkenswertes Referat hielt Peters (Mannheim) über das Problem Vererbung und Persönlichkeit wobei er neue interessante Punkte zu der Frage der Vererbung der seelischen Eigenschaften gab. Eingehend besprochen wurden von anderen Rednern die Fragen der Berufsausübung und der Geschlechtsunterschiede, Birgegnung, Ergotik und Ergotik von seinem experimentellen Verfahren, die Erscheinungsweisen religiöser Gedanken zu ermitteln. Einen der interessantesten Vorträge hielt Jaensch (Marburg) über die Verschiedenheit der Anlagen deutscher und französischer Schulkinder. Von Ausländern sprachen u. a. Greenwood (London), Judaß (Budapest), Dezde (Christiania), Gubaitis (Kowno), Schneerson (Moskau). Die Gründung einer Gruppe für Tierpsychologie wurde beschlossen. Der nächste Kongreß soll 1925 in Bonn abgehalten werden.

Wie ein Buchenbrand entstehet. Ueber dieses Thema spricht am 27. April, 7 Uhr abends, Ernst Collin in der Gutenberg-Buchhandlung im Rahmen der Ausstellung des Radio-Kreuze-Bundes. Den Vortrag begleiten tschechische Vorführungen.

Rudolf von Laban der bekannte Tanzpädagoge, spricht am 29. April 1923, abends 7½ Uhr, im Reichstheatersaal des Lyceumklubs (Bismarckplatz 8) über neuen Tanz.

Nur drei Zeilen.

Die Königsberger Handelskammer beging die hundertste Wiederkehr des Gründungstages ihrer Rechtsvorgängerin, die Kurmerzialen der Kaufmannschaft, durch eine Festsitzung.

*

Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt Aktiengesellschaft hat ihre Personen ahrten nach Worms, Biebrich, Wiesbaden, Mainz, Koblenz, Köln, Düsseldorf und Kiel wieder aufgenommen.

*

Im Bereich des Wehrkreiskommandos III sind von Truppen und Stäben bisher 30 Mann Mark Ruhrpende gezeichnet worden.

*

Bei Tempelburg überfuhr sich das Auto des Gutsbesitzers Marczulaitis von Alt-Wilhelmshof. Der Hahnrat Dr. Karl erlitt schwere innere Verletzungen. Gutsbesitzer Marczulaitis verstarb bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

*

Bei Bergen (Rügen) fand man in einem Teich die Leiche einer Frau von 20 Jahren und eines Kindes. Die Frau hatte sich mit dem Kinde, einem Knaben von zwei Jahren, zusammengebunden.

*

In Camelsberg wurde die ungefähr 70 Jahre alte Witwe Becker in ihrer Wohnung überfallen und erwürgt. Der Mörder, ein Fischerknecht, hat sich gestellt.

*

In Herisdorf hantierte der 18 Jahre alte Sohn des Fabrikbesitzers Hekler in der Wohnstube mit seinem Revolver. Plötzlich krachte ein Schuß und die Mutter des Schützen stürzte von einer Kugel in die Brust getroffen, zu Boden. Sie starb bald nach ihrer im Krankenhause, wohin man sie gebracht hatte.

*

In der Nähe von Altenhagen (Kolberg) kenterte ein Fischerboot aus Henkenhagen im bösigen Sturm. Der Fischer Reitzel und sein Sohn Hans ertranken.

*

Ein anscheinend durch Kurzschluß hervorgerufener Brand zerstörte in der vergangenen Nacht in der Feluca Mole der hiesigen kaiserlichen Arsenals. Wenn auch die Munition gerettet werden konnte, so ist der Materialschaden doch noch sehr groß. Er beläuft sich auf mindestens 4 Millionen Franken.

*

Die Angrebiden der Mailänder Arbeiterkammer wurden davon verständigt, daß am 1. Mai keinerlei Kundgebungen gestattet würden.

Vereinigter Westamerikadienst.

hom. **Hamburg**, 25. 4. (Eigenbericht.) Für die Fahrten nach der amerikanischen Westküste haben sich künftig sämtliche beteiligten deutschen Linien zu einem gemeinschaftlichen Dienst vereinigt. Der Zusammenschluß umfaßt die Hamburger Cosmos-Linie, die Bremer Roland-Linie und die Hamburg-Amerika-Linie. Zum gemeinsamen Dienst soll künftig von Hamburg über Bremen, Rotterdam und Antwerpen alle zehn Tage ein Dampfer durch den Panama-Kanal und alle sechs Wochen ein Dampfer durch die Magellanstraße gehen.

Sieben Arbeiter verschüttet.

Uebertingen, 25. 4. (Mtb.) Ein schweres Unglück, bei dem drei Arbeiter getötet und vier schwer verletzt wurden, ereignete sich im Speicher Kreuzwerk kurz vor Feierabend. Auf der Höhe des Gebäudes in der Nähe des Wälzhänes waren die Arbeiter mit dem Aufgraben des 7 Meter tiefen Grabens beschäftigt. Sie waren bereits in einer Tiefe von 5½ Metern, als sich plötzlich von einer Seitenwand die Erdmassen loslösten und 7 Arbeiter verschütteten. Durch die sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten wurden vier Arbeiter, allerdings schwer verletzt, geborgen und in das Krankenhaus zu Uebertingen gebracht. Die anderen drei konnten nur als Leichen geborgen werden.

Schieber.

Köln, 25. 4. (W. T. B.) Wegen Benutzung gefälschter Ausfuhrerklärungen und Verschiebung von Durchfuhrgut von Wagen Chemikalien ins Ausland hatten sich laut „Kölnischer Zeitung" vor der 3. Strafkammer 25 Angeklagte, Spediteure, Hausleute und Zollbeamte, zu verantworten. Nach mehrwöchiger Dauer des Prozesses wurden vier Angeklagte freigesprochen und 20 verurteilt. Von den Spediteuren erhielten 2 je zwei Jahre 3 Monate bezw. 8 Monate Gefängnis, zwei Spedition angestellte 1 Jahr Gefängnis, mehrere Hausleute Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 2 Monaten bei Geldstrafen von 5—10 Millionen Mark, die Zollbeamten wegen Fälschung und Bestechung 2 Monate bis zu 2 Jahren Gefängnis.

Heute nachmittag verschied nach langem Leiden an Herzschlag meinen lieber Mann, unser lieber Vater und Großvater

Julius Heinrich Zimmermann.

Berlin, An den Zelten 22, den 25. April 1923.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 28. April, vormittags 11½ Uhr, von der Kapelle des Dorotheenstädtischen Friedhofs, Liesenstr. 9, statt.

Auf Wunsch des Verstorbenen dem Kranz- und Blumenspende zu nehmen.

Schulhaus **Evangel. Pädagogium** Godesberg-Rhein a. Herchen Haus Oberpriesterhöhe, staatl. Handelsschule, Gymnasialkurse, Abiturientenkurse, Hof. Handelsschule, Lehrer und Erzieher, Internat in 2 Familienhäusern, Kinder in Gastfamilien. O. Lehmann in Godesberg, Rh. Godesberg liegt im zweigleisigen Herchen im ausgezeichneten Gebiet.

Deutsches Kolleg, Godesberg a. Rhein Gymnasium parität. Gymnasium **Obergymnasium mit Internat.** Unterschulnds bis Oberprima **Abiturberechtigt.** Besonderes Bedeutung des deutschen Aufsatzes. Gymnasialkurse nach freier Wahl. Viel Gartenarbeiten. **Individuelle Erziehung.** Schöne, Kleine Klassen. Kleine Freistellen für bemittelte Begabte. H. Auskunft durch den **Direktor Dr. H. Behrendt.**

Sparsame Hausfrauen schneidern selbst

Sie bevorzugen hierbei den guten, kostsparenden

Vobach Schnitt

denn er macht auch für Ungeübte das Schneidern leicht und kann jedem hierbei den guten, kostsparenden Vobach Schnitt bei unserem neuesten Produkt, dem

FAVORIT-VOBACH-SCHNITT

zu, der, unter ortsüblicher Bedingung der langjährigen bedeutenden Erfahrungen und das langjährige Bestehen, das denkbar Vollkommenste auf diesem Gebiete darstellt. Unsere Mappen und Zeichnungen enthalten mehrere tausend Modelle des neuen, zeitgemäßen Geschmacks. Erhältlich in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen für Vobach-Schnitte, sowie auch durch sämtliche Favorit-Agenturen in fast allen Städten Deutschlands. Auch durch zu beziehen (einschließlich einer Musterkarte) durch die Favorit-Vobach-Schnitt G. m. b. H., Dresden-N. 8, Postfach: 11113, oder in den Zentralmuster-Verkaufsstellen: **W. Vobach & Co., Berlin SW 11, Dessauer Str. 34/35**

Wohnungs - Tausch in und nach Berlin wenn von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige in **Gross-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Special-Zeitung f. möblierte Zimmer, Wohnungen und Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten" werden Mitteilungen von Vermietern **kostenlos** veröffentlicht.

Verbunden mit dem „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger" ist der **Anzeiger für Grundstücks- u. Geschäftsverkäufe** Hier sollen Z-Eintragungsbücher u. Kioskes zu haben Herstellungen nimmt entgegen jede Postanstalt oder Verlag und Haupt-Anzeigenannahme **Zeitungsverlag „Z.Z." akt. ges. Berlin** Jerusalem-Str. 54. Fernspr.: Dönhoff 910-3912

Marschner Juwelen-Gold-Behandlung taut auch von Hand-ur **Brillanten** Perlen, Smaragde, echte norw. große weiße Steine auch die größten Stücke sind ganz Hochwasser. **Unser Angebot ist maßgebend! VIKTOR MARSCHNER & Co., G. m. b. H. Juwelen-Großhandlung** Jägerstraße 61 a, neben Café National

Perlen Perlen Perlen kauft zum höchsten Kurs **Ernst Stobbe.** Unter den Linden 68

GOLD-ORANGE Einmal versucht, immer bevorzugt **KAHLBAUM**

Frühling in Berchtesgaden.

Von

Erwin H. Rainalter.

Die österreichischen Grenzbewohner verspüren, wenn sie die Karte Tirolbeyerns betrachten, immer einen leisen Stich im Herzen. Warum schiebt sich der Kreis Tirolbeyerns so unmotiviert ins Salzburgische vor, fast als habe man sich mit den Leuten die hier wohnen, einen Kurzlen Spaß machen wollen. Jedenfalls wer noch in die Zahl des heimatlichen Boyer will, muß seit dieses bayerische Hinderniß beseitigen und das ist verbrieflich, verbrieflicher aber noch ist die Zahl des Berchtesgaden für Menschen, die sich über die Schönheit des Fremdenverkehrs klar sind, so recht das tauglichste Revier waren. Hier sind der Zeit und weil nebeneinander gestellt, für jeden Reisenden das Schulbeispiel eines Alpenpanoramas; und überall sind für diejenigen, die sich's gestatten können, Hotels und Pensionen, die auf den Wahmann oder auf den Hohen Göll in die Weinpreise einkaufsliert, die komfortabelsten Unterkünfte bereit, Hotels und Pensionen, die gar nicht ahnen lassen, wieviel Luxus sie hinter der bieteren Bauernhausfassade bergen. Die Bebauung, daß der Kulturverkehr in Berchtesgaden, in Königssee, in Bad Reichenhall nicht weniger regs als an der Kärcher Bahn sich entfalten fähm. Man muß wieder, oder machte, dem immerhin ist hier von Verwaungenen die Rede) alle Schwankungen mit genau reagierendem Gemütsbarometer mit, und in den Pensionen, die hier die große Weli spiegeln, hier die Temperatur gewiß automatisch in dem Grade, wie die Mark zugunsten des Dollars und des Schweizer Franken fiel. Die Bayern, weit davon entfernt, ihren Gästen dies zu verübeln, gegen ihrerseits in den Preisen die Stimmung oder vielmehr Verstimmung der Valutenfluchtler in Betracht, und im ganzen darf man wohl sagen, daß sie keine unfüchtigen Schüler, der Letzterlicher waren. Die Tarife der bayerischen Hochlandshotels kamen ebenso aus Rand und Band wie die Kurtabellen der großen Handelsgesellschaften, und heute, wo dieses Schnellen und Springen ein wenig zum Stillstande zukommen ist macht man staunend die Wahrnehmung, daß den Bayern in wenigen Wochen gelang wozu die Letzterlicher Jahre brauchten: sie haben den Weltmarktpreis fast schon erreicht.

Angesichts dieser Tatsache ist für den kommenden Sommer die Prognose für das Fremdengeschäft nicht ganz leicht zu stellen. Immerhin wird man

Siedlung und Produktion.

Von
Professor Dr. Heinrich Schurey.

Mit der Siedlung geht's immer noch so: Jedes Dörfchen vorne, zwei hinten. „Ja — aber!" sagen die Skeptiker, sie seien für alles Verständnis für Siedlungswesen. Ein Hauptelement, der von den Deutschnationalen immer wieder erhoben wird, daß nämlich das Siedlungswerk die Produktion schädige, wollen wir heute einmal mit ein paar Beispielen näher beleuchten.

In einem Artikel, den Herr v. Oldenburg-Januschau im „Berliner lokalanzeiger" (1922 17. November) veröffentlichte, begründete er seine bekannte Abneigung gegen das Siedlungswesen, u. a. mit folgenden Worten: „Ein gewaltsamer Siedeln aber, wie es jetzt unternommen wird, bedeutet eine immer stärker werdende Kürzung der Zufuhr von Nahrungsmitteln für die Städter. Jedes Gut, das in Ordnung ist und zerschlagen wird, bedeutet für die Volksernährung zunächst für eine Reihe von Jahren ganz aus — und dann liefert es hinterher vielleicht mehr Fleisch, aber früher kein Getreide ab, als man braucht, wie jetzt am nötigsten."

Wörtlich äußerte sich im Anschluß für Siedlungsfreunde am 3. Februar 1922 der Vertreter der Deutschnationalen, das aufgemeinte Siedlungstreff bedeute „eine Einbuße bis, daß hier die Produktion „rücksichtslos geschädigt" werde.

Diese Behauptung kehrt denn auch immer wieder, unbeirrt durch die wissenschaftliche Literatur, die diese Frage vorliegt, unbeirrt auch durch die Erfahrungen, die das Siedlungswesen in Polen und Westpreußen doch reichlich gezeitigt hat. Ich bin nun der Frage einmal wieder nachgegangen und habe mich vor kurzem bei einer der von Herrn Stenbel, dem Referenten, Volksportrat, so hoch mitgenommenen gemeinnützigen Aufsiedlungsgesellschaften nach neuem Beweismaterial für das Gegenteil umgesehen. Als Ergebnis bringe ich heute zunächst zwei Beispiele aus dem neuzeitlichen Siedlungswerk in Pommern, aus denen mit unerträglicher Klarheit hervorgeht, daß das Siedlungswerk die Produktion nicht nur nicht schädigt, sondern in bedeutsamster Weise vermehrt und fördert.

Es handelt sich um zwei Siedlungsobjekte, von denen man wohl annehmen darf, daß sie einen unverfälschten Durchschnitt darstellen. Vorweg seien die Ackerbaubetriebe, wie sie vor Ziel bei Uebernahme der betreffenden Güter aus dem Großbetriebe in die Hand der Pommerschen Landgesellschaft fällt verhalten zu der Anbaufläche des Jahres 1921/22, in welchem die Besitzung zum ersten Male von den Ansiedlern selbst in eigener Umlage ausgeführt wurde. Die Vergangenen für diesen Vergleich sind die Güter Altschage, Kr. Belgard, und Gummishof, St. Greifenberg.

In Altschage wurden angebaut:

	im Großbetriebe	1921/22
	19 Morgen	26 Morgen
Weizen . . .	—	475
Roggen . . .	200	51
Gerste . . .	40	200
Hafer . . .	200	80
Gemenge . . .	80	358
Kartoffeln . .	350	—
Klee und Grünfutter	—	159
Futtergewächse	400	—

Mißlich liegt der Anbau an Getreide von 500 Morgen im Großbetriebe auf 642 Morgen durch die Besiedlung, an Kartoffeln von 350 Morgen auf 358 Morgen. Zurück ging der Anbau von Klee- und Futtergewächsen von 400 Morgen auf 159 Morgen.

Trotzdem tritt die Bielhaltung in ganz erheblichem Maße zurück.

In Gummishof wurden angebaut:

	im Großbetriebe	1921/22
Weizen . . .	38 Morgen	18 Morgen
Gerste . . .	72	76
Roggen . . .	282	421
Hafer . . .	294	200
Gemenge . . .	240	100
Kartoffeln . .	74	238
Klee- und Futtergemenge	214	58

In diesem Falle ist also der Anbau von Halmfrüchten von 1032 Morgen im Großbetriebe auf 893 Morgen im Kleinbetriebe heruntergegangen, dagegen der Anbau von Kartoffeln von 74 Morgen auf 238 Morgen im Kleinbetriebe gestiegen, und die Gesamtanbaufläche an Nahrungsmitteln erhöhte sich infolge der Aufsiedlung von 1006 Morgen im Großbetriebe auf 1162 Morgen. Der Anbau von Klee- und Futtergewächsen dagegen verminderte sich von 214 auf 58 Morgen.

Aber gegenüber ist die Viehhaltung geflügelt:

	im Großbetriebe	1921/22
bei Pferden	von 38 auf	50 Stück
„ Rindvieh	„ 54 „	181 „
„ Schweinen	„ 200 „	200 „
„ Schafen	„ 0 „	41 „

Wollen die Herren im Siedlungsausschuß, und wo sie sind in Siedlung zu bremsen versuchen, Gerste, nach noch behaupten, daß die Produktion durch die Umwandlung großer Güter in Kleinbesitz gesteigert wurde?

Da in den beiden vorgelegten Fällen auch die Mengen des aufgewendeten künstlichen Düngers durch die Aufsiedlung ebenso zurück, in einem Falle sogar größer einerseits sind als vorher im Großbetriebe, so dürfte die Steigerung durch die größere Bielhaltung aber reichen muß, wird sich auch der Ertrageertrag der aufgeteilten Fläche noch erheben müssen.

Ich hoffe übrigens, mich fortan noch angelegentlicher in den Versammlungen umsehen und weiteres Material dafür beibringen zu können, daß von einer Gefährdung der Volksernährung infolge der Siedlungsbestrebungen im Ernst keine Rede sein kann. Wenn aber diese Aufklärung vom Eingeschlossenen nicht gerinnt, so ist bei dieser Gelegenheit hinzuweisen auf die Erscheinungen, die eine Provinz mit vor

Geschäftliche Mitteilungen.

365 000 Meter Stoff haben auf ein Rechtsblatt zu schreiben, ist ein Tag der Unmöglichkeit. Das sagen Sie sich jetzt, bei den neuen Preisen Rechtsblatt noch nicht gesehen hat. Dieser Stoff hat eine ganz außergewöhnliche Entdeckung hat, nämlich eine Neuigkeit in Polstergarnitze, 2 Millimeter dick, ist dabei aber so unzerreißbar, daß man sagen kann, daß jedes Jahr lang, wie man will, eine auch nur ein Blättchen Papier zu verbrauchen, ist der Stoff nicht, so gesagt ein Ruß, um die Polster wieder frei und schreibbereit zu machen. Die Erfindung ist ganz einfach und genial, und die Neuerscheinung ist einfach unglaublich. Man glaube kaum, daß Stoffe so dünn und doch so überaus haltbar, so weitert und gerechnet wird, und die Kriminalschriftsteller gar erst. Wenn Sie einen Stoff 10 Zentimeter groß, 2500 Mark zugleich Porto, Wir verweisen auf die Inserate Inserate indem den Barkgesellschaft Firma Arpd Pelz, G. m. b. H., Magdeburg, welche diesen Blick übersichtlich verteilen. Bei Nichtgefallen Geld zurück. Preisverzeichnis 100 376 Magdeburg.

Sind wir auch wahrlich durch den Schandflecken, die Pfeffer des Gedeihs müssen scharf erhalten bleiben. Zu diesem Zweck ist ein Pfeffer und hier allein ein alles vereinigendes Pfeffersalzen-Lexikon. Den dem „Neuen Brockhaus", Handbuch des Wissens, hat ihre Bände erschienen, während der 4. und letzte Band noch vor Ende 1923 folgt. Trotz der Zeiten Umgang hat der Verlegen es ermöglichen können, das unentbehrliche Werk herauszugeben. Jetzt, wo es unmöglich ist, ein großes, vielbändiges Lexikon herauszugeben, ist dieses Lexikon zu begrüßen. Wie lebem neuen Band freilich der Wert des „Neuen Brockhaus", mit jedem neuen Band freilich auch die Freude, ein solches Werk zu besitzen. Trotz der Zeiten verhältnisse gewähren die Buchhandlung Karl Mack, Berlin SW. 68, Kochstraße 5 den Bestellern des Werkes erleichterte Zahlweise. Wir machen unsere Leser auf das Inserat in der heutigen Nummer aufmerksam.

Baut Kartoffeln!

Von
Oekonomierat Dr. h. c. Franz Schiftan
(Ottersberg-Grundhof, Ann.),
Mitglied des preußischen Landtags.

Die Protoxerdeverten sind seit 1913, berechnet auf die Fläche, um 50 % zurückgegangen. Das kann nicht Wunder nehmen: Die Kornkammern Deutschlands, die Provinzen Posen und West-preußen, sind in feindliche Hand geraten. Der Ertrag dieser fruchtreichen Bodenfläche ist vorwendlich in Protoxerdeen — ist im Nutzenbilz durch keine Entschädigung der deutschen Landwirtschaft unerschöpft der neuen Eigentümer ausgeschen. Somit bleibt eine große Getreideeinfuhr unzeit leider unumgänglich.

Unsere sächsische Valuta erschwert die Einfuhr Colonne bei aus der positiven Handelsbilanz entstehende Einfuhr der deutschen Gebietserwerbung anhält leben wir in wirtschaftlichen Blockade. Die Kartoffel, die uns schon während der Kriegszeit vor Not, Entbehrungen bewahrt hat, muß auch in diesem Jahre wieder unser Retter sein. Im Jahre 1922 haben wir soll 40 Millionen Zentner Kartoffeln weniger, 44 Millionen Zentner im Jahre 1913 geerntet. Unser Volkserhaltung wäre zusammenbrechen, wenn nicht der Landwirt, freilich in erster Linie durch die Ungunst der Witterung günstige Witterung, einen so großen Ertrag seiner Arbeit im Kartoffelbau erzielt hätte.

Maiserproduktionsgrundlagen können wir nur durch Kartoffelbau erreichen. Seit zwei Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland neigen leichten Boden auf. Der Kornbau auf diesen Böden ist in vielen Fällen unrentabel. Die Kartoffel aber wächst auf Böden, die kaum noch getreidebaumäßig sind, wenn sie die notwendige Gerüstet gegeben sind. Auf den leichten Böden, die im Mittel nur 3—4 Zentner Getreide je Morgen tragen, kann man auf derselben Fläche an 50 Zentner Kartoffeln ernten. In diesem Jahre war ausnahmsweise die Ernte noch größer.

Von dem Kartoffelsegen des Jahres 1922 hat Mensch und Tier. Die Sowjetrotstuf faßt heute im Großhandel frei Eisenbahnstation nur 100 Kartoffelsäcke des Freiheitsmeter, der Friedenspreis mit 2 Mark je Zentner angenommen! Welches Erzeugnis der deutschen Wirtschaft kommt dieser Preiswürdigkeit gleich?

Seit der Vorbereitung der vorjährigen Kartoffelernte haben sich die Wirtschaftsverhältnisse der Landwirtschaft stark verteuert. Bekanntlich ist der Kunstdünger besonders der Stickstoff, durch die Verteuerung der Kohlenproduktion und der allgemeinen Notlagen im Preise so hoch erhöht, daß eine Anwendung auf leichten Boden, gelesen Körnerzeerträge durch die Natur ausfallen und ungeeignet sind. Zu Beginn der Aufsiedlung, wie sie zur Zeit bei Uebernahme der betreffenden Güter aus dem Großbetriebe in die Hand der Pommerschen Landgesellschaft sich verbalten zu der Anbaufläche des Jahres 1921/22, in welchem die Besitzung zum ersten Male von den Ansiedlern selbst in eigener Umlage ausgeführt wurde. Die Vergangenen für diesen Vergleich sind die Güter Altschage, Kr. Belgard, und Gummishof, St. Greifenberg.

Wenn unter den jetzigen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen überhaupt noch auf eine Rentabilität des leichten Bodens zu rechnen ist, so ist diese meines Erachtens nur durch Kartoffelbau zu bewerkstelligen. Die intensive Bodenbearbeitung beim Kartoffelbau wirkt auch bodenverbessernd für die nächste Ernte vor. Dadurch kann dem großen Rückgang in hoher Geldverlagen, wie heute für die Feldbestellung erforderlich sind, wenigstens etwas begegnet werden.

Der Landwirt, der sich der ernsten Mühe unterzieht und die hohen Kosten aufwendet, Kartoffeln und sonstige Hackfrüchte wie Rüben usw. anzubauen, dient der Volksgesamtheit besonders. Eine große Kartoffelanbaufläche und auf ihr eine hoffentlich gute Ernte wird unserm Volk über die schwersten Ernährungsschwierigkeiten hinweghelfen.

Nur durch eigene Arbeit, nur durch eigene Kraft kann Deutschland wieder hochkommen.

„Helfen Sie selber, dann helfet Dir Dein Herre Gott!"

Gothenburg.

Die Segelwettfahrten 11.—15. Juli.

Wie von uns bereits gemeldet worden ist, beschäftigt der Deutsche Segelsport-Verband eine Geschwaderfahrt der Kriegsflotte nach Gothenburg. Es ist anzunehmen, daß einzelne der hierzu vorbereitenden Fahrten sich auch an den Wettfahrten beteiligen werden, die im Rahmen der schwedischen Kampfspiele 1923 stattfinden.

Die schwedischen Wettfahrten sind für die folgenden Gruppen bestimmt: A Jachten der neuen internationalen Entente-Klassen, B Jachten der alten Deutschen Klassen, C Jachten der schwedischen Schärenkreuzerklassen D Jachten der schwedischen Normalklassen, E Kutterboote nach besonderen schwedischen Klassenvorschriften, F Segelboote nach besonderen schwedischen Klassenvorschriften G Kutterboote nach der dänischen N.L.-Formel H Jachten besonderer vorgeschriebener dänischen und finnischen nationalen Klassen.

Die schwedischen Seen bieten besondere Ausbreitung deutscher nationaler Klassen nicht vorgesehen ist, kommt für die Beteiligung deutscher Jachten — außer den Jachten der Klasse C Schärenkreuzer — nur die Gruppen B und G in Frage. Hiernach ergibt sich die Rennungsmöglichkeit für die Wettfahrten des Gesamtprogramms:

11 Juli: Wettfahrt der Königl. Schwedischen Segel-Gesellschaft Göteborg Wettfahrt für Schärenkreuzer, Boots, Nordsee- und Jugendboote, sowie für N.L.-Ausgleichsjachten auf der Tvärleedbahn (Kurs von Kungsbacka — 12 Juli: Tiffwettfahrt der Segel Gesellschaft „Neptun" auf der Bingsbahn (Kurs 35 sm) für die vorhandenen Klassen — 14. Juli: Wettfahrt der Segelgesellschaft „Fram" und der Segelvereinigung der Bohuslän auf der Bravedbahn (Kurs 35 sm) für Schärenkreuzer, Kutter- und Jugendboote, sowie für Boote und Neubooste bis 40 qm. — 2 Geschwaderfahrt der Königl. Schwedischen Segelgesellschaft, Göteborg auf der Trindelbahn (35 sm) für R- und S-Jachten von 8 m und darüber, Schärenkreuzer von 55 qm und darüber, und Kutterjachten von 8 N.L. und darüber. — 3 Wettfahrt der Königl.-Schwed. Segel-Gesellschaft Göteborg auf der inneren Schärenbahn (40 sm) für 5 und 7 m-R- und S-Jachten, sowie Ausgleichsjachten unter 8 N.L. — 15 Juli: Publikumswettfahrt, gemeinsam der, anfnahme der Segelgesellschaften, Kutter- und der Deutschen Jachten, sowie für Boote und Neubooste bis 40 qm. — 2 Geschwaderfahrt der Königl. Schwedischen Segelgesellschaft, Göteborg auf der Trindelbahn (35 sm) für R- und S-Jachten von 8 m und darüber, Schärenkreuzer von 55 qm und darüber, und Kutterjachten von 8 N.L. und darüber. — 3 Wettfahrt der Königl.-Schwed. Segel-Gesellschaft Göteborg auf der inneren Schärenbahn (40 sm) für 5 und 7 m-R- und S-Jachten, sowie Ausgleichsjachten unter 8 N.L. — 16 Juli: Publikumswettfahrt, gemeinsam der, anfnahme der Segelgesellschaften, Kutter- und der Deutschen Jachten von Langedrag offen für alle Klassen.

Meldungen an die Königl.-Schwed. Segel-Gesellschaft Göteborg Welsedsbäg 3 Juli. — Für die übrigen Wettfahrten kommen Wanderer und Ehrenpreise zur Verteilung.

Brandenburgische Wanderruderfahrt

Der Wanderruder-Verband Mark Brandenburg veranstaltet vom 14.—20. Juli 1. J. eine für alle Wanderer des Deutschen Ruderverbandes offene Wanderfahrt in Bigwiper und Topowlsweer m. St. in der Neuruppiner Gewässer die Finsom.

Fahrtleitung: 14 Juli: 2 Uhr Verlammlung der Teilnehmer von der Oberpiere im Bootshaus des Tourenruderclubs 1892 in Schlesig, anschließend gemeinsame Fahrt durch die Stadt bis NG. Nordstern Tegel. Die Bootsleerung kommenden Fahrt ab 5 Uhr an der Spandauer Schleuse und fahren Berlinfalle gemeinsam bis Tegel. Abends Begrüßungskommers aller Teilnehmer im Wasserhaus des NG Nordstern Tegel.

15 Juli: Tegel—Behnitzer—Tannenburg (28 km), Mittagspause bei km 18 (Abkochen). 5 Uhr Kaffeetee im Tannenburg Wasserport-Verein. Abends Ruderverbal.

16. Juli: Tannenburg—Neuruppin (46 km). Frühstück in Hohenprudzischleuse. Mittag Abkochen am Alte-Freiset.

17. Juli: Neuruppin—Tornowsee (Fahrtunterbrechung bis Binnenhafe — Kaffee, zurück nach Neuruppin. Mittagspause Abkochen (28 km). — 18. Juli: Linbon—Hohenbruchschleuse (18 km). Mittagstisch bei Alt-Friesland. — 19. Juli: Hohenbruchschleuse—Tegel (38 km). Mittagstisch bei km 18 (Abkochen). Abends Schlußkommers im Bootshaus des NG. Nordstern Tegel.

Meldegeld je Teilnehmer 1000 M. Meldungen — 15 Juli: Tegel—Behnitzer—Tannenburg (28 km), Mittagspause bei km 18 (Abkochen). 5 Uhr Kaffeetee im Tannenburg Wasserport-Verein. Abends Ruderverbal.

bürg—Neuruppin (46 km). Frühstück in Hohenprudzischleuse. Mittag Abkochen am Alte-Freiset.

17. Juli: Neuruppin—Tornowsee (Fahrtunterbrechung bis Binnenhafe — Kaffee, zurück nach Neuruppin. Mittagspause Abkochen (28 km). — 18. Juli: Linbon—Hohenbruchschleuse (18 km). Mittagstisch bei Alt-Friesland. — 19. Juli: Hohenbruchschleuse—Tegel (38 km). Mittagstisch bei km 18 (Abkochen). Abends Schlußkommers im Bootshaus des NG. Nordstern Tegel.

Meldegeld je Teilnehmer 1000 M. Meldungen

Jahresschau Deutscher Arbeit.

Der Groß Berliner Jacht- und Bootsbau in Dresden.

Schon lange war in den maßgebenden Kreisen des Groß-Berliner Jacht- und Bootsbaues, der in dem Bereich der Flußschiffvereinen Deutschlands, Vereinigung Groß-Berlin zusammengeschlossen ist, der Wunsch laut, eine Erzeugnisse der Jacht- und Bootsbau Ausstellung zur Schau zu bringen, um dem breiten Publikum und nach besonders dem Ausland die große Leistungsfähigkeit dieses Jacht- und Bootsbaues vor Augen zu führen. Nun bieter sich Gelegenheit, im Rahmen der diesjährigen Jahresschau Deutscher Arbeit in Dresden, die am 1. August beginnt, dies